



Vorlage an den Landrat

Amtsbericht 2005 des Regierungsrates

vom 31. Januar 2006

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einleitung	Seite 2
Teil 2: Finanz- und Kirchendirektion	Seite 3
Teil 3: Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	Seite 20
Teil 4: Bau- und Umweltschutzdirektion	Seite 41
Teil 5: Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	Seite 63
Teil 6: Bildungs-, Sport- und Kulturdirektion	Seite 73
Teil 7: Landeskanzlei	Seite 92
Teil 8: Antrag	Seite 97
Anhang 1 Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates	Seite 98
Anhang 2 Initiativen (Stand der Bearbeitung)	Seite 123

Teil 1 Einleitung

1.1 Auftrag

Der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat auftragsgemäss seinen Amtsbericht für das Jahr 2005. Gemäss § 67 Absatz 1 Buchstabe a der Kantonsverfassung genehmigt der Landrat die jährlichen Amtsberichte des Regierungsrates.

1.2 Übersicht

Der Vergleich mit dem Jahresprogramm 2005 zeigt, dass nicht alle der gesetzten Ziele und Absichten umgesetzt werden konnten. Es ist aber festzustellen, dass die meisten Vorhaben programmgemäss in Angriff genommen, weitergeführt oder abgeschlossen werden konnten. Verzögerungen haben sich vor allem in der Vorbereitung verschiedener Gesetzesvorlagen ergeben. Verschiebungen oder Sistierungen von Projekten sind häufig aus finanziellen Gründen (als Sparmassnahme) erfolgt. Bei einzelnen Direktionen sind neue Programmpunkte und / oder Massnahmen dazugekommen. Diese sind mit dem Vermerk "neu" gekennzeichnet worden (und in der elektronischen Version zusätzlich gelb markiert).

Für die Details wird auf die folgenden direktionsweise gegliederten Rechenschaftsberichte hingewiesen. Der Amtsbericht 2005 ist wiederum federführend von der Finanz- und Kirchendirektion betreut worden, die sich bei den vier anderen Direktionen und der Landeskantlei für die gute und speditive Zusammenarbeit bedankt.

1.3 Anhänge

Anhang 1 umfasst

- alle vom Regierungsrat im Jahr 2005 beantworteten Interpellationen sowie schriftlichen und mündlichen Anfragen,
- die vom Landrat abgeschriebenen Aufträge (Motionen und Postulate),
- die vom Regierungsrat erfüllten, vom Landrat aber noch nicht abgeschriebenen Aufträge,
- die vom Regierungsrat innert der gesetzlichen Frist noch nicht erfüllten Postulate und Motionen (Zu diesen Vorstössen unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat eine separate Vorlage) und
- die vom Landrat nach dem 1. 1. 2005 überwiesenen Postulate und nach dem 1. 1. 2004 überwiesenen Motionen.

Anhang 2 gibt einen Überblick über den Stand der Bearbeitung der kantonalen Volksinitiativen.

Teil 2 Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

Zitat

"Nachhaltige Finanzpolitik erfordert Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes zwischen Aufwand und Ertrag"

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Der Kanton Basel-Landschaft ist und bleibt ein attraktiver Standort für seine Einwohnerinnen und Einwohner sowie für die bestehenden und für neue Unternehmen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Lebens- und Umweltqualität sind gut, und die Infrastruktur ist auf einem hohen Stand. Auch die finanzielle Lage darf im Vergleich mit den anderen Kantonen als solide beurteilt werden. Die in der Vergangenheit verzeichneten Defizite sind im interkantonalen Vergleich bedeutend tiefer. Trotzdem lässt sich auch im Kanton Basel-Landschaft ein Wachstum der Ausgaben beobachten, das über dem Anstieg der Steuereinnahmen liegt. Die Analyse der Fehlbeträge hat ergeben, dass der Staatshaushalt des Kantons Basel-Landschaft zunehmend strukturell überlastet ist. Der strukturelle Fehlbetrag ist im Wesentlichen auf kurzfristig unbeeinflussbare Mehrbelastungen zurückzuführen, die über Bundesrecht und interkantonale Vereinbarungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung und Verkehr zustande gekommen sind. Zur Überlastung trägt auch der hohe Anteil der Ausgaben des Kantons bei, die gesetzlich gebunden sind und deswegen kurzfristig nicht gesenkt werden können. Die Wünsche sind in aller Regel grösser und stärker als die finanziellen Möglichkeiten.

Der aktuelle Finanzplan 2005 - 2007 zeigt, dass der finanzielle Spielraum in den nächsten Jahren stark eingeschränkt wird und im Jahr 2007 - ohne entsprechende Gegenmassnahmen - mit einem Defizit der Laufenden Rechnung von 338 Millionen Franken gerechnet werden muss. Die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen öffnet sich also bedrohlich. Die Folge wäre, dass die Selbstfinanzierung der Investitionen bei Null läge und sogar die Laufende Rechnung teilweise mit Krediten finanziert werden müsste!

Die Baselbieter Regierung hat den Handlungsbedarf erkannt. Sie hat die Wiederherstellung des Gleichgewichtes zwischen Aufwand und Ertrag in der Staatsrechnung und damit die Rückgewinnung des finanziellen Spielraums zum finanzpolitischen Schwerpunkt der laufenden Legislaturperiode, zum wichtigsten Ziel überhaupt erklärt. Die Regierung hat auch erkannt, dass sich der angestrebte Ausgleich des Finanzhaushaltes mit kurzfristigen Sparmassnahmen im Rahmen des Budgets allein nicht erreichen lässt. Das Entlastungsvolumen, das realisiert werden muss, ist zu gross. Es sind substantielle Eingriffe nötig.

Die Regierung hat deshalb eine generelle Überprüfung der Aufgaben und Leistungen des Kantons angeordnet. Der Auftrag ist, ein Entlastungspotenzial von 300 Millionen Franken im Jahr 2007 aufzuzeigen. Aus diesem Entlastungspotenzial sollen dann konkrete Massnahmen zur Entlastung des Staatshaushaltes in der Höhe von 200 Millionen Franken bis zum Jahr 2007 ausgewählt werden. Die Sparvorgabe ist auf die einzelnen Direktionen unter Berücksichtigung der nicht beeinflussbaren Positionen aufgeteilt worden. In der ersten Hälfte 2005 soll dem Parlament die Vorlage zur Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) unterbreitet werden.

Die Regierung prüft zudem die Einführung einer kantonalen Defizitbremse, welche die Aufwandsdynamik innerhalb klar definierter Grenzen an die Ertragsentwicklung koppelt. Danach darf der Negativsaldo der Laufenden Rechnung im Budget nicht über 3 Prozent der erwarteten Steuereinnahmen liegen. Diese Defizitbremse unterstützt das Ziel, den Haushalt nachhaltig auszugleichen.

Zur generellen Aufgabenüberprüfung und Defizitbremse kommen Massnahmen, die bereits vor zwei Jahren eingeleitet worden sind, wie zum Beispiel der Neustart des Projektes "Wirkungsorientierte Verwaltungsführung", die konsequentere Ausschöpfung von Rationalisierungspotenzialen in der Verwaltung und die effizientere Steuerung der Finanzplanung durch die Stärkung der Konzernfunktion.

Nur auf diesem Weg kann die Regierung ihren Handlungsspielraum zurückgewinnen und ihre eigentliche Aufgabe erfüllen, nämlich Prioritäten setzen und Weichen stellen. Das ist doch eine erfreuliche Perspektive, die alle Baselbieterinnen und Baselbieter motivieren sollte, die Regierung in ihren Zielen und Massnahmen zu unterstützen.

<p>Nr. 2.01</p>	<p>Programmpunkt Finanzwesen</p> <p>Strategische Zielsetzungen Der Finanzhaushalt des Kantons Basel-Landschaft soll in der laufenden Legislaturperiode ins Gleichgewicht gebracht werden. Ziel ist es, den Finanzhaushalt bis zum Jahr 2007 um rund 200 Millionen Franken zu entlasten. Dieses Ziel soll schrittweise realisiert werden, indem in den Budgetjahren bis zum Jahr 2007 ein stetig wachsendes Entlastungsvolumen realisiert werden soll.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 2.01.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) Zur Ende 2003 eingeleiteten Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) wird dem Landrat in der ersten Jahreshälfte 2005 eine Vorlage unterbreitet. Parallel dazu werden die Massnahmen, die in der Kompetenz des Regierungsrates liegen, konkretisiert und umgesetzt. Bei der Finanz- und Kirchendirektion wird ein Umsetzungscontrolling für die Generelle Aufgabenüberprüfung etabliert.</p> <p>Als flankierende Massnahme im Personalbereich wird eine zeitlich befristete Vorpensionierungsaktion durchgeführt.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005</p> <p>Entlastung von 20.9 Mio. Fr.</p> <p>Belastung von 5 Mio. Fr.</p>	<p>Das Parlament hat die Vorlage zur GAP mit kleinen Abstrichen beschlossen. In der Volksabstimmung im September 2005 wurden zusätzlich vier Massnahmen abgelehnt.</p>
<p>Nr. 2.01.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Einführung einer kantonalen Ausgabenbremse Dem Landrat wird eine Vorlage zur Einführung einer kantonalen Ausgabenbremse unterbreitet. Die Inkraftsetzung ist per 1. Januar 2006 vorgesehen.</p>		<p>Die Vorlage zur Defizitbremse ist im Dezember 2005 an den Landrat überwiesen worden. Die Inkraftsetzung wird sich voraussichtlich um ein Jahr verzögern.</p>
<p>Nr. 2.02</p>	<p>Programmpunkt Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)</p> <p>Strategische Zielsetzungen Im Mittelpunkt steht die Effizienzsteigerung in der kantonalen Verwaltung. Die im Rahmen des Projekts WoV initiierten Teilprojekte werden priorisiert und als Einzelprojekte weitergeführt.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 2.02.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) nach bestimmten Kriterien.</p>		<p>Die Vorbereitungen zur Ablösung der Lohnadministrations- und Rechnungswesens-EDV sind im Gange. Die weitere Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung wird sistiert bis der Entscheid für ein neues EDV-System vorliegt.</p>

Nr 2.02.02	Einzelne Massnahme Agenturbericht und Riskmanagement Dem Landrat soll im Laufe des Jahres 2005 ein Bericht über den Umgang mit den Agenturen und mit Risiken unterbreitet werden. Dabei wird auch auf bereits geleisteten Grundlagenarbeiten wie zum Beispiel dem Bericht über die regionale Zusammenarbeit (Partnerschaftsbericht) aufgebaut.		Aufgrund von knappen Personalressourcen hat sich die Erarbeitung des Berichtes verzögert. Die Überweisung des Berichtes an die landrätliche Kommission ist im 1. Halbjahr 2006 vorgesehen.
------------	--	--	--

<p>Nr. 2.03</p>	<p>Programmpunkt Sozialwesen</p> <p>Strategische Zielsetzungen Nebst den vielen gesetzlich vorgegebenen und wiederkehrenden Aufgaben werden für das Jahr 2005 verschiedene Schwerpunkte gesetzt, wie die Durchführung von Ausbildungs- und Fortbildungsschulungen mit verschiedenen Modulen für neu gewählte Mitglieder der Sozialhilfebehörden, die Weiterführung der periodischen Kontrollen in den Behörden hinsichtlich des ordnungsgemässen Vollzugs des Sozialhilfegesetzes und deren Verordnungen, sowie das weitere Vorgehen hinsichtlich der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) nach Beendigung und Auswertung der Pilotphase. Weitere Zielsetzungen bestehen im Bereich Datenaustausch mit den Gemeinden, wo in einer zweiten Phase der Austausch von Sozialhilfedaten mit weiteren Gemeinden realisiert wird. Per Ende 2005 wird wiederum eine umfassende Evaluation der Bestimmungen über die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen (§ 52 SHG) in Form eines Jahresberichtes erstellt, nachdem der Landrat im vergangenen Herbst über das Dekret betreffend Verlängerung der §§ 16 - 19 und 34 SHG befunden hatte. An der seit Jahren bekundeten Zielsetzung einer Zusammenführung aller Dienste an einem Standort wird weiterhin festgehalten, ein entsprechendes Raumbegehren ist bei der zuständigen Stelle anhängig.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Im Bereich Aus- und Fortbildung wurden diverse Schulungs- und Informationsveranstaltungen angeboten. Speziell zu erwähnen sind zwei grosse Schulungsveranstaltungen für je rund 300 Personen, im Januar 2005 für neu gewählte Behördenmitglieder und im Dezember 2005 im Zusammenhang mit den zahlreichen Änderungen, welche am 1. Januar 2006 in Kraft getreten sind.</p> <p>Im Bereich der Rechtsetzung sind folgende Änderungen insbesondere erwähnenswert:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Am 6. September 2005 hat der Regierungsrat eine Änderung der Sozialhilfeverordnung (SHV) beschlossen, welche infolge mehrerer Anpassungen notwendig und per 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt wurde. - Zur Umsetzung der GAP-Massnahmen hat der Regierungsrat am 18. Oktober 2005 eine Änderung des Sozialhilfegesetzes (SHG) auf den 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt. - Am 18. Oktober 2005 hat der Regierungsrat eine weitere Änderung der Sozialhilfeverordnung beschlossen, welche infolge der Einführung von GAP-Massnahmen notwendig und per 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt wurde. - Ebenfalls als Folge der GAP-Massnahmen hat der Regierungsrat gleichentags eine Änderung der Verordnung über die Bevorschussung und das Inkasso von Unterhaltsbeiträgen (BIV) beschlossen. - Die Änderungen der Kantonalen Asylverordnung (kAV) befanden sich Ende 2005 noch in der Vernehmlassung. Der Beschluss durch den Regierungsrat wird vermutlich zu Beginn 2006 gefasst werden, die Inkraftsetzung ist auf den 1. April 2006 vorgesehen.
-----------------	--	---

		<p>Die Arbeitsgruppe "Interinstitutionelle Zusammenarbeit" hat ihre umfangreichen Vorarbeiten abgeschlossen, die involvierten Stellen informiert und geschult. Einer flächendeckenden und reibungslosen Einführung im Kanton per 1. Januar 2006 steht somit nichts mehr entgegen. Weitere Verfeinerungen für 2006 sind bereits initiiert.</p> <p>Im Bereich "Elektronischer Datenaustausch" konnten zu einzelnen grossen Gemeinden, welche über das Software-System "KLIB" verfügen, Schnittstellen geschaffen werden, was den Datenaustausch zwischen den Sozialhilfebehörden und dem KSA entscheidend vereinfacht hat. Der Austausch von Papier fällt weg. So besteht bereits mit acht Gemeinden eine Lösung, womit rund 35% der Daten aller Sozialhilfefälle übermittelt werden können. Mit der Software "VIS" besteht derzeit ein Pilotprojekt mit der Gemeinde Oberwil. Nach Ablauf der Testphase ist geplant, weiteren neun Gemeinden, welche über die Software "VIS" verfügen, einen solchen Datenaustausch zu ermöglichen, was wiederum einem Volumen von rund 40% aller Sozialhilfefälle entspricht.</p> <p>Im Hinblick auf die Beendigung der Geltungsdauer der §§ 16 - 19, 34 und 52 SHG über die "Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen" und der §§ 1 und 2 des Dekrets über die Verlängerung derselben bis zum 31. Dezember 2006, hat die Konsultativkommission Sozialhilfe (KKSH) eine fundierte Evaluation betreffend die Wirksamkeit von Eingliederungsmassnahmen durchgeführt. Die Ergebnisse, Erkenntnisse und Erfahrungen einerseits und Vorschläge auf eine mögliche Weiterführung ab 2007 in erweiterter Form andererseits wurden in einer detaillierten, mehrseitigen Landratsvorlage dargestellt und im Dezember 2005 durch den Regierungsrat in die Vernehmlassung gegeben.</p>
--	--	---

<p>Nr. 2.03.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) Die Arbeiten für die Entwicklung neuer Strategien und die Ausarbeitung neuer Konzepte in der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) sind auf gutem Wege.</p> <p>Planungsstand: Vor Jahresfrist wurde ein Pilotprojekt ins Leben gerufen. Nach Beendigung und Auswertung dieser Pilotphase wird ein Bericht entstehen, gleichzeitig sind neue Beschlüsse zu fassen. Datum der Zielerreichung: 30. September 2005 (Endbericht "Pilot").</p>		<p>Mit RRB Nr. 1898 vom 29. November 2005 hat der Regierungsrat vom unterbreiteten und sehr detaillierten sechsten Bericht der Arbeitsgruppe "Koordination" / Koordinationsstelle IIZ zustimmend Kenntnis genommen. Das Projekt wird seit 1. Januar 2006 im Kanton flächendeckend umgesetzt.</p>
<p>Nr. 2.03.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Vernetzung der EDV mit externen Sozialhilfestellen in weiteren Gemeinden In einer ersten Phase im vergangenen Jahr konnte eine Vernetzung im Bereich der KLIB-unterstützten Gemeindesysteme realisiert werden (KLIB = Klienteninformation und -buchhaltung). In einer weiteren Phase ist ein Verbund mit weiteren Gemeinden vorgesehen. Mit dieser Zielsetzung kann die alljährliche Erhebung von statistischem Zahlenmaterial aus den Gemeinden forciert und vereinfacht werden, was als weitere fundierte Basis für die zahlreichen Kontrollaufgaben dienen wird.</p> <p>Planungsstand: Die Zielsetzung erfolgte in Absprache mit der Abteilung Direktionsinformatik, unter Einbezug der Datenschutz-Beauftragten des Kantons und in enger Zusammenarbeit mit der Direktionsinformatik und Gemeindevertretungen. Datum der Zielerreichung: 30. September 2005.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.07 Mio. Fr.</p>	<p>Ziel erreicht.</p>
<p>Nr. 2.03.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Zusammenführung aller Dienste an einem Standort Seit dem 9. April 2003 ist bei der zuständigen Stelle ein Raumbegehren für einen gemeinsamen Standort im Raume Liestal hängig.</p> <p>Datum der Zielerreichung: 30. November 2005.</p>		<p>Ziel nicht erreicht. Das Raumbegehren ist seit längerer Zeit in der zuständigen Kommission hängig. Ob und zu welchem Zeitpunkt eine Zusammenführung aller Dienste möglich sein wird, ist völlig offen.</p>

<p>Nr. 2.03.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Externe Kontrollen und spezifische Schulungen für Behördenmitglieder Weiterführung der periodischen Kontrollen in den Gemeinden. Durchführung von ausserordentlichen Schulungen zur Aus- und Weiterbildung für neu gewählte Behördenmitglieder anhand verschiedener Module.</p> <p>Planungsstand: Es werden jährlich neue Kursangebote erarbeitet. Im Jahr 2005 werden zusätzliche Gesamtschulungen offeriert. Datum der Zielerreichung: Externe Kontrollen: 31. Mai 2005 / 30. November 2005 Spezifische Schulungen: 31. Mai 2005 / 30. November 2005 Generelle Schulungen: 31. März 2005.</p>		<p>Ziel erreicht.</p>
<p>Nr. 2.03.06</p>	<p>Einzelne Massnahme Kantonale Sozialhilfestatistik Erstellung einer aussagekräftigen Sozialhilfestatistik in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt.</p> <p>Planungsstand: Durch die jährliche Publikation der Sozialhilfestatistik im Internet ergeben sich zunehmend Rückmeldungen und Anregungen aus Fachkreisen. Von Jahr zu Jahr können mehr Vergleiche angestellt und allenfalls neue Datenreihen erhoben und verarbeitet werden. Datum der Zielerreichung: 30. April 2005.</p>		<p>Ziel erreicht.</p>

<p>Nr. 2.04</p>	<p>Programmpunkt Asylwesen</p> <p>Strategische Zielsetzungen Der Kanton weist den Gemeinden die Asylsuchenden anteilmässig zu, richtet den Gemeinden die bundesrechtliche Vergütung aus, sorgt für die Bereitstellung der bundesrechtlichen Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme für Asylsuchende und kann Erstaufnahmeheime führen (§ 32 Abs. 2 SHG). Ein solches Erstaufnahmeheim sollte im Jahr 2005 mit Standort in Pratteln und als Ersatz für jenes in Laufen eröffnet werden. Die Koordination und Organisation des Asylwesens sowie die effiziente Verwaltung der Bundesmittel stehen im Vordergrund. Die bestehende und laufend angepasste Organisation des Asylwesens hat sich auch in ausserordentlichen Situationen bewährt.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Im Berichtsjahr wurden gesamtschweizerisch 10'061 neue Asylgesuche gestellt, was gegenüber dem Vorjahr einer Abnahme um 29,5% entspricht. Der Bestand an Personen des Asylrechts im Kanton hat sich innert Jahresfrist um 14,1% auf 1'619 Personen verringert.</p> <p>Am 26. April 2005 hat der Regierungsrat beschlossen, die Aufnahmequote von Asylsuchenden für die Gemeinden erneut zu senken. Per 1. Juli 2005 wurde die Quote durch die aktuelle Entwicklung im Asylbereich von 1.0% auf 0.8% reduziert.</p> <p>Die Unterbringung der Asylsuchenden in den Gemeinden verlief ohne Probleme. Da die Gemeinden nur noch sehr wenig neuen Wohnraum anzubieten hatten, wurden die dem Kanton neu zugewiesenen Asylsuchenden primär in die vorhandenen Kollektivunterkünfte verlegt. Bestehende Wohnräume in den Gemeinden werden bei Abgängen nur noch nach Rücksprache mit den Gemeinden neu belegt.</p> <p>Unter diesen Rahmenbedingungen zeigte sich einmal mehr, dass das im Kanton Basel-Landschaft installierte System, mit seiner schlanken und vollumfänglich durch Bundesgelder finanzierten Administration beim Kanton sowie der Zuweisung mittels Quotenregelung auf die Gemeinden und die Abgeltung der jeweiligen Kosten über Tages- und Bestandespauschalen aus Bundesmitteln, in der Regel optimal auf Veränderungen reagiert.</p> <p>Bereits im Hinblick auf diese Entwicklung hat das KSA für das Jahr 2006 mit den Gemeinden, welche über ein Kontingent an Betreuerstellen verfügen, eine lineare Reduktion von 20% oder 495'000 Franken ausgehandelt.</p>
-----------------	--	---

			Im Zuge der Umsetzung NEE (Nichteintretensentscheide) wurde in Muttenz ein Nothilfezentrum eröffnet. Auf der Basis der für 2005 angenommenen Auslastung konnten die für 2005 budgetierten Kosten eingehalten werden.
Nr. 2.04.01	<p>Einzelne Massnahme Organisation und Koordination des Asylwesens Beratung der Gemeinden und Gewährleistung eines permanenten Informationsaustausches zwischen Bund, Kanton und Gemeinden.</p> <p>Planungsstand: Regelmässige Zusammenkunft von Erfa-Gruppen (mindestens vier Mal pro Jahr). Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2005 / 31. Dezember 2005.</p>		Ziel erreicht.
Nr. 2.04.02	<p>Einzelne Massnahme Steuerung der Finanzierung des Asylwesens Überwachung der Kosten und Steuerung der Finanzierung zwischen Kanton und Gemeinden mittels Controlling-Management.</p> <p>Planungsstand: Controlling erfolgt permanent. Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2005 / 31. Dezember 2005.</p>		Ziel erreicht.

<p>Nr. 2.06</p>	<p>Programmpunkt Familienfragen</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Fachstelle für Familienfragen ist primär auf ein verwaltungsinternes Wirken ausgerichtet. Sie ist eine Dokumentations- und Koordinationsstelle für Familienfragen, berät den Regierungsrat in familienpolitischen Belangen und koordiniert verwaltungsinterne Querschnittsaufgaben. Zudem analysiert sie periodisch die familienrelevante Situation im Kanton und entwirft Konzepte und Vorschläge zur Optimierung der Familienpolitik des Regierungsrates zum Wohle der Familien. Die Umsetzung erfolgt gemäss der regierungsrätlichen Priorität.</p>		<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Das Gesamtkonzept "Familienfragen Basel-Landschaft" wurde wie geplant anfangs 2005 publiziert.</p> <p>Die vorberatende Kommission "Gesetzesentwurf familienergänzende Kinderbetreuung / Kantonales Familiengesetz" hat die erste Lesung des Gesetzesentwurfes vollzogen und die Finanzierungsmodelle für die familienergänzende Kinderbetreuung erstellt. Die Schätzung der Nachfragepotenziale ist erfolgt.</p> <p>Das Forschungsprojekt "Familiäres Wohlbefinden zwischen Zeit, Raum und Freiwilligkeit" wurde abgeschlossen. Die Forschungsergebnisse der qualitativen Fallinterviews mit Baselbieter Familien wurden der Öffentlichkeit vorgestellt.</p> <p>Der Familienpass Region Basel wurde erfolgreich lanciert. Mittlerweile beziehen über 7'000 Familien den Familienpass. Das Evaluationskonzept liegt vor.</p> <p>Diverse Vorträge, Veröffentlichungen und Teilnahmen an Podiumsdiskussionen sind erfolgt.</p> <p>Das kantonale Impulsprogramm "Familie und Beruf" ist abgeschlossen worden. Die Zuständigkeit und Federführung zum Thema "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" obliegt ab 1. Januar 2006 der Fachstelle für Familienfragen.</p>
<p>Nr. 2.06.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Dokumentation und Beratung / Information Der Auf- und Ausbau einer Dokumentationsstelle und die weitere Vernetzung zu internen Stellen, die sich mit familienrelevanten Aufgaben beschäftigen, dienen als Grundlagen für das Erstellen von Analysen und die Entwicklung von Konzepten. In weiteren Schritten wird die Dokumentation permanent ergänzt und aktualisiert.</p>		<p>Ziel erreicht.</p> <p>Der Aufbau der Fachstelle für Familienfragen sowie der Fachdokumentation wurde laufend ergänzt und angepasst. Dienstleistungen bezogen auf Information und Beratung zu familienpolitisch relevanten Themen.</p>

<p>Nr. 2.07</p>	<p>Programmpunkt Steuerwesen</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die anstehenden Steuergesetzrevisionen sind zur Erhaltung und Verbesserung der Standortattraktivität des Baselbietes voranzutreiben. Dabei sind die bundesrechtlichen Vorgaben und die finanziellen Möglichkeiten des Kantons Basel-Landschaft zu berücksichtigen.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 2.07.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Fortsetzung der Revision der Familien- und Rentnerbesteuerung Fortsetzung der Revision der Familien- und Rentnerbesteuerung unter Einbezug der "Familiengerechten Kinderabzugs-Initiative". Vernehmlassung 2005; Parlamentarische Beratung 2005 / 2006; Volksabstimmung 2006; Inkraftsetzung per 1. 1. 2007.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: Ertragswirksam ab 2007</p>	<p>Eine erste Vernehmlassung wurde im Berichtsjahr durchgeführt. Aufgrund des Bundesgerichtsurteils vom 27. Mai 2005 musste die Vorlage ergänzt werden. Am 17. Januar 2006 wurde die zweite Vernehmlassungsvorlage vom Regierungsrat verabschiedet.</p>
<p>Nr. 2.07.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Vorbereitung der Unternehmenssteuerreform Vernehmlassung 2005; Parlamentarische Beratung 2006; Volksabstimmung 2007; Inkraftsetzung per 1. 1. 2008.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: Ertragswirksam ab 2008</p>	<p>Verwaltungsintern wurden verschiedene Varianten ausgearbeitet und Vorentwürfe erstellt. Wegen der Priorität der Familien- und Rentnerbesteuerung zusammen mit der Umsetzung des Bundesgerichtsurteils vom 27. Mai 2005 wurde im Berichtsjahr noch keine Vernehmlassung durchgeführt.</p>
<p>Nr. 2.07.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung der Steuergesetzrevision 2004 Steuerbezug; Befreiung von der Handänderungssteuer bei Umstrukturierungen; Abzug behinderungsbedingter Kosten.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 2 Mio. Fr. Minderertrag</p>	<p>Die Umsetzung dieser Steuergesetzesrevision ist abgeschlossen.</p>
<p>Nr. 2.07.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Revision infolge Einführung des Fusionsgesetzes Vernehmlassung 2004; Parlamentarische Beratung 2005; Inkraftsetzung per 1. 1. 2006.</p>		<p>Die für die Einführung des Fusionsgesetzes notwendige Änderung des Steuergesetzes wurde vom Landrat am 12. Mai 2005 beschlossen. Die Referendumsfrist ist unbenutzt abgelaufen. Die Inkraftsetzung erfolgte termingemäss.</p>
<p>Nr. 2.07.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Einführung einer Lohnmeldepflicht für Arbeitgebende In der Vorlage GAP enthalten; Inkraftsetzung per 1. 1. 2006.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: Ertragswirksam ab 2006</p>	<p>Die für die Einführung der Lohnmeldepflicht notwendige Gesetzesänderung wurde vom Landrat beschlossen (Vorlage 2005 / 076 vom 8. März 2005) und vom Regierungsrat per 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt. Die organisatorische Umsetzung der Lohnmeldepflicht verläuft plangemäss. Die Synergien durch die gleichzeitige Einführung der Lohnmeldepflicht im Kanton Basel-Stadt werden ausgenützt.</p>

<p>Nr. 2.07.06</p>	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung des Projektes "Census" Ablösung der bei der kantonalen Steuerverwaltung eingesetzten Informatikanwendungen durch die bereits in zehn Kantonen eingeführte Standardsoftware NEST (Neue Steuerlösung). Überprüfung und Dokumentation der Arbeitsabläufe im Rahmen des Projektes "Census". Verbesserung der Betriebssicherheit und der Prozesse und Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen kantonalen Steuerverwaltungen.</p> <p>Erreichen der Meilensteine gemäss Phasenplan</p> <ul style="list-style-type: none"> • Datenbereinigung nach durchgeführter Migration und Ablösung des Registers (Personendaten und Formularverwaltung); • Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit und der Auskunftsbereitschaft während des Übergangsjahrs 2005 mit dem Parallelbetrieb Host / NEST / Covela. <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB / Vorlage 2002 / 153 Total: Fr. 11'310'000.- (Konti 2100.318.83.600, 2100.318.81.600, 2120.318.20.600) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 2'290'000.- Budget 2004: Fr. 3 Mio. Plan 2005: Fr. 3 Mio.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>3 Mio. Fr.</p>	<p>Das Projekt "Census" ist materiell und finanziell weiterhin im Plan. Die Meilensteine konnten erreicht werden.</p> <p>Die Migration der Personen- und der Bezugsdaten vom Host zu NEST erfolgte termingemäss anfangs 2005, brachte aber während des ganzen Berichtsjahres die erwarteten, aufwändigen Datenbereinigungen.</p> <p>Die umfangreichen Produktionen anfangs Jahr (Erstellung und Versand der Vorausrechnungen, Versand der Steuererklärungen, Erstellung und Versand der definitiven Veranlagungen und Rechnungen) zusammen mit den systembedingten Umstellungen bei der Produktion führten zu Verspätungen beim monatlichen Versand von definitiven Veranlagungen. Diese konnten jedoch rasch wieder eingeholt und der Betrieb stabilisiert werden.</p> <p>Die Betriebssicherheit und die Auskunftsbereitschaft im Übergangsjahr 2005 waren zu jeder Zeit gegeben.</p>
<p>Nr. 2.07.07</p>	<p>Einzelne Massnahme Veranlagung Juristische Personen mit NEST</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anwendung des Veranlagungsprogramms NEST für juristische Personen; • Einführung der NEST Veranlagungshilfen. <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB / Vorlage 2002 / 153: siehe Nr. 2.07.06.</p>		<p>Die Veranlagung der Juristischen Personen mit NEST erfolgt seit anfangs 2005 ohne Probleme. Die Einführung der Veranlagungshilfen ist erfolgt und hat die Veranlagungsqualität verbessert. Die Steuerkunden erhalten detaillierte Veranlagungen, was unter anderem zu einer Abnahme der Rückfragen geführt hat.</p>
<p>Nr. 2.07.08</p>	<p>Einzelne Massnahme Veranlagung Natürliche Personen mit NEST</p> <ul style="list-style-type: none"> • Parametrisierung und Datenübernahme für die Veranlagung der natürlichen Personen ab Steuerperiode 2005; • Schulung der Veranlagenden der Gemeindesteuerämter und der kantonalen Steuerverwaltung. <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB / Vorlage 2002 / 153: siehe Nr. 2.07.06.</p>		<p>Die Vorbereitung für die Betriebsaufnahme der Veranlagung der Natürlichen Personen im Februar 2006 ist erfolgt. Dazu gehörten neben regelmässigen Informationen der zukünftigen Anwenderinnen und Anwender umfangreiche Tests und zweitägige Schulungen.</p>

<p>Nr. 2.07.09</p>	<p>Einzelne Massnahme Gemeinsamer Steuerbezug</p> <ul style="list-style-type: none"> • Produktivsetzung des gemeinsamen Bezugs von Staats- und Gemeindesteuer, Konsolidierung und Umsetzung der neuen Arbeitsabläufe; • Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen für die Beteiligung weiterer Gemeinden am gemeinsamen Steuerbezug. <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB / Vorlage 2002 / 153: siehe Nr. 2.07.06.</p>		<p>Der gemeinsame Bezug von Staats- und Gemeindesteuer ist seit Frühjahr 2005 produktiv. Nach anfänglichen Schwierigkeiten funktioniert die tagfertige, valutagerechte Überweisung der Gemeindesteueranteile reibungslos. Weitere Gemeinden können sich nun dem gemeinsamen Steuerbezug anschliessen. Für Interessierte wurde ein Informationsblatt erstellt.</p>
<p>Nr. 2.08</p>	<p>Programmpunkt Statistik</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage verbessert die Nutzung statistischer Daten des Bundes für kantonale Zwecke und trägt gleichzeitig dem Datenschutz in geeigneter Form Rechnung. Die Nutzung von Verwaltungsdaten für die Zwecke statistischer Informationen und damit als politische Entscheidungsgrundlagen ist vermehrt anzustreben. Der Ausbau des Web-Portals erleichtert den Zugang zu den Daten.</p>		<p>Amtsbericht 2005</p>
<p>Nr. 2.08.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes</p> <p>Vorlage eines kantonalen Statistikgesetzes an den Landrat zur Sicherstellung einer genügenden rechtlichen Grundlage und zur Verbesserung der Effizienz bei statistischen Erhebungen.</p>		<p>Die Vorlage wurde in der ersten Jahreshälfte in die Vernehmlassung gegeben. Da gegenwärtig Abklärungen über einen möglichen Zusammenschluss der Statistischen Ämter BS und BL im Gange sind, ist die weitere Bearbeitung zurückgestellt worden.</p>
<p>Nr. 2.08.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Aufbau einer Personalstatistik</p> <p>Realisierung einer Personalstatistik für das Personal der kantonalen Verwaltung, der Spitäler und der kantonalen und kommunalen Schulen. Zusammenführung der verschiedenen Personal- und Beschäftigungsstatistiken des Bundes und des Kantons zur Entlastung der Administration durch die Schaffung einer einheitlichen Schnittstelle für die Verwaltung. Für die Spitäler ist eine entsprechende Schnittstelle bereits realisiert.</p>		<p>Die vorgesehene Bereitstellung einer definierten Schnittstelle durch die Finanzverwaltung war nicht möglich. Zur Verfügung steht ein roher Datenbestand, der durch das Statistische Amt aufwändig bearbeitet werden muss. Die Umsetzung verzögert sich deshalb.</p>
<p>Nr. 2.08.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Aufbau einer umfassenden Steuerstatistik</p> <p>Ablösung der bisherigen rudimentären Steuerstatistik und Aufbau einer umfassenden Steuerstatistik für die Beobachtung des kantonalen Steuersubstrates und als Grundlage für Modellrechnungen im Zusammenhang mit Steuergesetzrevisionen.</p>		<p>Die Vorarbeiten sind in Angriff genommen worden. Da die neue Software NEST derzeit eingeführt wird, wird mit der definitiven Schnittstelle zugewartet, bis die entsprechenden Programme produktiv sind.</p>

Nr. 2.08.04	<p>Einzelne Massnahme Ausbau des Web-Portals Mit dem weiteren Ausbau des Web-Portals auf der Basis einer weitgehend datenbankbasierenden Web-Lösung kann das Amt von Anfragen entlastet werden. Die Nutzung der Daten für die verwaltungsinternen und auch verwaltungsexternen Kundinnen und Kunden wird stark verbessert.</p>	Finanzielle Auswirkungen 2005: interne Kosten 0.1 Mio. Fr.	Das Web-Portal ist realisiert und konnte per Ende 2005 abgeschlossen werden. Es steht ab 2006 zur Verfügung. Der Ausbau erfolgt laufend.
Nr. 2.09	<p>Programmpunkt Personalwesen</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Arbeiten des Personalamtes fokussieren sich auf die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Kantons als Arbeitgeber. Die personalpolitischen Forderungen von Parlament und Regierungsrat werden transparent umgesetzt.</p>		<p>Amtsbericht 2005</p>
Nr. 2.09.02	<p>Einzelne Massnahme Lohnwesen: Einführung des Prämiensystems Mit der definitiven Einführung des Prämiensystems soll die Honorierung aussergewöhnlicher Leistungen institutionalisiert werden.</p>		Ziel erreicht. Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 1720 vom 25. 10. 2005 die Richtlinien zur Ausrichtung von Leistungsprämien per 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt. Das Personalamt erstellt jährlich eine Auswertung über die Vergabepaxis zuhanden der Generalsekretärenkonferenz.
Nr. 2.09.03	<p>Einzelne Massnahme Weiterentwicklung des Personalcontrollings Mit der sukzessiven Entwicklung und Implementierung weiterer Module richtet sich der Fokus auf strukturelle Erhebungen und das Bereitstellen qualitativer Personalkennzahlen. Das Fortschreiten der Arbeiten richtet sich nach der Datenverfügbarkeit aus den verschiedenen Informationssystemen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Analyse betreffend Datenverfügbarkeit und Datenbereinigung mit den dezentralen Personaldiensten; • Aufbereitung und Bereitstellung von Kennzahlen in Bezug auf: <ol style="list-style-type: none"> 1. Mitarbeitende / Struktur (Mitarbeitende nach Vollzeit- / Teilzeitbeschäftigung, Geschlecht und Kaderzugehörigkeit) 2. Mitarbeitende / Qualität (Funktionsstruktur, Qualifikationsstruktur und berufliche Position). 		Ziel erreicht. Basierend auf den Personalbeständen per 31. 12. 2004 wurden die verschiedenen Personalstrukturen der Anstellungsbehörden, der Landeskantlei sowie der Gerichte erhoben und zur Personalstruktur des Kantons BL konsolidiert. Die verfügbare und bereinigte Datengrundlage ermöglichte folgende Auswertungen: <ul style="list-style-type: none"> • Personalbestand nach Funktionsbereichen/-gruppen, • Personalbestand nach Geschlecht, • Kadermitarbeitende, • Vollzeit-/Teilzeit-Mitarbeitende, • Qualifizierte Teilzeitmitarbeitende.

<p>Nr. 2.09.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Personalentwicklung als Kompetenzzentrum Mit dem kontinuierlichen Ausbau der Personalentwicklung zu einem Kompetenzzentrum soll der "People Value" gesteigert werden. Promotion durch diverse Aktivitäten (persönliche Kontakte, Info-Heft, etc.).</p> <p>Mittels zusätzlicher statistischer Datenaufbereitung aus dem Bereich Personalentwicklung werden zukünftig Kostentransparenz und Grundlagen für personalpolitische Entscheide gewährleistet. Erfassen und statistisches Auswerten der externen Weiterbildungskosten (Aufbau eines EDV-Tools).</p>		<p>Mit dem Wechsel der Amtsleitung im Jahr 2005 wird das Personalamt neu strukturiert. Die Weiterentwicklung des Fachbereiches Personalentwicklung ist deshalb zurückgestellt worden und wird erst im Zuge der Neuausrichtung der gesamten Dienststelle an die Hand genommen.</p>
<p>Nr. 2.09.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Weiterentwicklung im Bereich Mitarbeitendenrekrutierung Mit optimierten Instrumenten im Bereich der zentralen Mitarbeitendenrekrutierung wird stärker auf den internen Arbeits- und Stellenmarkt fokussiert.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung des Konzeptes für die neue interne Stellenvermittlung; • Verlagerung der Stellenausschreibungen einzelner Berufsgruppen von den Print- in die elektronischen Medien. 		<p>Der Personal-Pool - ein EDV gestütztes Instrument zur Vermittlung von internen Stellensuchenden - fand guten Anklang. Im Jahr 2005 waren durchschnittlich rund 50 Bewerberinnen- und Bewerberprofile aufgeschaltet und 20 Mitarbeitende konnten über den Personal-Pool eine neue Stelle finden.</p> <p>Die bisherigen Einzelinserate wurden grösstenteils durch einen so genannten Eyecatcher in den Printmedien abgelöst. Dieser Eyecatcher verweist auf offene Stellen, die auf unserer Homepage ausgeschrieben sind. Stellen für Lehrpersonen sind zudem kostenlos auf einer branchenspezifischen Homepage (www.educajob.ch) aufgeschaltet.</p>
<p>Nr. 2.11</p>	<p>Programmpunkt Luftverkehr (EuroAirport)</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Region soll über einen intakten und konkurrenzfähigen Flughafen verfügen können, welcher die für den Wirtschaftsstandort Basel wichtigen Verkehrsverbindungen anbietet. Der Kanton Basel-Landschaft unterstützt die Bemühungen des EuroAirport Basel-Mulhouse (EAP), dem starken Verkehrs- und Ertragsrückgang entgegen zu wirken. Der Kanton Basel-Landschaft engagiert sich zudem für eine für die Bevölkerung möglichst verträgliche Abwicklung des Luftverkehrs. In Weiterführung der Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern soll der erreichte Konsens über die Umweltauswirkungen des Luftverkehrs weiter verbessert und gefestigt werden. Das bisher partnerschaftliche Verhältnis in der Region kann dadurch bewahrt und vertieft werden.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	

<p>Nr. 2.11.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Attraktivität des Flughafens weiter verbessern Der Kanton Basel-Landschaft unterstützt die Bemühungen des Flughafens, neue Verkehrsverbindungen zu generieren und seine Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern. Bevölkerung und Wirtschaft sollen wieder ein vielfältiges und attraktives Verkehrsangebot erhalten. Damit kann auch der erhebliche Verlust an Arbeitsplätzen auf dem Flughafen zumindest teilweise wettgemacht werden.</p>		<p>Das Verkehrsangebot ab Basel - Mulhouse hat sich stark verbessert. Mit der Eröffnung des Südterminals erhöhte sich zudem die Attraktivität des Flughafens wesentlich. Aufgrund der positiven Entwicklung hat sich auch die wirtschaftliche Situation des Flughafens verbessert. Insgesamt war 2005 ein erfolgreiches Jahr für den EuroAirport.</p>
<p>Nr. 2.11.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Einrichtung eines Instrumente-Lande-Systems (ILS) Zur Verbesserung der Sicherheit des Landeverfahrens auf die Süd- / Nord-Piste soll ein Instrumente-Lande-System (ILS 34) installiert werden. Der Kanton Basel-Landschaft setzt sich dafür ein, dass die Verfahrensrechte der Schweizer Bevölkerung gewahrt werden. Zudem tritt er dafür ein, dass das neue Flugverfahren nur als Ersatz für das alte Verfahren dient.</p>		<p>Die Regierung hat sich für die Verfahrensrechte von Bevölkerung und Gemeinden stark engagiert. Sie hat dazu beigetragen, dass die Zivilluftfahrtbehörden ein Vernehmlassungsverfahren durchführten und ein Beschwerderecht installierten. In seiner Stellungnahme zum ILS 34 setzt sich der Regierungsrat für dessen umweltverträgliche Benutzung ein.</p>
<p>Nr. 2.12</p>	<p>Programmpunkt Gleichstellung von Frauen und Männern</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Gleichstellungsarbeit wird gemäss den Legislaturzielen weiter auf eine breite und nachhaltige Gleichstellungs-Qualitätssicherung ("Gender Mainstreaming") ausgerichtet. Sie setzt inhaltliche Schwerpunkte vor allem im Berufs- und Bildungsbereich und zur besseren Abstimmung von Familien- und Berufsarbeit.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Die strategischen Zielsetzungen sowie die Gleichstellungsarbeit wurden im Rahmen der Beantwortung des Postulats 2003 / 237 überprüft, bestätigt und differenziert. Der Bericht wird dem LR im 1. Quartal 2006 vorgelegt.</p>	
<p>Nr. 2.12.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Konzept zur Gleichstellungs-Qualitätssicherung Entwicklung eines Konzepts zur Gleichstellungs-Qualitätssicherung mit einer zweckmässigen Organisationsstruktur.</p>		<p>Nach Evaluation diverser Konzepte erfolgt die pilotweise Entwicklung eines Gleichstellungs-Controllings in mindestens drei Direktionen. Dank der Beteiligung an einem Transferprojekt von Müller / Sander "Gleichstellungs-Controlling" mit Finanzhilfen nach Gleichstellungsgesetz kann auf aktuelle Erfahrungen, Unterstützung und Instrumente zurückgegriffen werden. Eine Auswertung soll Ende 2007 vorliegen.</p>

<p>Nr. 2.12.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Impulsprogramm "Familie und Beruf" Operative Umsetzung des Impulsprogramms "Familie und Beruf" im Bereich der flankierenden Massnahmen.</p>	<p>Teilweise aus Mitteln des Wirtschaftsförderungsfonds finanziert</p>	<p>Mit dem Schlussbericht vom Februar 2006 wird das Impulsprogramm "Familie und Beruf" der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion abgeschlossen. Damit hat die Fachstelle für Gleichstellung nach der Herausgabe der Grundlagenarbeit "GLÜCKLICHE Eltern – BETREUTE Kinder" (Liestal 2000) durch Kommission und FfG während fünf Jahren bei der Realisierung des Impulsprogramms mitgewirkt. Die Schaffung von 160 neuen Betreuungsplätzen im Vorschulbereich wurde begleitet u.a. von konkreten Angeboten für Mütter (Neuorientierung und Wiedereinstieg), Väter (Austausch und Vernetzung), Unternehmen (pragmatische Checks für KMU und Kosten-Nutzen-Analyse von gleichstellungs- und familienfreundlichen Massnahmen), Gemeinden (prozessorientierte Bedarfsanalyse) und einem Überblick über die geschaffenen Massnahmen ("Impulse gesetzt" zu bestellen unter ffg@fk.d.bl.ch).</p>
--------------------	---	--	--

Teil 3 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (VSD)

Zitat

"Wir leben in einer Zeit mit vielen Krisen. Wir sollten – wie dies schon Richard von Weizsäcker sagte – von den Chinesen lernen. Sie haben das gleiche Schriftzeichen für Krise und Chance. So gesehen, leben wir in einer Zeit mit vielen Chancen!"

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Die Gesundheitsbefragung 2002 der Baselbieter Bevölkerung zeigt, dass sich rund 85 Prozent der Baselbieter Bevölkerung gesund oder sehr gesund fühlen. Gesundheit ist mehr als Abwesenheit von Krankheit. Sich gesund fühlen kann vieles bedeuten, etwa sich leistungsfähig, im Gleichgewicht und sozial gut aufgehoben fühlen - unabhängig davon, ob man unter gesundheitlichen Störungen oder Beeinträchtigungen leidet. Die Arbeit in der industrialisierten Welt hat einen hohen Stellenwert. Der beschleunigte Strukturwandel in der Wirtschaft, veränderte Anforderungen am Arbeitsplatz, können einen erheblichen Druck erzeugen. Eine Kündigung oder die Angst, die Stelle zu verlieren, verursachen Stress und gelten als Risiko für die körperliche und psychische Gesundheit. Wirtschaft und Arbeit, Gesundheit und Krankheit sind also Bereiche, die einen inneren Zusammenhang aufweisen bzw. aufweisen können, Themen, welche die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion Hand in Hand täglich bearbeiten.

Das Jahresprogramm 2004 des Regierungsrates hat die Arbeitsfelder der Direktion bezeichnet. Im Jahre 2005 geht es darum, die „Feldarbeit“ weiterzuführen. Es gilt, eingebrachtes Saatgut, so zum Beispiel die Umsetzung des freien Personenverkehrs, die Umstellung der Berufsbildung bei den Gesundheitsberufen und bei den land- und hauswirtschaftlichen Ausbildungen, die weitere Verbesserung des Zugangs zu Geoinformationen (GIS) sowie die Umsetzung der Erkenntnisse aus dem Projekt Frühbereich II, zu hegen. Es gilt, Böden, die sich derzeit noch als steinig erweisen, zu beackern, so zum Beispiel die Revisionsarbeiten am Krankenversicherungsgesetz, die Revisionsarbeiten am Wirtschaftsförderungsgesetz oder der Umgang mit den erheblichen Strukturanpassungen, welche die Wirtschaftsregion Nordwestschweiz erschüttern. Und es gilt, Hand in Hand mit dem Partnerkanton Basel-Stadt und den Nachbarregionen Aargau und Solothurn, der niedergelassenen Ärzteschaft und den Privatspitalern das Feld der Spitalversorgung Nordwestschweiz zu bestellen.

<p>Nr. 3.01</p>	<p>Programmpunkt Wald</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Wald- und Holzwirtschaft befindet sich im Umbruch. Der Rohstoff Holz und Holzprodukte werden immer stärker international gehandelt. Ein im Rahmen des Förderprogramms "Holz 21" angestellter Vergleich zeigt, dass die Effizienz der Holzernteverfahren in der Schweiz mit jener in anderen europäischen Ländern nicht mehr Schritt halten kann. Die schweizerische Waldwirtschaft befindet sich in einer seit mehreren Jahren andauernden Ertragskrise. Die Waldeigentümer sollen in den von ihnen eingeleiteten Selbsthilfemassnahmen unterstützt werden.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 3.01.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Waldprogramm Basel-Landschaft und Waldpflege Waldprogramm Basel-Landschaft: Einsetzen einer Expertenkommission (Forum) für die Begleitung eines breit abgestützten Mitwirkungsprozesses für die Definition einer kantonalen Wald- und Holzpolitik. Beginn der Arbeiten im Herbst 2004, Abgabe eines Expertenberichtes zuhanden der Regierung bis Herbst 2005. Waldpflege: Volkswirtschaftliche Optimierung einer nachhaltigen und naturnahen Waldpflege und Nutzung von einheimischem Holz durch die Erhaltung und die Stärkung leistungsfähiger Forstbetriebe zur Sicherstellung der öffentlichen Leistungen (Schutz und Wohlfahrt) des Waldes. Prüfung von Förderungsmassnahmen und Ausarbeitung von Zielvereinbarungen und Leistungsaufträgen (Jungwaldpflege, Schutzwaldbewirtschaftung) mit den öffentlichen und privaten Waldeigentümern mit dem Ziel, letzteren mehr Flexibilität bei der Gestaltung der Jahresprogramme und im Massnahmenvollzug zu gewähren sowie die forstlichen Förderungsmassnahmen durch die Bündelung der Beiträge auf der Basis von Leistungsvereinbarungen zu optimieren. Die Industriellen Werke Basel-Stadt planen gemeinsam mit dem Waldwirtschaftsverband beider Basel den Bau und den Betrieb eines Holzkraftwerkes in einer für Schweizer Verhältnisse bisher nicht bekannten Grössenordnung. Die VSD bzw. das Forstamt unterstützen die Waldeigentümer bei der Erarbeitung eines überbetrieblichen Logistikkonzeptes für eine regionale Holz-Schnitzelbeschaffung.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.065 Mio. Fr.</p>	<p>Bedingt durch die zeitliche Verzögerung auf Stufe Bund (Waldprogramm CH und Waldgesetzesrevision) wurden die für das Jahr 2004 auf Stufe Kanton geplanten Arbeiten sistiert und erst 2005 aufgenommen. Geplant ist weiterhin die Definition einer kantonalen Wald- und Holzpolitik, begleitet durch eine Expertenkommission (Forum). Die entsprechenden Arbeiten wurden im Herbst 2005 aufgenommen. Es ist vorgesehen, bis Sommer 2006 einen Expertenbericht zuhanden des Regierungsrates zu erstellen. Die Vorbereitungsarbeiten sind, soweit dies innerhalb der kantonalen Hoheit möglich ist, weitgehend abgeschlossen, die konkrete Umsetzung hängt jedoch davon ab, dass der Bund die "Produkte und Bestellungen" abschliessend definiert. Durch die Zusammenlegung des ehemals federführenden BUWAL (Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft) mit dem Bundesamt für Wasser und Geologie ist eine weitere Verzögerung entstanden. Das Projekt eines Holzkraftwerkes ist weiterhin auf gutem Weg. Zum Einen haben die IWB den erforderlichen Rahmenkredit durch den Grossen Rat zugesprochen erhalten, zum Anderen gründeten die Waldeigentümer die notwendige Finanzierungsgesellschaft.</p>

<p>Nr. 3.01.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Gefahrenhinweiskarte Abschluss der Gefahrenhinweiskartierung und Ausarbeitung eines konkreten Projektes für die Erstellung der Gefahrenkarten inkl. der notwendigen Landratsvorlage für die ausgeschiedenen Teile des Kantonsgebietes (Schutz vor Naturgefahren).</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.035 Mio. Fr.</p>	<p>Das Projekt Gefahrenhinweiskarte konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Darauf abgestützt wurden jene Gemeinden bzw. Gemeindegebiete (Hochwassereinzugsgebiete) ausgeschieden, für die eine Gefahrenkarte erarbeitet werden muss. Im Berichtsjahr wurden die Vorbereitungsarbeiten für dieses Projekt abgeschlossen und die nun vorhandenen Grundlagen fliessen in die kantonale Richtplanung ein. Die Federführung für die Gefahrenkarte liegt inzwischen bei der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung. Im November fand die verwaltungsinterne Vernehmlassung für die Landratsvorlage statt.</p>
<p>Nr. 3.01.03</p>	<p>Einzelne Massnahmen Weiterführung der Wiederherstellungsarbeiten Wald nach „Lothar“ und nach dem trockenen Sommer 2003 Weiterführung der Arbeiten im Zusammenhang mit dem Wiederherstellungsprojekt "Lothar" und unter Berücksichtigung der Folgeschäden, bedingt durch die extreme Trockenheit des Sommers 2003 auf der Basis des verlängerten Projektes (Entlastungsprogramm Bund, Genehmigungsvorbehalt). Fortsetzung der Massnahmen (Wiederinstandstellung, Forstschutz) im Wald.</p> <p>Landratsvorlage 2001 / 128, Verpflichtungskredit 2001 - 2006 LRB 1282 / 01 Total: Fr. 5'126'200.- (Konto 2225.36x / 37x) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 4'338'161.- Budget 2004: Fr. 198'380.- Budget 2005: Fr..129'000.-</p> <p>Total: Fr. 1'106'000.- (Konto 2225.47x) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 898'071.- Budget 2004: Fr. 90'000.- Budget 2005: Fr. 39'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.090 Mio. Fr.</p>	<p>Das Nachfolgeprojekt wurde im Landrat am 20. Oktober 2005 genehmigt und die ersten Tranchen der Projektarbeiten sind bereits abgeschlossen. Insgesamt wurden 159'700 Franken an die Waldeigentümer ausbezahlt. Davon entfielen auf den Bund 26'500 Franken.</p>

<p>Nr. 3.01.04</p>	<p>Einzelne Massnahmen Waldschadenuntersuchung Fortsetzung des Programms auf reduziertem Niveau mit dem Schwerpunkt der Beobachtungen im Bereich Bodendynamik, der Änderungen der Pflanzengesellschaften sowie der Untersuchungen zur Auswirkungen der Trockenheit 2003.</p> <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit 2004 - 2007 (noch hängig) Total: Fr. 537'500.- (Konto 2225.318.93) Budget 2004: Fr. 131'000.- Budget 2005: Fr. 131'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.131 Mio. Fr.</p>	<p>Die Weiterführung der Waldschadenuntersuchung wurde vom Landrat am 12. Januar 2006 beraten und genehmigt. Die kantonalen Aufwendungen betragen im Berichtsjahr 125'000 Franken.</p>
--------------------	--	--	--

<p>Nr. 3.02</p>	<p>Programmpunkt Arbeit / Wirtschaft</p> <p>Strategische Zielsetzungen Für das Jahr 2005 sind ausnahmsweise einmal nur wenige grundlegende Neuerungen in der Gesetzgebung in Aussicht. Eine davon bildet aller Voraussicht nach der Einbezug der EU-Osterweiterung in das bilaterale Abkommen EU - CH über den Freien Personenverkehr, wobei zu erwarten ist, dass die Freizügigkeitsbestimmungen bezüglich der neuen EU-Staaten erst nach Ablauf einer Übergangsfrist in Kraft treten werden. Es ergeben sich daraus dennoch zwei strategische Schwerpunkte:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Umsetzung der neuen Herausforderungen aus dem Freien Personenverkehr mit der EU, 2. die Bewältigung der im Jahre 2005 wirksam werdenden Teile der in diesem Jahr beschlossenen Massenentlassungen. <p>Im Bereich der Kinder- und Familienzulagen besteht die strategische Zielsetzung in der Realisierung eines neuen Familienzulagengesetzes. Die beiden Initiativen "KMU-Förderungsinitiative" und "KMU-Entlastungsinitiative" werden Mitte des Jahres dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Das Impulsprogramm "Familie und Beruf", welches die Schaffung zusätzlicher Kinderbetreuungsplätze, vorab im Altersegment 0 bis 4 Jahre, zum Ziel hat, wird seinen Abschluss finden.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Die Volksabstimmung vom 25. September 2005 über den Einbezug der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten ("EU-Ost-Erweiterung") in die Bilateralen Abkommen mit der Schweiz und die damit verbundene Verschärfung der flankierenden Massnahmen zum Freien Personenverkehr beschäftigten Bevölkerung, Politik und Medien intensiv. Die Vorlage wurde von der Baselbieter Bevölkerung bei einer Stimmbeteiligung von 50% mit 57'213 Ja gegen 38'550 Nein angenommen. Zusammen mit den Sozialpartnerorganisationen konnte in unserem Kanton von Anfang an eine wirkungsvolle Vollzugsorganisation und kompetente Information bereitgestellt werden, was wesentlich zur Objektivierung der Diskussion und zur Vertrauensbildung beitrug.</p> <p>Die im Jahre 2005 umgesetzten Teile zuvor beschlossener Massenentlassungen konnten insofern gut bewältigt werden, als sie geringere Auswirkungen auf die Zahl der Stellensuchenden zur Folge hatten, als ursprünglich befürchtet werden musste.</p> <p>Die Volksabstimmung über das neue Familienzulagengesetz fand ebenfalls am 25. September 2005 statt. Die Bevölkerung entschied sich mit 58'841 Stimmen oder 71.8% für die Variante 1.</p> <p>Die Abstimmung über die "KMU-Förderungsinitiative" und die "KMU-Entlastungsinitiative" fand am 5. Juni 2005 statt. Beide Vorlagen wurden bei einer Stimmbeteiligung von 84% mit deutlichem Mehr von 86.9% resp. 86.6% angenommen. Das Impulsprogramm "Familie und Beruf" wurde planmässig Ende 2005 beendet. In den insgesamt vier Jahren seiner Laufzeit konnten 148 neue Krippenplätze geschaffen und eine Sensibilisierung breiter Kreise für Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben erreicht werden.</p>
-----------------	--	---

<p>Nr. 3.02.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Tripartite Kommission und Schwarzarbeit Etablierung, Konsolidierung und Intensivierung der diversen neuen ordnungspolizeilichen Aktivitäten des Amtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) auf dem Arbeitsmarkt zum Wohle unserer Wirtschaft. Dazu gehören insbesondere: - die Führung des Präsidiums und Aktuariats der per Juni 2004 gebildeten Tripartiten Kommission (TPK) zu den flankierenden Massnahmen im Freien Personenverkehr, - die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, insbesondere bei den sich aus dem Entsendegesetz ergebenden Kontrollaufgaben, - die Vornahme von Kontrollen und anderen Vollzugsaufgaben im Auftrage der TPK, - die Koordination mit den Aufgaben des Schwarzarbeitsinspektorates, die allenfalls korrekte Umsetzung des zu erwartenden Zusatzprotokolls zum bilateralen Abkommen EU - CH über den Freien Personenverkehr betreffend die EU-Osterweiterung.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.2 Mio. Fr.</p>	<p>Im Rahmen der Erhebungen seitens des Bundes, aber auch der Medienberichterstattungen wurde unserem Kanton von Anfang an und mehrfach eine wirksame Vollzugs- und Kontrollorganisation im angesprochenen Bereich attestiert. Die seit längerem gezielt aufgebauten Strukturen im KIGA Baselland erweisen sich als effizient, was mit weiteren organisatorischen Massnahmen und dem laufenden Erfahrungsgewinn noch gesteigert werden konnte. Die Tripartite Kommission darf in unserem Kanton als etabliert und anerkannt gewertet werden. Die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnerorganisationen beim Vollzug des Entsendegesetzes gestaltet sich konstruktiv und wirkungsvoll, insbesondere auch in präventiver Hinsicht.</p>
<p>Nr. 3.02.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Dienstleistungs- und Kapazitätsanpassung im ALV-Vollzug Die 2004 in die Wege geleiteten Massenentlassungen von einigen grösseren Firmen werden in einigen Fällen konkrete Auswirkungen haben (Bombardier, Clariant, DSM, Spengler, Syngenta). Dem gegenüber steht die Erwartung einer allgemeinen Erholung der Arbeitsmärkte seitens der Wirtschaftsprognostiker. Es gilt, in diesem Spannungsfeld eine sorgfältige Planung und Anpassung des Dienstleistungsangebots vorzunehmen.</p>	<p>Keine finanziellen Auswirkungen für den Kanton. Aufwand kann zulasten der ALV (Bund) abgerechnet werden.</p>	<p>Die erhoffte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ist im Jahre 2005 nicht eingetroffen. Immerhin trat im Gesamten gesehen auch keine Verschlechterung ein, sondern blieb die Situation in etwa konstant. Erfreulicherweise blieb unser Kanton von weiteren grossen Massenentlassungen verschont, mit Ausnahme der im Dezember per 2006 angekündigten voraussichtlichen Schliessung der Firma Rohner in Pratteln.</p>
<p>Nr. 3.02.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Landratsvorlage als Gegenvorschlag zur Initiative "Höhere Kinderzulagen für alle" Die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion beabsichtigt, noch im zweiten Halbjahr 2004 dem Landrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche einen Gegenvorschlag zur Initiative "Höhere Kinderzulagen für alle" beinhaltet. Gegebenenfalls wird darüber im Frühjahr 2005 eine Volksabstimmung folgen. Anschliessend ist die Umsetzung vorzubereiten (geplantes Inkrafttreten: 1. 1. 2006).</p>	<p>Allfällige finanzielle Auswirkungen erst per 2006.</p>	<p>Das neue Familienzulagengesetz gilt als eines der modernsten der Schweiz. Es verwirklicht insbesondere den Grundsatz "ein Kind - eine Zulage". Das neue Gesetz ist seit 1. Januar 2006 in Kraft.</p>

<p>Nr. 3.02.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Landratsvorlagen zu den KMU-Initiativen Landratsvorlage zur formulierten Verfassungsinitiative zur Reduktion der Regelungsdichte zum Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Förderungsinitiative) und zur formulierten Gesetzesinitiative zur Reduktion der Regelungsdichte und zum Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Entlastungsinitiative). Die beiden Initiativen werden vom Landrat noch in der zweiten Jahreshälfte 2004 zu beraten sein. Die Volksabstimmung ist auf Mitte 2005 vorgesehen.</p>		<p>Die am 5. Juni 2005 vom Baselbieter Stimmvolk angenommenen Vorlagen KMU-Förderungsinitiative (Verfassungsänderung) und KMU-Entlastungsinitiative (neues Gesetz) sind innert einem Jahr umzusetzen. Ausnahme bildet dabei die Regulierungsfolgenabschätzung bei bestehenden Erlassen, welche innert zwei Jahren umzusetzen ist. Nachdem einerseits ein Grossteil der die KMU belastenden Gesetze, Verordnungen und administrativen Vorgaben (Sozialversicherungen, Mehrwertsteuer etc) auf Bundesrecht fussen und andererseits der Bund gemäss gesetzlichem Auftrag bereits Instrumente zur KMU-Entlastung im Einsatz hat, wurde diesbezüglich eine enge Zusammenarbeit mit dem Seco etabliert. Damit fliessen die Erfahrungen des Seco sowohl betreffend Funktionsweise des KMU-Forums als auch bezüglich Regulierungsfolgenabschätzung in unser Projekt ein. Der Vorschlag zur Bildung und Zusammensetzung des KMU-Forums wird dem Regierungsrat zur Inkraftsetzung auf den 1. April 2006 (Beginn der neuen Amtsperiode der kantonalen Kommissionen) unterbreitet.</p>
<p>Nr. 3.03</p>	<p>Programmpunkt Landwirtschaft</p> <p>Strategische Zielsetzungen Weiterarbeit an der Anpassung der land- und hauswirtschaftlichen Ausbildung an das Bundesgesetz über die Berufsbildung sowie Unterstützung der Landwirtschaft bei der Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen. Überprüfung der Mitgliedschaft im Konkordat über die Hochschule Wädenswil.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Die Anpassungen im Bildungsbereich dauern an. Trotz kleiner Verzögerungen auf schweizerischer Ebene bleibt die Zielsetzung, das Schuljahr 2007 / 2008 nach neuer Bildungsverordnung zu starten, unverändert. Das Konkordat der Hochschule Wädenswil wird Ende 2006 aufgelöst.</p>	
<p>Nr. 3.03.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Umschuldung Umschuldung von Betrieben, die unverschuldet in Notlage geraten, aber zukunftssträftig sind (LG BL § 41). Der Bund anerkennt zusätzliche Kriterien für die Betriebshilfedarlehen und stellt zusätzliche Mittel zur Verfügung. Um die Mittel auszulösen, muss der Kanton eigene Beiträge bereitstellen.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.6 Mio. Fr.</p>	<p>Im Jahre 2005 wurden 0.2 Mio. Fr. beansprucht.</p>

<p>Nr. 3.03.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Ökologischer Ausgleich Das Programm für den ökologischen Ausgleich in der Landwirtschaft wird von externen Fachleuten mit speziellen naturschutzfachlichen Erfolgskontrollen begleitet.</p> <p>Landratsvorlage 2003 / 292, Verpflichtungskredit 2004 - 2008 LRB 2003 / 437 Total 19.25 Mio. Fr., Teil LZE: Total Fr. 50'000.- (Konto 2243 318 20 2) Per Ende 2003 verbraucht: 0 Franken (neue Massnahme ab 2004) Budget 2004: Fr. 16'000.- Budget 2005: Fr. 16'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.016 Mio. Fr.</p>	<p>In den vergangenen zwei Jahren wurde je ein grösseres Projekt durch externe Fachleute durchgeführt:</p> <p>2004: Grundlagenerhebung Dittingerfeld Fr. 20'165.-</p> <p>2005: Erhebung II Saumprojekt Schlattfeld Aesch Fr. 11'970.-</p>
<p>Nr. 3.03.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Konkordat Hochschule Wädenswil überprüfen Die Hochschule Wädenswil basiert auf einem Konkordat von 17 Kantonen, ist jedoch Teil der Zürcher Fachhochschule ZFH. Die Integration in die ZFH wird immer stärker, so dass eine Übertragung der Hochschule Wädenswil an den Kanton Zürich zu prüfen ist. Allenfalls ist ein Austritt des Kantons Basel-Landschaft aus dem Konkordat ins Auge zu fassen.</p>		<p>Der Konkordatsrat beschloss einstimmig, das Konkordat auf den 31. Dezember 2006 aufzulösen. Die Konkordatsträger haben den Beschluss bis Juni 2006 zu bestätigen. Der Kanton Zürich wird die Hochschule und Berufsschule Wädenswil Anfang 2007 übernehmen. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft hat der Auflösung mit Beschluss Nr. 989 vom 14. Juni 2005 zugestimmt. Die Schule wird ab 2007 integrierter Teil der Zürcher Fachhochschule sein. Entsprechend wechselt per 2007 auch BL-intern die Zuständigkeit zu der für den Hochschulbereich verantwortlichen Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion.</p>
<p>Nr. 3.04</p>	<p>Programmpunkt Rheinhäfen Basel-Landschaft</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Rahmenbedingungen für den trimodalen Güterverkehr (Wasser / Schiene / Strasse) werden kontinuierlich und nachhaltig verbessert. Die Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel zu einem selbständigen Unternehmen öffentlichen Rechts ist dabei eine strategische Zielsetzung.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	

<p>Nr. 3.04.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Zusammenlegung der Rheinhäfen Im Rahmen eines partnerschaftlichen Geschäftes BL / BS wird die Zusammenlegung und Verselbständigung der Rheinhäfen beider Basel mit der Überführung in ein Unternehmen öffentlichen Rechts realisiert. Dazu wird den beiden Kantonsparlamenten eine entsprechende Vorlage in Form eines Staatsvertrages unterbreitet. Die Behandlung in den Parlamenten erfolgt in den Jahren 2004 und 2005, so dass das neue Unternehmen voraussichtlich per 1. 1. 2006 seine Tätigkeit aufnehmen kann.</p>	<p>Keine direkten finanziellen Auswirkungen.</p>	<p>Bedingt durch die zahlreichen Stellungnahmen aus der externen Vernehmlassung des Staatsvertragsentwurfs musste die Vorlage nochmals überarbeitet werden. Daraus hat sich eine Verzögerung ergeben, so dass die Vorlage erst im Jahre 2006 dem Landrat und dem Grossen Rat unterbreitet werden kann. Die Betriebsaufnahme des geplanten neuen gemeinsamen Unternehmens öffentlichen Rechts kann damit nicht vor 1. Januar 2008 erfolgen.</p>
<p>Nr. 3.05</p>	<p>Programmpunkt Vermessung Geographisches Informationssystem (GIS) / Amtliche Vermessung (AV 93)</p> <p>Strategische Zielsetzungen Grössere Wertschöpfung durch einen verbesserten Zugang auf Geoinformationen sowie Automatisierung der Geschäftsprozesse: Der Aufbau des geographischen Informationssystems (GIS) in der kantonalen Verwaltung und in den Gemeinden hat die Zielsetzung, den Zugang zu Geoinformationen zu verbessern und die Verfahrensabläufe in den behördlichen Stellen zu beschleunigen und zu vereinfachen. Im Weiteren sollen verbesserte Grundlagen für politische Entscheide geschaffen werden. Ziel ist eine optimale Wertschöpfung aus den vorhandenen Geoinformationen durch Kanton, Gemeinden und Private. Umsetzung der neuen Amtlichen Vermessung 93 (AV 93) im Zeitraum von 1995 - 2015 und in drei zeitlich sich folgendenden Etappen. Die 1. Etappe 1996 - 2000 ist technisch abgeschlossen. Aktuell ist die vom Landrat 2001 beschlossene laufende 2. Etappe AV 93 2002 - 2008 (LRB 2001 / 022). Aufgrund einer beschlossenen GAP-Massnahme und eines dadurch reduzierten jährlichen Kredits wird sich die Frist auf ca. 2010 verlängern. Die 3. Etappe soll anschliessend das Projekt bis 2017 abschliessen.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	

<p>Nr. 3.05.01</p>	<p>Einzelne Massnahmen Weitere Umsetzung des Landratsbeschlusses GIS Realisierung der Gebäude-Datenbank, Bereitstellung des Auskunftssystems über die Geoinformationen (Meta-Informationssystem); Datenabgabe über Internet; Kostengünstige Realisierung einfacher GIS-Projekte in der Umgebung des Parzellen-Informationssystems (PARZIS); Integration bestehender Geländedaten und weiterer Datenebenen in das Geo Data Warehouse; Realisierung von GIS-Projekten in den Dienststellen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahrensabläufen und zur Schaffung von verbesserten Grundlagen für politische Entscheide im Sektor "Grund und Boden".</p> <p>Landratsvorlage 2000 / 091, Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1013 GIS Total: Fr. 2.8 Mio. Fr. (Kontengruppe 3) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 749'008.- Budget 2004: Fr. 329'000.- Budget 2005: Fr. 295'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.295 Mio. Fr.</p>	<p>Die bisher im Rahmen der Umsetzung des Landratsbeschlusses bereitgestellten Applikationen werden rege benutzt und stossen, wie eine breit angelegte Umfrage im November 2005 ergeben hat, bei den Benutzer/innen auf grosse Akzeptanz.</p> <p>Die Intranet-Applikation PARZIS wird monatlich von 750 - 800 Mitarbeitenden benutzt. Diese verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Organisationseinheiten: FKD 5%, VSD 11%, BUD 24%, JPMD 36%, BKSD 3%, Gerichte 3%, Gemeinden 15% und BL Gebäudeversicherung 3%.</p> <p>Die Projektarbeiten verlaufen weitgehend planmässig. Wesentliche Teile des Landratsbeschlusses sind umgesetzt. Eine Verzögerung gegenüber dem Projektplan ergab sich beim Projekt GIS im Internet. Probleme mit der Systemstabilität veranlassten die Projektleitung, die offizielle Aufschaltung von PARZIS im Internet aufzuschieben. Es wird erwartet, dass dies im 1. Halbjahr 2006 nachgeholt wird. Für ausgewählte Benutzergruppen wie die Gemeinden, Ingenieur- und Planungsbüros sowie Versorgungswerke ist der Zugriff über Internet seit dem dritten Quartal 2005 aber gewährleistet.</p> <p>Der Regierungsrat verabschiedete ein Konzept für die Beteiligung der Gemeinden am GIS BL.</p> <p>Provisorisches Ergebnis Rechnung 2005 (diverse Konten Gruppe 3): Fr. 158'793.-.</p>
--------------------	---	---	--

<p>Nr. 3.05.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93) Das vorgesehene Jahresprogramm 2005 berücksichtigt die neue Quote gemäss GAP-Massnahme und sieht die Bearbeitung von ca. fünf Gemeinden vor.</p> <p>Landratsvorlage 2001 / 022, Verpflichtungskredit 2001 - 2008 LRB 1281 / 01 Total 13.1 Mio. Fr., Konto 2230.319.90-3 Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 2'344'098.- brutto Fr 1'203'320.- netto</p> <p>Budget 2004: Fr. 1'324'150.- Budget 2005: Fr. 1'229'000.-</p> <p>Zugehörige Ertragskonti Konto 2230.460.00-3, Budget 2004: Fr. 128'000.- Konto 2230.462.10-2, Budget 2004: Fr. 762'200.- Konto 2230.460.00-3, Budget 2005: Fr. 121'774.- Konto 2230.462.10-2, Budget 2005: Fr. 679'229.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>1.229 Mio. Fr. brutto 0.428 Mio. Fr. netto</p>	<p>Die hängigen Beschwerden im Zusammenhang mit den Operaten in Therwil, Ziefen und Birsfelden wurden im April 2005 entschieden. Entsprechend vergrösserte sich das vorgesehene Programm 2005 zur 2. Etappe um diese drei Gemeinden. Daraus resultierte eine Kreditvergrösserung 2005 auf 1.366 Mio.Fr. resp. eine Budgetdifferenz von +137'025 Franken. Die Unternehmerarbeiten verlaufen programmgemäss.</p> <p>Provisorische Ergebnisse Rechnung 2005: 2230.319.90-3: Fr. 1'274'747.- 2230.460.00-3: Fr. 50'776.- 2230.462.10-2: Fr. 544'918.-.</p>
<p>Nr. 3.06</p>	<p>Programmpunkt Melioration (Bodenverbesserung)</p> <p>Strategische Zielsetzungen Verbesserung der Produktionsgrundlagen in der Landwirtschaft.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 3.06.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Meliorationsprojekte Die bereits bewilligten Projekte werden weitergeführt. Die finanziellen Möglichkeiten des Kantons zwingen dabei allerdings zu einer langsameren Gangart. Im Budget 2004 stehen für Meliorationsprojekte Fr. 350'000.- zur Verfügung. Gleiches gilt für das Jahr 2005. Vor dem Hintergrund der Finanzknappheit muss auf die Auslösung neuer, zusätzlicher Projekte verzichtet werden.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>0.35 Mio. Fr.</p>	<p>Die im Meliorationsprogramm enthaltenen und durch den Regierungsrat bewilligten Bodenverbesserungen konnten in der Zwischenzeit bis auf zwei Projekte ausgeführt und abgerechnet werden.</p> <p>In der Felderregulierung Roggenburg können die vom Regierungsrat bewilligten Massnahmen innerhalb des genehmigten Kostenrahmens unter Aufrechnung der Teuerung und der Mehrwertsteuer fertig gestellt werden.</p> <p>Provisorisches Ergebnis Rechnung 2005: 2230.364.00-1: Fr. 356'346.-.</p>
<p>Nr. 3.07</p>	<p>Programmpunkt Gesundheitsförderung</p> <p>Strategische Zielsetzungen Fortsetzung der Arbeiten bezüglich der Neuausrichtung der Baselbieter Gesundheitsförderung.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	

<p>Nr. 3.07.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Neue Definition Gesundheitsförderung und Suchtprävention Begriff, Ziele, Strategie, Konzept und Tätigkeiten der Gesundheitsförderung Basel-Landschaft werden neu definiert und mit sämtlichen Partnerorganisationen, Leistungsgebern und -nehmern vereinbart. Begriff, Ziele, Strategie, Konzept und Tätigkeiten der Suchtprävention werden neu definiert und mit sämtlichen Partnerorganisationen, Leistungsgebern und -nehmern vereinbart. Der Prozess findet parallel zu demjenigen der Gesundheitsförderung statt, um Synergien und Schnittstellen zu nutzen.</p> <p>Gesundheitsförderung im Frühbereich: Projekt Frühbereich II Umsetzung der Erkenntnisse aus dem im Jahre 2004 abgeschlossenen Projekt Frühbereich II.</p>		<p>Das Rahmenkonzept der Gesundheitsförderung / Prävention 2005 - 2010 wurde erstellt. Das Vernehmlassungsverfahren bei den Direktionen wurde durchgeführt. Die Reaktionen waren zum grössten Teil positiv. Die Verabschiedung durch den Regierungsrat ist für den Januar 2006 vorgesehen.</p> <p>Der Schlussbericht über das Projekt Frühbereich II wurde im Berichtsjahr an den Landrat weiter geleitet. Die Beratung und Kenntnisnahme durch den Landrat erfolgte in seiner Sitzung vom 12. Januar 2006. Damit ist dieses Projekt abgeschlossen.</p>
<p>Nr. 3.08</p>	<p>Programmpunkt Gesundheitswesen: Spitalplanung BS / BL, Teilrevision des KVG</p> <p>Strategische Zielsetzungen Fortsetzung der gemeinsamen Spitalplanungsarbeiten mit Basel-Stadt und Erarbeitung einer gemeinsamen Vorlage an die Parlamente. Erarbeitung der Baukreditvorlage für den Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) gemeinsam mit dem Sanitätsdepartement Basel-Stadt sowie den Baudepartementen Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Die "grosse Teilrevision" des KVG ist im November 2003 gescheitert. Die notwendigen Gesetzesanpassungen werden nun in mehrere Reformpakete geschnürt. Hier gilt es, "am Ball" zu bleiben.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 3.08.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Fortsetzung der gemeinsamen Spitalplanungsarbeiten mit Basel-Stadt Ausgehend von den Resultaten des Strategieberichtes Spitalversorgung Basel-Landschaft und dem entsprechenden Bericht aus dem Kanton Basel-Stadt ist im Jahre 2005 gemeinsam mit dem Partnerkanton das weitere Vorgehen in der Spitalplanung zu definieren. Gemeinsamer Bericht an die Parlamente. Zeitpunkt: Frühjahr 2005.</p>		<p>Der Bericht über die Spitalversorgung Basel-Landschaft und Basel-Stadt (stationärer Bereich) wurde am 20. September 2005 an den Landrat überwiesen (Vorlage Nummer 2005 / 250).</p>

<p>Nr. 3.08.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Neubau Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) Auf der Grundlage des Siegerprojektes aus dem Architektur-Wettbewerb wird das Bauvorhaben konkretisiert und den Parlamenten Basel-Stadt und Basel-Landschaft im Frühjahr 2005 die Baukreditvorlage unterbreitet.</p>		<p>Die Vorlage an den Landrat betreffend Neubau des Universitätskinderspitals beider Basel (UKBB), Verpflichtungskredit für Investitionsbeiträge BL, datiert vom 10. Mai 2005 und trägt die Nummer 2005 / 125. Der Landrat stimmte dem Begehren in seiner Sitzung vom 20. Oktober 2005 zu. Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt stimmte dem Begehren bereits einen Tag früher, in seiner Sitzung vom 19. Oktober 2005 zu.</p>
<p>Nr. 3.09</p>	<p>Programmpunkt Kantonsspital Bruderholz</p> <p>Strategische Zielsetzungen Fortsetzung der Sanierungsmassnahmen zur Sicherstellung des laufenden Betriebes, massvolle Anpassung der sanitären Infrastruktur auf den Stationen zwecks Verbesserung der Patientenzufriedenheit. E-health: Ausbau der Informatik zur Unterstützung der Spitalprozesse auf der Basis einer gemeinsamen Informatikstrategie und eines gemeinsamen Kommunikationskonzeptes der öffentlichen Spitäler Basel-Landschaft. Anschluss des Kantonsspitals Bruderholz an das Informatiknetz des Kantons. Optimierung der innerbetrieblichen Arbeitsabläufe und Umsetzung der Bestimmungen des Eidg. Arbeitsgesetzes im Bereich der Arbeitszeiten der Assistenzärzte.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 3.09.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Anpassung der sanitären Infrastruktur Sicherheitsrelevante Massnahmen gemäss Landratsvorlage 2003 / 168: Fertigstellung der 1. Stufe, Beginn der 2. Stufe.</p>		<p>Die Umsetzung der 19 Teilprojekte der 1. Stufe der sicherheitsrelevanten Massnahmen (SM 1) gehen planmässig unter der Federführung der BUD voran. Einzig im Teilprojekt 18 "Liftnanlagen mit REA-Funktion" wird die Umsetzung infolge eines laufenden Beschwerdeverfahrens gegen die Vergabe derart verzögert, dass die geplante Fertigstellung des Gesamtprojektes per Mitte 2006 nicht gehalten werden kann. Die Vorbereitungsarbeiten für die 2. Stufe (SM 2) laufen. Die Sanierungsmassnahmen müssen im Zusammenhang mit den geplanten Neubauaktivitäten des KSB neu beurteilt werden. Das Projekt "Anpassung der sanitären Infrastruktur" konnte mit dem Einbau von Duschen und Toiletten in die bestehenden Badezimmer der Stationen erfolgreich abgeschlossen werden.</p>

<p>Nr. 3.09.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Realisierung einer interdisziplinären Tagesklinik Weiterarbeit an der Realisierung einer interdisziplinären Tagesklinik und Anpassung der Ambulatorien durch die Umnutzung von stationärer Infrastruktur, dadurch Schaffung von 12 - 15 Betten für eine Tagesklinik. Angestrebte Wirkung: Prozessoptimierung, Kosteneinsparungen, bessere Berücksichtigung der Patientenbedürfnisse.</p>	<p>Investitionsbedarf 2005: 0.2 Mio. Fr.</p>	<p>Das Projekt wurde mangels Unterstützung seitens der betroffenen Chefärzte, vor dem Hintergrund hoher Realisierungskosten sowie vor einer priorisierten Schaffung eines 6. Operationssaales sistiert.</p>
<p>Nr. 3.09.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Einführung einer integrierten elektronischen Patientenakte Beschaffung und Einführung einer integrierten elektronischen Patientenakte mit Anbindung aller Patienten orientierten Subsysteme (Phase 2). Angestrebte Wirkung: Ausschöpfung eines grossen, aber schwer quantifizierbaren Einsparungspotenzials durch Prozessbeschleunigung, bessere und Orts unabhängige Verfügbarkeit der Daten. Ferner konzentrierter Datenschutz.</p> <p>Laborinformationssystem (LIS) (Ersatzinvestition)</p> <p>Anschluss ans Kantonsnetz</p>	<p>Investitionsbedarf 2005: 0.4 Mio. Fr.</p> <p>Investitionsbedarf 2005: 0.5 Mio. Fr.</p> <p>Investitionsbedarf 2005: 0.4 Mio. Fr.</p>	<p>Einführung einer integrierten elektronischen Patientenakte Im Berichtsjahr wurden einige bisher teilautonome Applikationen abgelöst und durch das bereits eingeführte medizinische Dokumentationssystem "Qualicare" erfolgreich ersetzt. Im weiteren wurden die konzeptionellen Grundlagen geschaffen, um mittelfristig eine vollständig integrierte elektronische Patientenakte zu realisieren, welche eine Vielfalt einzelner - für die jeweiligen Anwendungen optimierter - Applikationen verknüpft und auch Bild-Daten beinhaltet.</p> <p>Laborinformationssystem (LIS) (Ersatzinvestition) Die Evaluation der Ersatzinvestition wurde auf Antrag des Kantonsspitals Liestal mittels eines Beschlusses des Regierungsrates abgekürzt. Die Beschaffung wurde entsprechend ausgelöst und die Vorbereitungsarbeiten für die Migration aufgenommen. Die Migrationsprozeduren (Sicherstellung der Datentransfers vom bestehenden hin zum neuen System) wurden erfolgreich getestet. Die Migration erfolgt stufenweise und wird im 1. Semester 2006 abgeschlossen</p> <p>Anschluss ans Kantonsnetz Der Anschluss wurde per Ende Dezember 2005 realisiert und zur Nutzung freigegeben.</p>

Nr. 3.09.04	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung des Eidg. Arbeitsgesetzes für Assistenzärzte Ab dem 1. 1. 2005 werden die Assistenzärzte neu auch den gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeits- und Ruhezeiten unterstellt sein. Gleichzeitig tritt die Gesetzesrevision in Kraft (Einführung der 50-Stunden-Woche).</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 2.6 Mio. Fr.</p>	<p>Die Assistenzärzte arbeiten seit dem 1. Januar 2005 innerhalb der schwierigen Vorgaben des Eidg. Arbeitsgesetzes. Entsprechende Planungs- und Kontrollmechanismen wurden installiert und werden überwacht.</p>
Nr. 3.09.05	<p>Einzelne Massnahme Beschaffung einer multifunktionalen Röntgenanlage Ersatzbeschaffung für die interventionelle Radiologie im Rahmen des bestehenden Leistungsauftrages.</p>	<p>Investitionsbedarf 2005: 1.1 Mio. Fr.</p>	<p>Vor dem Hintergrund des hohen Investitionsbedarfs für die Erneuerung diverser medizinischer Geräte, pflegerischer und therapeutischer Hilfsmittel sowie vor dem Hintergrund der Erhaltung der allgemeinen Infrastruktur wurde im Rahmen eines gezielten Mitteleinsatzes auf diese Beschaffung vorerst verzichtet. Die Funktionsfähigkeit der bestehenden Anlage - jedoch ohne die gewünschten Mehrleistungen - wurde im Rahmen einer Revision im Umfang von Fr. 200'000.- gelöst.</p>
Nr. 3.10	<p>Programmpunkt Kantonsspital Liestal</p> <p>Strategische Zielsetzungen Klinikreorganisation und Akkreditierung von Belegärzten im Bereich Geburtshilfe an der Frauenklinik. Umsetzung der Bestimmungen des Eidg. Arbeitsgesetzes im Bereich der Arbeitszeiten der Assistenzärzteschaft und Anpassung der Stellenpläne an die Soll-Werte gemäss Stellenplanüberprüfung. Anschluss des Kantonsspitals Liestal an das Informatiknetz des Kantons.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Es wird auf die Berichterstattung zu den einzelnen Massnahmen verwiesen. Der Anschluss des Kantonsspitals Liestal an das Informatiknetz des Kantons ist erfolgt.</p>	
Nr. 3.10.02	<p>Einzelne Massnahme Akkreditierung von Belegärzten an der Frauenklinik Mit einer Öffnung der Frauenklinik im Bereich Geburtshilfe für Belegärztinnen und -ärzte sollen bei gleich bleibendem Personalbestand die vorhandenen Ressourcen besser genutzt und damit die Wirtschaftlichkeit der Klinik gesteigert werden.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.2 Mio. Fr. Mehrertrag</p>	<p>Erste Massnahmen zur Reorganisation der Frauenklinik sind eingeleitet worden. Die angestrebte Ergebnisverbesserung wurde im 2005 erreicht. Beim Projekt "Öffnung der Frauenklinik im Bereich Geburtshilfe für Belegärztinnen und -ärzte" sind zunächst Arbeitsgrundlagen erstellt worden. Entsprechende Entscheide stehen im 2006 an.</p>

<p>Nr. 3.10.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung des Eidg. Arbeitsgesetzes für Assistenzärzte Ab dem 1. 1. 2005 werden die Assistenzärztinnen und -ärzte neu auch den gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeits- und Ruhezeiten unterstellt sein. Gleichzeitig tritt die Gesetzesrevision in Kraft (Einführung der 50-Stunden-Woche). Zudem ist eine Stellenplananpassung im stationären Pflegebereich sowie in den medizinisch-technischen Berufen (Labor, Therapien, Radiologie, Diagnostik, Ambulatorien) gemäss der Studie zur Stellenplanüberprüfung notwendig.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 4.7 Mio. Fr.</p>	<p>Die Massnahmen konnten im 2005 im Rahmen der bewilligten Mittel schrittweise realisiert werden.</p>
<p>Nr. 3.11</p>	<p>Programmpunkt Kantonales Institut für Pathologie (KIP)</p> <p>Strategische Zielsetzungen Modernisierung und Anpassung der baulichen Gegebenheiten im Bereich des Kantonalen Institutes für Pathologie (KIP). Erfüllung der sicherheits- und arbeitshygienischen Vorschriften.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 3.11.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Umbau und Modernisierung Baukreditvorlage an den Landrat Nr. 2003 / 170. Mit dieser im Januar 2004 bewilligten Vorlage werden durch einen An- und Umbau des bestehenden Personalhauses des Kantonsspitals Liestal zeitgemässe und gesetzeskonforme Labor- und Büroräumlichkeiten zur Unterbringung des KIP hergerichtet. Ausführungsplanung 2004, Zielerreichung Mitte 2006.</p> <p>Landratsvorlage 2003 / 170, Verpflichtungskredit LRB 15.1.2004 Total: Fr. 11'200'000.- (Konto 2320.503.30-224) Per Ende 2003 verbraucht: 0 Fr.- Budget 2004: Fr. 1'500'000.- Budget 2005: Fr. 6'000'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 6.0 Mio. Fr.</p>	<p>Der Projektablauf erfolgt im Rahmen der Vorgaben sehr zufrieden stellend. Die Inbetriebnahme der neuen Räume ist bereits per Ende des 1. Quartals 2006 vorgesehen. Gemäss Reporting der BUD sollte aus heutiger Sicht zudem ein Projektabschluss im Rahmen der bewilligten Mittel realisiert werden können.</p>
<p>Nr. 3.12</p>	<p>Programmpunkt Zentralwäscherei Liestal (ZWL)</p> <p>Strategische Zielsetzungen Optimierung der Wäscheversorgung für die Spitäler des Kantons Basel-Landschaft.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	

<p>Nr.3.12.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Massnahmen zur Effizienzsteigerung Mit einem einheitlichen Wäscheversorgungskonzept, einem koordinierten Einkauf und einer optimierten Bewirtschaftung und Verteilung durch die ZWL sollen schrittweise Kosteneinsparungen für die einzelnen Betriebe realisiert werden.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.15 Mio. Fr. Ergebnisverbesserung</p>	<p>Die Massnahmen konnten im 2005 eingeleitet werden. Im Sinne eines ersten Schrittes konnten auch die für 2005 vorgesehenen finanziellen Zielvorgaben gemäss GAP realisiert werden.</p>
<p>Nr. 3.13</p>	<p>Programmpunkt Kantonsspital Laufen</p> <p>Strategische Zielsetzungen Konsolidierung des Betriebes nach der Schliessung des solothurnischen Bezirksspitals Breitenbach unter Optimierung der Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital Bruderholz. Umsetzung der Bestimmungen des Eidg. Arbeitsgesetzes im Bereich der Arbeitszeiten der Assistenzärzteschaft.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	

<p>Nr. 3.13.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Optimierung der Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital Bruderholz Umsetzung der bis Ende 2004 zu erarbeitenden Massnahmen im Hinblick auf eine Optimierung der Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital Bruderholz.</p>		<p>Im Tagesgeschäft (Ärztlicher Dienst, Labor, Apotheke etc.) wurde die Zusammenarbeit KSLa - KSB weiter intensiviert. In Bezug auf die Erarbeitung und Umsetzung von Massnahmen längerfristiger, struktureller Art wurde das Vorhaben aus zeitlichen Gründen und vor dem Hintergrund des Spitalverwalterwechsels im Kantonsspital Bruderholz zurückgestellt. Es wurden jedoch andere Optimierungsmassnahmen eingeleitet und umgesetzt: Es wurden neue Büroflächen im Personalhaus zwecks Realisierung von zusätzlichen Flächen für den medizinischen Bereich im Hauptgebäude geschaffen. Weiter wurden die beiden Bereiche mittels einer Passerelle miteinander verbunden. Die Sanierungsmassnahmen in den Bereichen OPS und Radiologie sind in Vorbereitung und werden dem Landrat in der ersten Jahreshälfte 2006 zum Entscheid unterbreitet werden. Das Kantonsspital Laufen hat im Berichtsjahr den Wechsel vom administrativen Kantonsnetz in das neue Spitalnetz auf dem physischen Kantonsnetz vollzogen. Die Einführung von SAP bei den Kantonalen Psychiatrischen Diensten wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital Laufen vollzogen. Gleichzeitig erfolgte der notwendige Releasewechsel beim Kantonsspital Laufen sowie das gemeinsame Outsourcing des Rechnungszentrums-Betriebes. Im Bereich der Urologie wurde eine neue Zusammenarbeit mit dem KSL etabliert, indem seit 2005 die KSL-Klinik regelmässige Sprechstunden im KSLa anbietet und damit den Patientenstrom für stationäre Behandlungen stark nach Liestal lenken kann.</p>
<p>Nr. 3.13.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung des Eidg. Arbeitsgesetzes für Assistenzärzte Ab dem 1. 1. 2005 werden die Assistenzärztinnen und -ärzte neu auch den gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeits- und Ruhezeiten unterstellt sein. Gleichzeitig tritt die Gesetzesrevision in Kraft (Einführung der 50-Stunden-Woche).</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.5 Mio. Fr.</p>	<p>Das KSLa war in der Lage, mit dem neuen Bestand an Assistenzärzten bereits am 1. Januar 2005 zu starten und konnte damit die 50-Std-Woche problemlos einführen.</p>

Nr. 3.14	<p>Programmpunkt Kantonale Psychiatrische Dienste</p> <p>Strategische Zielsetzungen Planung / Regionale Zusammenarbeit, Umsetzung der Bestimmungen des Eidg. Arbeitsgesetzes im Bereich der Arbeitszeiten der Assistenzärzteschaft; Anschluss der Kantonalen Psychiatrischen Dienste an das Informatiknetz des Kantons.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Gleich wie die Spitäler Bruderholz, Laufen und Liestal sind nun auch die Kantonalen Psychiatrischen Dienste an das Informatiknetz des Kantons angeschlossen.</p>
----------	---	--

<p>Nr. 3.14.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Baselland Planung der Umsetzung der einzelnen Projekte gemäss vorgesehener Priorisierung. Abweichung: Aufgrund des Landratsentscheides über das Postulat 2003 / 297 werden die ersten Schritte der Schaffung einer Fachstelle für Psychiatrische Rehabilitation vorgezogen.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.2 Mio. Fr. Lohnkosten</p>	<p><u>Projekt Alterspsychiatrischer Dienst (APD):</u> Stationäre Leistungen: Auf Grund der bestehenden Nachfrage und der entsprechenden Versorgungslücke sowie im Hinblick auf einen künftigen Alterspsychiatrischen Dienst wurde das Kantonale Altersheim organisatorisch näher an die Kantonale Psychiatrische Klinik herangerückt und bildet gemeinsam mit den beiden Akut-Altersstationen der Klinik deren Alterspsychiatrischen Bereich. Ambulante Leistungen: Die Entwicklung des Konzeptes für die ambulanten Leistungen wurde wegen des anstehenden Chefarztwechsels in den Externen Psychiatrischen Diensten (EPD) ausgestellt, bis der neue Chefarzt seine Tätigkeit aufgenommen hat. <u>Projekt Tagesversorgung:</u> Nach Vorarbeiten wurde das Projekt wegen des anstehenden Chefarztwechsels in den Externen Psychiatrischen Diensten (EPD) ausgestellt, bis der neue Chefarzt seine Tätigkeit aufgenommen hat. <u>Projekt Spitalpsychiatrische Teams:</u> Wegen des Chefarztwechsels in den EPD noch nicht an die Hand genommen. <u>Fachstelle für Psychiatrische Rehabilitation (FPR):</u> Die Fachstelle hat ihren Betrieb aufgenommen. <u>Projekt Psychiatrischer Dienst für Substanzenabhängige:</u> An der Beratungsstelle für Alkohol- und andere Suchtprobleme (BfA) wurde ein ärztlicher Dienst etabliert, welcher der Drogenberatung Baselland (DBL) unterstellt ist. Auf weitere Schritte wurde wegen des Chefarztwechsels in den EPD und der bevorstehenden Pensionierung des Leitenden Arztes der DBL verzichtet. <u>Projekt Forensische Psychiatrie:</u> Entscheidungsgrundlagen wurden durch die interdisziplinäre Projektgruppe aus Vertretern der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion, der Gerichte und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste in Absprache mit der Forensischen Abteilung der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) an die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion weiter geleitet.</p>
--------------------	--	---	--

Nr. 3.14.02	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung des Eidg. Arbeitsgesetzes für Assistenzärzte Ab dem 1. 1. 2005 werden die Assistenzärztinnen und -ärzte neu auch den gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeits- und Ruhezeiten unterstellt sein. Gleichzeitig tritt die Gesetzesrevision in Kraft (Einführung der 50-Stunden-Woche).</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.34 Mio. Fr.</p>	<p>Die Massnahme wurde umgesetzt.</p>
Nr. 3.15	<p>Programmpunkt Kantonales Labor: Gesundheit und Wirtschaft (neu)</p> <p>Strategische Zielsetzungen Unterstützung des Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung durch Hilfestellung und Information von Bevölkerung und Betrieben.</p>		<p>Amtsbericht 2005</p>
Nr. 3.15.01	<p>Einzelne Massnahme Aufbau der Konformitätsbewertungsstelle „Spielwaren“ Aufbau der Konformitätsbewertungsstelle „Spielwaren“ zur Kontrolle und gegebenenfalls zur Unterstützung der namhaften, im Kanton ansässigen Importeure.</p>		<p>Die Konformitätsbewertungsstelle Spielwaren wurde 2005 durch die Schweizerische Akkreditierungsstelle zum zweiten Mal mit Erfolg auditiert. Es wurden 240 Baumusterprüfungen durchgeführt. 43 Spielzeuge erwiesen sich als nicht verkehrsfähig und müssen vor der Inverkehrsetzung verbessert werden.</p>
Nr. 3.15.02	<p>Einzelne Massnahme Informationskampagne zum Trinkwasser Umfassende Information der Bevölkerung via Internet über das von ihr konsumierte Trinkwasser. Pilotprojekt der Kantone Basel-Landschaft, Jura, Freiburg und Schaffhausen. Beitrag zur Ratifizierung des WHO-Wasser-Protokolls.</p>		<p>Der Prototyp der Datenbank ist vorhanden. Es braucht noch einige Verbesserungen. Die Information kann voraussichtlich im ersten Quartal 2006 der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.</p>

Teil 4 Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

Zitat

"Nachhaltig in eine gemeinsame Zukunft"

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Tiefbau

Die Bewirtschaftung des Gesamtnetzes des Strassen- und Schienenverkehrs sowie das Verkehrsmanagement erhalten hohe Priorität. Gut ausgebaute und betriebsbereite Verkehrsnetze sind unverzichtbare Basis für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft und einer prosperierenden Wirtschaft. Dazu gehören Strassennetze von nationaler, regionaler und kommunaler Bedeutung, Schienennetze für den öffentlichen Verkehr im Fern- und Nahbereich sowie Verkehrswege für den Langsamverkehr. Diese Verkehrsnetze müssen funktionsgerecht ausgebaut, neuen Anforderungen und Rahmenbedingungen angepasst, in der Substanz über lange Zeit erhalten und schliesslich jederzeit betriebsbereit gehalten werden.

Hochbau

Der Kanton verfügt grundsätzlich über gute und zweckmässige Infrastrukturen zur Bewältigung seiner Aufgaben. Im Raume Liestal sind die für die Verwaltungszwecke zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten, ausgelöst durch den permanent anhaltenden Stellenwachstum in der kantonalen Verwaltung, weiterhin als suboptimal zu bewerten. Ein gesamtheitlicher Lösungsansatz soll der Tendenz der kurzfristigen Einzellösungen entgegenwirken. Im Zuge der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) wird die im Jahre 2004 eingeleitete Erarbeitung einer Grobstrategie für die räumliche Entwicklung der Verwaltung ausgeweitet zu einem übergeordneten Projekt eines Flächenmanagements. Neben der Erarbeitung von raumrelevanten Strategien wird ein Massnahmenpaket zur kurz-, mittel- und langfristigen Umsetzung zusammengestellt. Einmalige Investitionen für die Optimierung der räumlichen Ressourcen sind zu tätigen (allenfalls Neubauten), dem gegenüber steht eine Reduktion der Flächen und damit verbunden die nachhaltige Reduktion der Bewirtschaftungskosten.

Umweltschutz und Energie

Abfall und Altlasten

Abstimmung der Entsorgungskapazität und der lenkbaren Abfallmengen im Bereich der brennbaren Abfälle. Sicherung der Ablagerungsmöglichkeiten für Aushub und Inertstoffe (reaktionsträge Stoffe wie zum Beispiel Edelgase) für das Unterbaselbiet zusammen mit dem Kanton Solothurn. Möglichst weitgehende Information der Inhaber belasteter Standorte über den vorgesehenen Katastereintrag.

Wasserversorgung

Abklärung der Grundwasserverhältnisse und Überwachung der Grundwasserqualität. Sicherstellung der Wasserversorgung. Projekt Grundwassermonitoring.

Gewässerschutz und Abwasserentsorgung

Regionale Entwässerungsplanung "Birs"; Regionale Entwässerungsplanung "Ergolz". Gewässerschutzmassnahmen im Birstal; Ausbau der Kläranlage Birs 2 in Birsfelden.

Energie

Förderung der rationellen Energienutzung und der Nutzung von erneuerbaren Energien; Mitwirkung bei der Realisierung des geothermischen Heizkraftwerks in Basel.

Sicherheit

Das Sicherheitsinspektorat konzentriert die vorhandenen Ressourcen auf den Vollzug der Störfallverordnung, der Einschliessungs- und Freisetzungsverordnung sowie der Gefahrgutbeauftragtenverordnung mit dem Ziel, die Eigenverantwortung der Betriebe nachhaltig zu unterstützen.

Nachhaltige Entwicklung

Mitwirkung bei der Umsetzung der Strategie "Nachhaltige Entwicklung BL 2003 - 2007": Forum für nachhaltige Entwicklung; Erfolgskontrolle der nachhaltigen Entwicklung (Nachhaltigkeitsaudit); "Impuls 21": Förderprogramm für die nachhaltige Entwicklung der Baselbieter Gemeinden.

Industrielle Betriebe

Gewässerschutzmassnahmen im Birstal; Ausbau der Kläranlage Birs 2 in Birsfelden.

Raumplanung

Im kommenden Jahr stellen die Planung mit dem kantonalen Richtplan und dem Agglomerationsprogramm sowie der öffentliche Verkehr mit dem Generellen Leistungsauftrag und den Investitionen in die Infrastruktur die Schwerpunkte der Raumplanung dar.

Geografisches Informations-System (GIS)

Als Folge der Erhebung des Potenzials für Rationalisierung und Qualitätssteigerung durch den Einsatz von GIS ist dessen forcierte Einführung zum Dienststellen übergreifenden, interdisziplinären Schwerpunkt ernannt worden; die notwendigen finanziellen Mittel sind im Budget des Generalsekretariates gekennzeichnet.

<p>Nr. 4.01</p>	<p>Programmpunkt Tiefbau: Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr</p> <p>Strategische Zielsetzungen Der mit dem Bericht "Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr" 1976 eingeleitete Ausbau der Vorortsbahnen und der Waldenburgerbahn geht in der neuen Legislaturperiode seinem Ende entgegen. Bei der Linie 10 steht die Trasseerneuerung und der Ausbau von Münchenstein-Dorf bis BBC, bei der Linie 11 die Aufhebung bzw. Absicherung von Niveauübergängen in Münchenstein, Reinach und Aesch sowie die Erneuerung der Innerortsstrecke Reinach-Dorf an. Für die Waldenburgerbahn ergibt sich als letzte Ausbaumassnahme die Verkehrstrennung Schiene / Strasse in Oberdorf. Ziele dieser Massnahmen sind nach wie vor die Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch Reduktion der Konfliktpunkte Schiene / Strasse, ein verdichteter Fahrplan in Spitzenzeiten sowie die Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit. Eine steigende Bedeutung kommt den Erhaltungsmaßnahmen für die Schienen gebundenen Trassen zu. Hier drängen sich in der nächsten Legislaturperiode weitere Massnahmen auf, wie zum Beispiel in Allschwil die Erneuerung der Gleise für die BVB-Linie 6.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 4.01.01</p>	<p>Einzelne Massnahme BLT-Linie 10, Münchenstein Trasseerneuerung und Ausbau Münchenstein-Dorf bis Haltestelle BBC; Baubeginn erst ab 2007, da vorher finanzielle Mittel fehlen (allenfalls früherer Baubeginn möglich, sofern Mittel im entsprechenden Sperrgeldkonto der BLT vorhanden sind). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1348 / 1989 Total: Fr. 68'100'000.- (Konto 2317.701.40-002) Per Ende 2003 verbraucht: Brutto Fr. 53'301'752.60 Budget 2004: Fr. 1'000'000.- Budget 2005: Fr. 100'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.1 Mio. Fr.</p>	<p>Das Plangenehmigungsverfahren im Abschnitt Münchenstein Dorf - Griebengasse wurde im Dezember 2005 abgeschlossen. Die Realisierung kann demzufolge beginnen.</p>

<p>Nr. 4.01.02</p>	<p>Einzelne Massnahme BLT-Linie 11, Münchenstein, Reinach und Aesch Aufhebung bzw. Absicherung diverser Niveauübergänge, unter anderem Münchenstein, Binningerstrasse (vorbehältlich Abschluss Plangenehmigungsverfahren); Ortsdurchfahrt Reinach, Planung Innerortsstrecke. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2481 / 1995 und 1478 / 2002 Total: Fr. 39'700'000.- (Konto 2317.701.40-003) Per Ende 2003 verbraucht: Brutto Fr. 22'771'551.45 Budget 2004: Fr. 500'000.- Budget 2005: Fr. 500'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.5 Mio. Fr.</p>	<p>Die Tramübergänge Binningerstrasse in Münchenstein und als zusätzliche Massnahme zum Jahresprogramm im Bereich des Knotens Reichensteinerstrasse / Baselstrasse in Reinach sind neu mit einer Barrierenanlage abgesichert. Die Planung für die Sanierung und Umgestaltung der Ortsdurchfahrt Reinach läuft.</p>
<p>Nr. 4.01.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Waldenburgerbahn, Oberdorf Bauliche Trennung Schiene / Strasse; Ausbau Hauptstrasse, Abschluss der Bauarbeiten. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1988 / 1999 Total: Fr 12.000'000.- (Konto 2312.701.20-134) Per Ende 2003 verbraucht: Brutto Fr. 4'439'624.15 Budget 2004: Fr. 3'500'000.- Budget 2005: Fr. 2'000'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 2.0 Mio. Fr.</p>	<p>Nach dem beschleunigten Bauablauf im Jahr 2004 wurden im laufenden Jahr noch die restlichen Bauarbeiten abgeschlossen.</p>
<p>Nr. 4.01.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Dornach / Arlesheim: Umgestaltung Bahnhof Mitwirkung bei der Revision des Quartierplans mit dem Neubau der Gleisanlagen BLT 10 und dem Doppelspurausbau bis Stollenrain. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.</p>		<p>Die Mitwirkung im Rahmen der Planungsarbeiten ist erfolgt.</p>
<p>Nr. 4.01.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Allschwil, Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baselstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen Erarbeitung des Erhaltungskonzeptes und der Landratsvorlage für den Verpflichtungskredit. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.</p>		<p>Die Planungsarbeiten für das Verkehrs- und Haltestellenkonzept sind abgeschlossen, das Vernehmlassungsverfahren ist noch im Gang.</p>

<p>Nr. 4.01.06</p>	<p>Einzelne Massnahme Binningen, Kronenplatz, Gleiserneuerung, neue Wendeschlaufe und Umgestaltung Kronenplatz Bau ab 2005.</p> <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 142 / 2003 Total: Fr 9'100'000.- (Konto 2312.701.20-090) Per Ende 2003 verbraucht: Brutto Fr. 217'945.60 Budget 2004: Fr. 2'100'000.- Budget 2005: Fr. 200'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>0.2 Mio. Fr.</p>	<p>Das Plangenehmigungsverfahren wurde mit dem Urteil des Kantonsgerichts abgeschlossen.</p>
<p>Nr. 4.01.07</p>	<p>Einzelne Massnahme Waldenburgerbahn, Liestal Erneuerung der Frenkenbrücke.</p> <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 329 / 2004 Total: Fr 2'700'000.- (Konto 2317.564.00-005) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2004: Fr. 0.- Budget 2005: Fr. 2'000'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>2.0 Mio. Fr.</p>	<p>Die Bauarbeiten der SBB sind soweit fortgeschritten, dass der Investitionsbeitrag geleistet werden konnte.</p>
<p>Nr. 4.02</p>	<p>Programmpunkt Tiefbau: Verkehr und Bau / Individualverkehr</p> <p>Strategische Zielsetzungen Hauptziel ist, dem Zweckartikel des kantonalen Strassengesetzes entsprechend die Betriebsbereitschaft und die Erhaltung der Kantonsstrassen sicherzustellen und ihre Funktion langfristig zu gewährleisten; der entsprechende Mittelbedarf ist steigend. Die zurzeit zur Verfügung stehenden Mittel decken den erforderlichen Bedarf nicht ab. Die Mittel für den Ausbau sollen vorab in die kantonalen Hochleistungsstrassen (HLS) investiert werden. Ihnen kommt im gesamten Verkehrsnetz eine wichtige Funktion zu. Die HLS entlasten die Siedlungsgebiete und erlauben eine rationelle Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Den Vorgaben des Bundes entsprechende betriebsbereite Nationalstrassen bilden die Hauptachsen des nationalen und regionalen Verkehrsnetzes. Der Kanton Basel-Landschaft strebt die Ergänzung des Nationalstrassennetzes auf der Achse Basel - Delémont inkl. der erforderlichen Zubringer an und will den Ausbau der kritischen Stellen vorantreiben. Im Zusammenhang mit dem Neuen Finanzausgleich (NFA) wird der Bund ab 2008 die Zuständigkeit für Betrieb und Erhaltung der Nationalstrassen übernehmen. Der Kanton setzt sich zum Ziel, den Werkhof Sissach auch künftig als Standort zu erhalten.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	

<p>Nr. 4.02.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Optimierung der Strasseninfrastruktur Weiterbearbeiten des Konzeptes Optimierung der Strasseninfrastruktur und erste Arbeiten für den Schwachstellenplan (teilweise mit eigenen personellen Mitteln, teilweise mit externer Unterstützung; im Rahmen der Laufenden Rechnung). Kein Verpflichtungskredit notwendig.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005 : Laufende Rechnung</p>	<p>Der kantonale Richtplan mit optimiertem Strassennetz und der Schwachstellenplan liegen im Entwurf vor.</p>
<p>Nr. 4.02.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Standards der Verkehrsinfrastruktur Weiterbearbeiten des Konzeptes betreffend Standards und Mittelbedarf und erste Arbeiten im Bereich Standards bei Neubauten und Substanzerhaltungen (teilweise mit eigenen personellen Mitteln, teilweise mit externer Unterstützung und soweit möglich regional abgestützt; im Rahmen der Laufenden Rechnung). Kein Verpflichtungskredit notwendig.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: Laufende Rechnung</p>	<p>Der Bericht ist in Erarbeitung.</p>
<p>Nr. 4.02.03</p>	<p>Einzelne Massnahme A2 Sanierungstunnel Belchen (3. Röhre) Genehmigungsverfahren für das Ausführungsprojekt unter der Federführung des BUWAL. Beginn der Phase Detailprojekt. Ziel: Erreichen des definitiven Bauentscheides 2007. Kein Verpflichtungskredit, Abwicklung nach Nationalstrassen-Gesetzgebung.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.1 Mio. Fr. Kantonsanteil BL</p>	<p>Die vom UVEK verlangte Ergänzungsdokumentation zur kantonalen Stellungnahme wurde eingereicht. Die Planerleistung "Gesamtleitung" wurde im offenen Verfahren beschafft. Die Offerten für die Planerleistung "Projektverfasser Bau" (offenes Verfahren) liegen vor. Die Inbetriebnahme des STB ist nach wie vor für 2015 vorgesehen.</p>
<p>Nr. 4.02.04</p>	<p>Einzelne Massnahme A2 Erhaltungsabschnitt Basel - Augst Vorbereitungsarbeiten ohne Spurreduktion und Erreichen der Baureife der Hauptarbeiten für 2006 / 2007, Totalersatz Belag, Instandsetzung Kunstbauten mit umfassenden verkehrlichen Hilfsmassnahmen. Gemeinsames Projekt BL / BS / AG. Kein Verpflichtungskredit, Abwicklung nach Nationalstrassen-Gesetzgebung.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 2 Mio. Fr. Kantonsanteil BL</p>	<p>Die Baureife ist erreicht. Die Werkverträge für die Hauptarbeiten sind seit Sommer 2005 unterzeichnet. Die Vorbereitungsarbeiten inkl. Bau der Hilfsbrücken Gellert und Augst sind plangemäss im Gange. Das Verkehrsmanagement wie auch das Konzept der Informationsmassnahmen wurden weiter optimiert.</p>

<p>Nr. 4.02.05</p>	<p>Einzelne Massnahme H2 Umfahrung Sissach Weiterführung der Bauarbeiten sowie Fertigstellung des Bauprojektes für die flankierenden Massnahmen, Massnahmen zur Bewältigung von Hebungen infolge Gipskeuperdruck, Ausrüstungsarbeiten im Hinblick auf Inbetriebnahme 2006.</p> <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 0077 / 1987 und 2696 / 1991 Total: Fr 179'870'000.- (Konto 2312.701.20-104) Per Ende 2003 verbraucht: Brutto Fr. 206'426'023.45 Budget 2004: Fr. 35'000'000.- Budget 2005: Fr. 45'000'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 45.0 Mio. Fr.</p>	<p>Die Bau- und Ausbauarbeiten wurden unter Berücksichtigung der unvorhersehbaren Schwierigkeiten infolge der Hebungen weiter geführt.</p>
<p>Nr. 4.02.06</p>	<p>Einzelne Massnahme H2 Pratteln - Liestal Weiterführung der Projektierungsarbeiten mit dem Ziel, ab 2006 mit den Bauarbeiten zu beginnen.</p> <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2418 / 1995 Total: Fr 248'000'000.- (Konto 2312.701.20-004) Per Ende 2003 verbraucht: Brutto Fr. 61'798'297.50 Budget 2004: Fr. 1'000'000.- Budget 2005: Fr. 200'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.2 Mio. Fr.</p>	<p>Die Ergänzung des Bauprojektes aufgrund der neuen Sicherheitsvorschriften wurde abgeschlossen. Das Plangenehmigungsverfahren ist zurzeit im Gang. Die Projektierungsarbeiten wurden im Hinblick auf einen Baubeginn im ersten Quartal 2006 wieder intensiviert.</p>
<p>Nr. 4.02.07</p>	<p>Einzelne Massnahme H2 Umfahrung Liestal Weiterbearbeitung des Verkehrskonzeptes Liestal.</p> <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit 1217 / 2001 Total: Fr 900'000.- (Konto 2312.701.10-138) Per Ende 2003 verbraucht: Brutto Fr. 347'048.30 Budget 2004: Fr. 250'000.- Budget 2005: Fr. 100'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.1 Mio. Fr.</p>	<p>Aufgrund der Variantenwahl wurden die Projektierungsarbeiten für das Vorprojekt aufgenommen.</p>
<p>Nr. 4.02.08</p>	<p>Einzelne Massnahme H2 Umfahrung Laufen / Zwingen Auswertung des Planungswettbewerbs (Parallelplanung) und Start der Arbeiten für das Generelle Projekt.</p> <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 672 / 2000 Total: Fr 3'000'000.- (Konto 2312.701.10-013) Per Ende 2003 verbraucht: Brutto Fr. 99'284.00 Budget 2004: Fr. 500'000.- Budget 2005: Fr. 500'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.5 Mio. Fr.</p>	<p>Für die ausgewählten Varianten wurde die Zweckmässigkeitsbeurteilung in Angriff genommen.</p>

<p>Nr. 4.02.09</p>	<p>Einzelne Massnahme Südümfahrung Basel Entscheid betreffend Aufnahme in den Richtplan. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1766 / 1994 (Leimental-Birstal, Projektierung) Total: Fr 700'000.- (Konto 2312.701.10-125) Per Ende 2003 verbraucht: Brutto Fr. 439'507.40 Budget 2004: Fr. 25'000.- Budget 2005: Fr. 0.-</p>		<p>Die Südümfahrung Basel wurde als Trassesicherung in den Entwurf des Richtplans aufgenommen.</p>
<p>Nr. 4.02.10</p>	<p>Einzelne Massnahme Nationalstrassen, kantonale Hochleistungsstrassen, Kantonsstrassen Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und Substanzerhaltung, Erhaltung der Kunstbauten und Erneuerung der Fahrbahnen, Nachrüsten der Anlagen (Verkehrsleitsystem, Lärm- und Grundwasserschutzbauten) sowie Umgestaltung von Knoten auf den Kantonsstrassen und von Ortsdurchfahrten). Gebundene Ausgaben im Rahmen der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung (Rubriken 2312, 2313, 2314).</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: Diverse Konti Laufende Rechnung und Investitionsrechnung, Rubriken 2312, 2313 und 2314</p>	<p>Die Arbeiten wurden entsprechend den Jahresprogrammen ausgeführt. Bei einzelnen Objekten (H2 Anschluss Itingen, Fussgängerbrücke Sissach u.a.) mussten bedingt durch vergaberechtliche Beschwerdeverfahren Terminverschiebungen in das Jahr 2006 in Kauf genommen werden.</p>
<p>Nr. 4.02.11</p>	<p>Einzelne Massnahme Regionales Radroutennetz Ausarbeiten ausführungsfähiger Projekte und Bauausführung mit Priorität der Schulwegsicherung und der Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken in ländlichen Gebieten (Laufental, oberes Baselbiet). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 0032 / 1996 und 0074 / 1998 Total: Fr 47'722'173.- (Konto 2312.701.20-007) Per Ende 2003 verbraucht: Brutto Fr. 21'886'945.85 Budget 2004: Fr. 1'500'000.- Budget 2005: Fr. 0.-</p>		<p>Die Projektierungs- und Realisierungsarbeiten verlaufen nach reduziertem Programm.</p>
<p>Nr. 4.02.12</p>	<p>Einzelne Massnahme A2 Erhaltungsabschnitt Augst - Diegten (inkl. Tunnel Arisdorf) Ausführung 2005: Erhöhung der Tunnelsicherheit und minimale erste bauliche Instandsetzung Tunnel Arisdorf; punktuelle Instandsetzung Trasse. Kein Verpflichtungskredit, Abwicklung nach Nationalstrassen-Gesetzgebung.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 3.5 Mio. Fr. Kantonsanteil BL</p>	<p>Die Etappe 1 konnte fristgerecht auf den Sommerreiseverkehr abgeschlossen werden, die Etappe 2 sogar mit zehn Tagen Vorsprung: Seit 6. Dezember 2005 stehen beide Tunnelröhren dem Verkehr wieder zur Verfügung. Das Verkehrsmanagement mit grossräumiger Umleitung und breiter Information hat sich sehr gut bewährt.</p>

Nr. 4.02.13	<p>Einzelne Massnahme H18 Erhaltungsabschnitt Rütihard - Reinach Nord Ausführung 2005: Instandsetzung Viadukt Rütihard und Trasse in einer Fahrtrichtung. 2. Etappe (andere Fahrtrichtung) 2006. Keine Vorlagen, Abwicklung über Sammelkonto Erneuerung H2 / H18.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 2.0 Mio. Fr.</p>	<p>Bedingt durch Budgetkürzungen ist dieses Vorhaben gestaffelt und erst ab 2006 umzusetzen. Für die geotechnische Problematik "Setzungsmulde Rütihard" liegt ein Massnahmenkonzept vor.</p>
Nr. 4.03	<p>Programmpunkt Tiefbau: Verkehr und Bau / Wasserbau</p> <p>Strategische Zielsetzungen Planung, Realisierung und Bewirtschaftung der kantonalen Gewässer sind darauf ausgerichtet, einen möglichst ungehinderten Wasserabfluss zu gewährleisten ohne Schaden anzurichten. Die Anliegen des Ufer- und Hochwasserschutzes werden unter massvoller Berücksichtigung ökologischer und ortsplanerischer Anliegen realisiert. Mit Revitalisierungen und Ausdolungen wird ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet.</p>		<p>Amtsbericht 2005</p>
Nr. 4.03.01	<p>Einzelne Massnahme Wasserbaukonzept Arbeiten für das neue Konzept (teilweise mit eigenen personellen Mitteln, teilweise mit externer Unterstützung; im Rahmen der Laufenden Rechnung). Kein Verpflichtungskredit notwendig.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.1 Mio. Fr.</p>	<p>Mit RRB Nr. 794 vom 10. Mai 2005 wurde das neue Wasserbaukonzept in Kraft gesetzt.</p>
Nr. 4.03.02	<p>Einzelne Massnahme Passiver Hochwasserschutz Mitarbeit bei der Erstellung der Gefahrenkarten (ausschliesslich mit eigenen personellen Ressourcen, da 2005 für externe Unterstützung keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen). Kein Verpflichtungskredit vorgesehen.</p>		<p>Die Phase Gefahrenhinweiskarte ist abgeschlossen. Zu gegebener Zeit erfolgt die Mitarbeit an der Gefahrenkarte.</p>
Nr. 4.03.03	<p>Einzelne Massnahme Allschwil, Hochwasserschutz Erarbeitung des Bauprojektes im 2004, Baubeginn vorbereiten im 2005, Baubeginn möglichst bald, spätestens ab 2007.</p> <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2106 / 08.05.03 Total: Fr 7'090'000.- (Konto 2316.701.90-015) Per Ende 2003 verbraucht: Brutto Fr. 188'502.85 Budget 2004: Fr. 1'000'000.- Budget 2005: Fr. 100'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.1 Mio. Fr.</p>	<p>Die rechtsgültigen Bauprojekte für das Hochwasserrückhaltebecken "Isigs Brüggli" und den Amphibienschutz liegen vor. Somit ist die Plangenehmigung abgeschlossen. Die Realisierungsarbeiten beginnen ab Anfang 2006.</p>

<p>Nr. 4.04</p>	<p>Programmpunkt Hochbau</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die räumliche Entwicklung der Kantonalen Verwaltung soll nach einer einheitlichen Strategie und nach einheitlichen Standards erfolgen. Diese gilt es im Projekt Flächenmanagement (GAP-Massnahme) zu erarbeiten und zu verabschieden. Ziel ist es, mittel- bis langfristig das Immobilienportfolio des Kantons zu optimieren und den Flächenbedarf zu reduzieren und so die Bewirtschaftungskosten zu senken. Aufgrund der angespannten Finanzlage sowie der noch ausstehenden Resultate aus dem Projekt Flächenmanagement werden nur die absolut dringendsten Nutzerbedürfnisse sowie Sanierungsarbeiten an den Hochbauten realisiert. Zusätzliche Neueinmietungen sind vom Regierungsrat zu genehmigen. Der mehrjährige Finanzplan zeigt den Bedarf von verschiedenen Grossprojekten im Bereich Bildung, Justiz und Gesundheit auf. Die Umsetzung von Investitionsprojekten muss weiterhin priorisiert werden.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 4.04.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Erarbeitung Flächenmanagement Analyse der Ist-Situation bestehender Bauten und Analyse von deren räumlichem Potenzial, Erarbeitung von Strategien und Weisungen als Grundlage für die Raumzuteilung, Erarbeitung eines Massnahmenpakets mit Umsetzungsplan (kurz-, mittel- und langfristig).</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.25 Mio. Fr.</p>	<p>Das Konzept für die Projektarbeit "Aufbau eines Flächenmanagementsystems" wurde erst im Dezember durch die Regierung genehmigt. Auslöser für den massiven Verzug ist ein zeitaufwändiges direktionsinternes Vernehmlassungs- und Genehmigungsverfahren. Die Projektverzögerung führt zu einer Kumulation der Projektleistungen für das Jahr 2006.</p>
<p>Nr. 4.04.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Landratsvorlagen / Verpflichtungskredit LRB</p>		
	<p>Liestal, Gesamtausbau Kaserne Total: Fr. 42.0 Mio. (Konto 2320.503.30-114) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 15.13 Mio. Budget 2004: Fr. 17.0 Mio. Budget 2005: Fr. 5.8 Mio.</p>	<p>3.5 Mio. Fr.</p>	<p>Als letztes Teilprojekt konnte die Krankenabteilung termingerecht im Januar 2005 den Betrieb aufnehmen. 2005 wurden diverse Abschluss- und Mängelarbeiten getätigt. Eine Unterschreitung des bewilligten Kredits ist angezeigt.</p>
	<p>Liestal, KSL, Sanierung, Um- und Erweiterungsbauten Total: Fr. 172.7 Mio. (Konto 2320.503.30-144) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 167.76 Mio. Budget 2004: Fr. 2.0 Mio. Budget 2005: Fr. 1.5 Mio.</p>	<p>1.32 Mio. Fr.</p>	<p>Auf Ende 2005 konnten alle Arbeiten (vor allem Mängelbehebungen und Gebäudedokumentation) abgeschlossen werden. Eine Unterschreitung des bewilligten Kredits ist angezeigt.</p>

	<p>Augst, 2. Sanierungsstufe Römisches Theater Total: Fr. 16.35 Mio. (Konto 2320.503.30-189) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 10.85 Mio. Budget 2004: Fr. 1.5 Mio. Budget 2005: Fr. 1.5 Mio.</p>	<p>1.3 Mio. Fr.</p>	<p>Die Sanierungsarbeiten an der eigentlichen Ruine sind grösstenteils abgeschlossen. Umfassende Umgebungsarbeiten sind noch in Ausführung.</p>
	<p>Liestal, KPD, Sanierung Haus 5 Total: Fr. 30.1 Mio. (Konto 2320.503.30-199) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 6.56 Mio. Budget 2004: Fr. 11.0 Mio. Budget 2005: Fr. 11.5 Mio.</p>	<p>9.73 Mio. Fr.</p>	<p>Das Haus C konnte im August 2004 und das Haus A im September 2005 bezogen werden. Die Bauarbeiten sind abgeschlossen (exkl. wenige Mängelbehebungen). Eine Unterschreitung des bewilligten Kredits ist angezeigt.</p>
	<p>Liestal, Kantonsbibliothek Total: Fr. 17.9 Mio. (Konto 2320.503.30-220) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 4.40 Mio. Budget 2004: Fr. 7.0 Mio. Budget 2005: Fr. 4.0 Mio.</p>	<p>4.5 Mio. Fr.</p>	<p>Die Bibliothek konnte im Juni 2005 den Betrieb aufnehmen. Die Bauarbeiten sind abgeschlossen (exkl. wenige Mängelbehebungen) Eine Unterschreitung des bewilligten Kredits ist angezeigt.</p>
	<p>Liestal, Pathologie, Neuunterbringung Total: Fr. 11.2 Mio. (Konto 2320.503.30-224) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 0.32 Mio. Budget 2004: Fr. 1.5 Mio. Budget 2005: Fr. 6.0 Mio.</p>	<p>5.1 Mio. Fr.</p>	<p>Die Arbeiten schreiten programmgemäss voran. Der Abschluss der Bauarbeiten findet voraussichtlich im April 2006 statt.</p>
	<p>Oberwil, Gymnasium, Mediothek, Umbau und Sanierung Total: Fr. 1.04 Mio. (Konto 2320.503.30-225) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 0.8 Mio. Budget 2004: Fr. 1.0 Mio. Budget 2005: Fr. 0.0 Mio.</p>	<p>0.3 Mio. Fr.</p>	<p>Der Landrat hat am 3. November 2005 für den Umbau, die Erweiterung und Sanierung des Gymnasiums Oberwil zu Lasten des Kontos 2320.503.30-225 einen Verpflichtungskredit von Fr. 14'358'000.- bewilligt.</p>
	<p>Liestal, Staatsarchiv, Ausbau Total: Fr. 15.4 Mio. (Konto 2320.503.30-226) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 0.8 Mio. Budget 2004: Fr. 2.0 Mio. Budget 2005: Fr. 2.5 Mio.</p>	<p>2.9 Mio. Fr.</p>	<p>Im Juli 2005 erfolgte der Baustart. Die Arbeiten schreiten programmgemäss voran. Ein Bezug der 1. Etappe voraussichtlich im April 2006 ist absehbar.</p>
	<p>Binningen, KSB, Sicherheitsrelevante Massnahmen Total: Fr. 15.2 Mio. (Konto 2320.503.30-236) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 0.93 Mio. Budget 2004: Fr. 4.5 Mio. Budget 2005: Fr. 6.0 Mio.</p>	<p>4.0 Mio. Fr.</p>	<p>Die Arbeiten an den zahlreichen Teilobjekten schreiten programmgemäss voran. Eine Ausnahme bilden die Teilobjekte 18 Lift und 19 Kälte. Infolge Einsprachen gegen Arbeitsvergaben sind diese Arbeiten verzögert resp. sistiert. Der Endtermin von Juni 2006 für den Abschluss der Arbeiten kann für die Teilobjekte 18 und 19 nicht eingehalten werden.</p>

	<p>UKBB Neubau Basel (1/2 Anteil) Total: Fr. 0.875 Mio. (Konto 2320.503.30-242) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 0.0 Mio. Budget 2004: Fr. 0.5 Mio. Budget 2005: Fr. 0.2 Mio.</p>		<p>Der Grosse Rat BS hat am 19. Oktober 2005 und der Landrat des Kantons BL am 20. Oktober 2005 einem Verpflichtungskredit von 149.3 Mio. Fr. für den Neubau zugestimmt. Der Kredit konnte Ende Jahr nach Ablauf der Referendumsfrist für rechtsgültig erklärt werden.</p>
	<p>Muttenz, Strafjustizzentrum, Projektierungsvorlage Total: Fr. 44.0 Mio. (Konto 2320.503.30-253) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 0.0 Mio. Budget 2004: Fr. 0.0 Mio. Budget 2005: Fr. 0.0 Mio.</p>		<p>Der Landrat hat am 8. September 2005 dem Bedarf für neue Räumlichkeiten für das Kantonsgericht in Liestal sowie dem Bedarf und Konzept für ein Strafjustizzentrum in Muttenz zugestimmt. Er hat der Projektierung des Strafjustizzentrums Muttenz bis und mit Baukreditvorlage zugestimmt und den Verpflichtungskredit von Fr. 2'650'000.- bewilligt. Die Projektorganisation und Projektentwicklung sind gestartet.</p>
	<p>Liestal, Kantonsgericht, Projektierungsvorlage Total: Fr. 14.0 Mio. (Konto 2320.503.30-254) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 0.0 Mio. Budget 2004: Fr. 0.0 Mio. Budget 2005: Fr. 0.0 Mio.</p>		<p>Der Landrat hat am 8. September 2005 den beantragten Projektierungskredit für das Kantonsgerichtsgebäude zurückgewiesen. Die Bau- und Umweltschutzdirektion wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Kantonsgericht bis spätestens 2007 dem Landrat eine Vorlage für ein Kantonsgerichtsgebäude in Liestal (Neu- oder Umbau) vorzulegen.</p>
Nr. 4.05	<p>Programmpunkt Umweltschutz / Energie A Abfall / Altlasten / Umweltgefährdende Stoffe</p> <p>Strategische Zielsetzungen Realisierung von Massnahmen in den Bereichen Abfall und Altlasten.</p>		<p>Amtsbericht 2005</p>

<p>Nr. 4.05.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Abstimmung der Entsorgungskapazität und der lenkbaren Abfallmengen im Bereich der brennbaren Abfälle Entscheid über längerfristig wirkende Lenkungsmassnahmen (in Abstimmung mit Basel-Stadt), falls mit den übrigen Instrumenten keine befriedigende Deckung zwischen Verbrennungskapazität und Abfallanlieferungen in der KVA Basel erreicht werden kann.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.09 Mio. Fr. (Vollkosten)</p>	<p>Die Verbrennungskapazität der KVA Basel wird seit Mitte 2005 (Beginn des Deponierungsverbotes für brennbare Abfälle in Deutschland) durch die Verbrennung von Abfällen aus Deutschland vollständig ausgeschöpft. Da diese Vollausslastung der KVA Basel nur temporär gesichert sein dürfte, ist in enger Abstimmung von AUE, AIB, IWB und AUE BS ein Pflichtenheft für eine Arbeitsgruppe definiert worden. Diese Arbeitsgruppe wird bis Ende 2006 eine faire und langfristige Ausgestaltung der abfallwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Kantonen und eine Regelung für die Zusammenarbeit zuhanden der Regierungen erarbeiten.</p>
<p>Nr. 4.05.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Sicherung der Ablagerungsmöglichkeiten für Aushub und Inertstoffe für das Unterbaselbiet (mit dem Kanton Solothurn) Abgestimmt auf die Ergebnisse der laufenden Richtplanrevision im Kanton Solothurn müssen voraussichtlich für die Bezirke Arlesheim / Dorneck und Laufen / Thierstein neue Deponiestandorte gesucht und evaluiert werden.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.14 Mio. Fr. (Vollkosten)</p>	<p>Der Entwurf der Deponieplanung des Kantons Solothurn lag erst im Herbst 2005 vor, so dass seitens BL vorderhand keine Planungsarbeiten im Gebiet Birstal / Leimental eingeleitet wurden. Da im vorliegenden Konzept des Kantons SO die Bedürfnisse des Kantons BL jedoch ungenügend berücksichtigt sind, wird anfangs 2006 zu prüfen sein, ob der Kanton BL eine eigenständige Standortevaluation durchführt oder ob ein neuer Anlauf für eine Planung über die Kantonsgrenzen hinweg gemacht werden sollte.</p>
<p>Nr. 4.05.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Möglichst weitgehende Information der Inhaber belasteter Standorte über die vorgesehenen Katastereinträge Um eine gute Ausschöpfung der Bundesbeiträge (voraussichtliche Terminvorgabe 31. 12. 2005) zu erreichen, werden die Inhaber belasteter Standorte über die vorgesehenen Katastereinträge möglichst weitgehend informiert. Parallel dazu wird bei wichtigen Fällen eine vertiefte Untersuchung und bei Bedarf eine Sanierung veranlasst.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.35 Mio. Fr. (Vollkosten)</p>	<p>Die Terminvorgabe für die Ausschöpfung der Bundesbeiträge ist im Rahmen der Revision des USG auf Mitte 2007 verlängert worden. Im 2005 ist das Informationsmaterial für Betriebsstandorte sämtlicher Gemeinden im Bezirk Arlesheim erstellt worden. Bis Ende Jahr sind die Unterlagen für die Gemeinde Therwil verschickt worden. Für die restlichen Gemeinden erfolgt der Versand der Unterlagen in den ersten Wochen des Jahres 2006. Zusätzlich sind für sämtliche Deponiestandorte im Bezirk Arlesheim Parzellenpläne erstellt worden, so dass in 2006 die Information der betroffenen Standortinhaber erfolgen kann.</p>

<p>Nr. 4.05</p>	<p>Programmpunkt Umweltschutz / Energie B Wasserversorgung / Wassernutzung</p> <p>Strategische Zielsetzungen Gemäss Kantonsverfassung und Wasserversorgungsgesetz hat der Kanton für die Sicherstellung des regionalen Wasserbedarfs zu sorgen, und zwar mit folgenden Massnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Durchführung von Untersuchungen (hydrogeologisch, chemisch-bakteriologisch, technisch und betriebswirtschaftlich); • Ausarbeiten von generellen und detaillierten Projekten; • Errichtung und Betrieb von Anlagen für die regionale Wasserbeschaffung (zum Beispiel Grundwasseranreicherungen, Transportleitungen, Schutzzonen); • Beratung der Gemeinden und Privaten in Wasserversorgungsfragen. 	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 4.05.10</p>	<p>Einzelne Massnahme Abklärung der Grundwasserverhältnisse und Überwachung der Grundwasserqualität Im Jahre 1989 nahm der Landrat vom Grundwasserabklärungsprogramm zustimmend Kenntnis und bewilligte einen Verpflichtungskredit von 4 Mio. Franken. Das Programm beinhaltet vor allem Untersuchungen der Grundwasservorkommen im Rheintal, Birstal, Ergolzthal und im Bölchengebiet sowie die Errichtung von Grundwasserbeobachtungsnetzen im Bereich von Deponien, kantonalen Abwasserleitungen und Kläranlagen. Die finanziellen Mittel sind heute zu 85 Prozent ausgeschöpft. Zurzeit laufen noch Untersuchungen im Birstal sowie im hydrogeologisch sehr komplexen Rheintal, wo zum besseren Verständnis der Grundwasserzirkulation im Jahre 2005 fünf Bohrungen erstellt werden. Untersuchungsprogramm und Verpflichtungskredit werden im Jahre 2005 abgeschlossen.</p> <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Nr. 1254 vom 21. Juni 1989 Total: Fr. 4.0 Mio. (Konto 2330.501.70.002; ohne MWSt und Teuerung) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 3.7 Mio. Budget 2004: Fr. 0.4 Mio. Budget 2005: Fr. 0.4 Mio.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.4 Mio. Fr. (Investitionsrechnung)</p>	<p>Hydrogeologische Untersuchungen im mittleren Birstal mit einer Grundwassermodellierung und der Ermittlung der Zuströmbereiche wurden weitergeführt. Im unteren Birstal (Arlesheim, Münchenstein, Muttenz) sind die hydrogeologischen Vorarbeiten abgeschlossen worden. Mit den Bohrungen für die Ergänzung des Grundwassermessstellennetzes kann anfangs 2006 begonnen werden.</p> <p>Zur Optimierung des Grundwassermodells im Rheintal (Muttenz, Pratteln) sind drei der vier geplanten Bohrungen ausgeführt worden.</p> <p>Die Kosten wurden eingehalten.</p>

<p>Nr. 4.05.11</p>	<p>Einzelne Massnahme Sicherstellung der regionalen Wasserversorgung Das Programm beinhaltet Massnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung (zusätzliche Wasserbeschaffung, Wasserleitungen, ev. Aufbereitungsanlagen), die gewässerschutzverordnungskonforme Ausscheidung von Schutzzonen und Zuströmbereichen für regionale Trinkwasserfassungen, die Errichtung neuer Grundwassermessstellen (Bohrungen), den Ersatz der alten mechanischen Grundwassermessgeräte, Abklärungen der Wechselwirkung zwischen Oberflächengewässern und Grundwasser (vor allem im Hinblick auf Gewässerenaturierung), Massnahmen zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Notlagen, die Nachführung der kantonalen Wasserversorgungsplanung, die Erarbeitung von Grundwassermodellen, die Abklärung von Salzlaugungsprozessen im Zusammenhang mit Terrainsetzungen, etc.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: Die Finanzierung dieser Massnahmen erfolgt vollständig via Gebühren (zweckgebundene Verwendung der Grundwassernutzungsgebühren gemäss § 33 Grundwassergesetz).</p>	<p>Ein Muster der Massnahmenplanung für die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Notlagen wurde erstellt und den Gemeinden zur weiteren Bearbeitung zugestellt. Es wurden alle Gemeinden aufgefordert, die Überprüfung der Grundwasserschutzzonen anhand der Wegleitung Grundwasserschutz (BUWAL 2004) vorzunehmen. Zusätzlich zum Punkt 4.05.10 wurden u.a. folgende Projekte bearbeitet: Zuströmbereiche Pratteln, Liestal; Einfluss der Renaturierung Frenke auf Trinkwasserfassungen; Schutzzonenabklärungen in Buus, Diepfingen, Grellingen, Tenniken, Duggingen, Zwingen, Lauwil.</p>
<p>Nr. 4.05.12</p>	<p>Einzelne Massnahme Projekt Grundwassermonitoring Durch das Projekt Grundwassermonitoring wird für den Kanton Basel-Landschaft kontinuierlich ein flächendeckender, detaillierter Datensatz über die Beschaffenheit der Grundwasserqualität aufgebaut. Die systematische Untersuchung der Grundwasserqualität sämtlicher im Kantonsgebiet vorhandenen Trinkwasserpumpwerke wird fortgesetzt. Die Grundwasseranalytik im unteren Birstal wird vertieft, um den Ursprung der festgestellten anthropogenen Belastung näher eingrenzen zu können.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: Finanzierung dieser Massnahmen erfolgt vollständig via Gebühren (zweckgebundene Verwendung der Grundwassernutzungsgebühren gemäss § 33 Grundwassergesetz).</p>	<p>Das Projekt verläuft nach Vorgabe. Das Grundwasser mehrerer Trinkwasserfassungen der Gemeinde Reinach wurde beprobt und analysiert. Ein detaillierter Bericht folgt im 1. Halbjahr 2006.</p>

<p>Nr. 4.05</p>	<p>Programmpunkt Umweltschutz / Energie C Gewässerschutz / Abwasserentsorgung</p> <p>Strategische Zielsetzungen Regionale Entwässerungspläne (REP): Mit den Regionalen Entwässerungsplänen sollen die wichtigen Flusssysteme im Kanton mittel- bis langfristig in einen möglichst natürlichen Zustand zurückgeführt werden. Dabei gilt es, die Natur- und Gewässerschutzziele sowie die heutigen und künftigen Nutzungsansprüche in einer Gesamtbetrachtung zu vereinen und optimierte Lösungen zu entwickeln. Diese Arbeiten erlauben es, die verfügbaren Ressourcen im Rahmen konkreter Massnahmenkataloge örtlich und zeitlich am wirkungsvollsten einzusetzen.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 4.05.20</p>	<p>Einzelne Massnahme Regionaler Entwässerungsplan "Birs" Erstellen eines Massnahmenkataloges mit Prioritäten, Kosten und Finanzierungskonzept (3. und letzte Phase). Gemeinsames Projekt im Auftrag der Nordwestschweizer Regierungskonferenz mit den Kantonen Solothurn, Bern, Jura und Basel-Stadt. Projektleitung beim Kanton Basel-Landschaft.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.20 Mio. Fr. (Vollkosten)</p>	<p>Der Massnahmenkatalog liegt vor und wird im Juni 2006 der Nordwestschweizer Regierungskonferenz vorgelegt werden.</p>
<p>Nr. 4.05.21</p>	<p>Einzelne Massnahme Erstellen der Regionalen Entwässerungsplanung "Ergolz" Erstellen von Grundlagen und Zustanderhebung (Phase 1).</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.26 Mio. Fr. (Vollkosten)</p>	<p>Die erste Projektphase "Zustandsanalyse" konnte im August gestartet werden.</p>
<p>Nr. 4.05 (neu)</p>	<p>Programmpunkt Umweltschutz / Energie D Luftreinhaltung</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Der revidierte Luftreinhalteplan beider Basel wurde am 12. Mai 2005 vom Landrat einstimmig zur Kenntnis genommen. Der Regierungsrat wird dem Landrat bis Mitte 2007 einen Bericht zur Wirkungskontrolle sowie ergänzende Massnahmen unterbreiten.</p>	

<p>Nr. 4.05</p>	<p>Programmpunkt Umweltschutz / Energie G Energie</p> <p>Strategische Zielsetzungen Mit dem fünften Verpflichtungskredit "Förderung der rationellen Energienutzung und Nutzung von erneuerbaren Energien" nach dem Energiegesetz sowie gezielten Beratungen und Weiterbildungsveranstaltungen soll die Kontinuität der kantonalen Förderung gewährleistet bleiben. Die Finanzierungsart mittels Verpflichtungskredit soll abgelöst werden durch die Erhebung einer Förderabgabe auf dem Stromverbrauch zur Finanzierung von Fördermassnahmen im Energiebereich.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 4.05.61</p>	<p>Einzelne Massnahme Förderung der rationellen Energienutzung und der Nutzung von erneuerbaren Energien Umsetzung des Verpflichtungskredits zur Förderung der rationellen Energienutzung und Nutzung von erneuerbaren Energien gemäss Landratsbeschluss. Detail-Evaluation der Standorte für Windkraftanlagen im Kanton Basel-Landschaft gemäss vorliegendem Pflichtenheft.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 2.10 Mio. Fr. (Vollkosten) Sachkosten gemäss Verpflichtungskredit: 0.85 Mio. Fr.</p>	<p>Der Regierungsrat hat am 22. März 2005 die mit Basel-Stadt abgestimmte Revision der technischen Verordnung über die rationelle Energienutzung (EnGV) und am 19. April 2005 die neue Verordnung über die kostendeckende Vergütung aus erneuerbarer Energie beschlossen. Der Landrat hat am 20. Januar 2005 das Nicht-eintreten auf die Erhebung einer Förderabgabe auf dem Stromverbrauch zur Finanzierung von Fördermassnahmen im Energiebereich beschlossen. Die Finanzierungsart mittels Verpflichtungskredit ist somit nicht abgelöst worden. Die finanzielle Förderung wurde unterstützt durch eine Reihe von Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen im Energiebereich. Die eingereichten Gesuche für Förderbeiträge nach dem Energiegesetz haben nicht zuletzt als Folge der massiven Verteuerung des Heizöls und der verschiedenen regionalen Informationskampagnen drastisch zugenommen. Die Höhe der einmaligen Beiträge an die Projekte und Anlagen wurde deshalb überprüft und soll per 1. Januar 2006 teilweise reduziert werden. Die Evaluation der Standorte für einzelne Windkraftanlagen ist in Bearbeitung.</p>
<p>Nr. 4.05.62</p>	<p>Mitwirkung bei der Realisierung des geothermischen Heizkraftwerks in Basel Der Kanton beteiligt sich am Bau eines geothermischen Heizkraftwerkes (Deep Heat Mining) in Basel gemäss Landratsbeschluss 2004 und unterstützt die Nutzung der regionalen Biomasse.</p>		<p>Der Landrat hat am 20. Januar 2005 die Beteiligung des Kantons BL am Projekt beschlossen (2004 / 188). Das AUE vertritt den Kanton im VR der Geopower AG. Eine Baubewilligung liegt vor. Derzeit läuft die Installation des Bohrplatzes.</p>

<p>Nr. 4.05</p>	<p>Programmpunkt Umweltschutz / Energie H Nachhaltige Entwicklung</p> <p>Strategische Zielsetzungen Koordination der Umsetzung der vom Regierungsrat mit Beschluss Nr. 783 vom 20. Mai 2003 genehmigten Strategie "Nachhaltige Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft".</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 4.05.70</p>	<p>Einzelne Massnahme Forum für nachhaltige Entwicklung Das Forum für nachhaltige Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft wird durch die Delegierten der wichtigsten Akteure des Kantons gebildet. Es hat folgende Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches; • Einbringung externer Standpunkte; • Bewertung der Ergebnisse der Erfolgskontrolle; • Überprüfung der Strategie; • Unterbreitung von Verbesserungsvorschlägen. <p>Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) führt als kantonale Fachstelle für nachhaltige Entwicklung den Vorsitz und das Sekretariat des Forums.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>0.08 Mio. Fr. (Vollkosten)</p>	<p>Das Forum hat sich konstituiert und wird sich nun regelmässig treffen. Im Berichtsjahr fand eine Sitzung am 15. März 2005 statt.</p>
<p>Nr. 4.05.71</p>	<p>Einzelne Massnahme Erfolgskontrolle nachhaltige Entwicklung Die Strategie "Nachhaltige Entwicklung Kanton Basel-Landschaft" (NHE BL 2003 - 2007) misst der Erfolgskontrolle grosse Bedeutung zu. Mit Hilfe der mit zahlreichen Kantonen und Städten im "Cercle Indicateurs" abgestimmten Kernindikatoren wird die Nachhaltigkeit der kantonalen Entwicklung beurteilt. Nach Überarbeitung des Indikatorensets sollen diese 2005 erneut erhoben werden. Der Nachhaltigkeitskompass dient der Beurteilung einzelner Projekte, Programme und Konzepte und in der Zusammenfassung dem Nachhaltigkeitsaudit der Verwaltung. Nach einer Pilotphase soll der Nachhaltigkeitskompass zum verbindlichen Beurteilungsinstrument der Verwaltung werden. Das AUE koordiniert die Nachhaltigkeitsberichterstattung der Verwaltung.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>0.04 Mio. Fr. (Vollkosten)</p>	<p>Der Kernindikatorenbericht wurde am 30. Oktober 2005 publiziert. Der Regierungsrat hat die Einführung von Nachhaltigkeitsaudit und Nachhaltigkeitsberichterstattung in der kantonalen Verwaltung am 21. Juni 2005 beschlossen (RRB Nr.1044). Seither läuft die Umsetzung in den einzelnen Direktionen.</p>

<p>Nr. 4.05.72</p>	<p>Einzelne Massnahme "Impuls 21" Mit "Impuls 21", dem Förderprogramm für die nachhaltige Entwicklung der Baselbieter Gemeinden, werden die Gemeinden dazu motiviert, ihr Tagesgeschäft und die Erfüllung ihrer ordentlichen Aufgaben im Sinne der Nachhaltigkeit zu gestalten. Nachdem die Instrumente der Nachhaltigkeitsanalyse und der Nachhaltigkeitserklärung in fünf Pilotgemeinden getestet wurden, sollen möglichst viele Gemeinden des Kantons dafür gewonnen werden, sich ebenfalls für "Impuls 21" bzw. die nachhaltige Entwicklung zu engagieren.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.08 Mio. Fr. (Vollkosten)</p>	<p>Der Regierungsrat hat am 3. Mai 2005 mit Beschluss Nr. 743 die Nachhaltigkeitserklärung und den Bericht zur Pilotphase zur Kenntnis genommen. An einer Informationsveranstaltung für alle Gemeinden am 26. Oktober 2005 wurden die Erklärungen der Pilotgemeinden unterzeichnet.</p>
<p>Nr. 4.06</p>	<p>Programmpunkt Industrielle Betriebe</p> <p>Strategische Zielsetzungen Gewässerschutzmassnahmen im Birstal im Rahmen des interkantonalen Regionalen Entwässerungsplanes (REP).</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 4.06.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Ausbau der Kläranlage Birs 2 in Birsfelden</p> <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit (inkl. Mischwasserbehandlung im Netz in Birsfelden) LRB 308 / 2004 Total: Fr. 81'650'000.- Budget 2005: Fr. 16'400'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: keine, da gebühren-finanziert</p>	<p>Realisierung erfolgt gemäss Terminplan.</p>
<p>Nr. 4.06.03 (neu)</p>	<p>Optimierung der Schlammbehandlung auf der ARA Ergolz 2 in Füllinsdorf und Bau der Werkstätte für die Gruppe Anlagen im Netz</p> <p>Der Landrat hat am 27. Mai 2004 den Verpflichtungskredit zur Optimierung der Schlammbehandlung auf der ARA Ergolz 2 in Füllinsdorf (9.2 Mio.) und den Bau der Werkstätte für die Gruppe Anlagen im Netz (1.7 Mio.) bewilligt (LRB 582 / 2004).</p> <p>Budget 2005: Fr. 5'500'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: keine, da gebühren-finanziert</p>	<p>Die Realisierung erfolgt gegenüber dem Terminplan leicht verzögert wegen unerwartet schlechter Bausubstanz.</p>

<p>Nr. 4.07</p>	<p>Programmpunkt Raumplanung A Grenzüberschreitende Raumentwicklung</p> <p>Strategische Zielsetzungen Schwerpunkte bilden die gemeinsame Raumbesichtigung und gemeinsame Kartengrundlagen, gemeinsame Entwicklungskonzepte, Leitbilder und Schlüsselprojekte, die abgestimmte, kantons- und Länder übergreifende räumliche Entwicklung und die gemeinsame haushälterische Nutzung des Raumes.</p>		
<p>Nr. 4.07.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Entwicklung der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB) Umsetzen des Entwicklungskonzeptes und der Entwicklungsprojekte für die Trinationale Agglomeration Basel (TAB), finanziert aus Mitteln des Interreg III A-Projektes.</p>		<p>Die geplanten Machbarkeitsstudien konnten abgeschlossen werden - mit Ausnahme der Analyse der Rheinübergänge zwischen Basel und Rheinfelden und des Projektes Allschwil - Hégenheim. Zur Zeit erfolgen die politische Beurteilung der Ergebnisse und die Vorarbeiten für den Synthesebericht. Das Projekt wird 2007 abgeschlossen.</p>
<p>Nr. 4.07</p>	<p>Programmpunkt Raumplanung B Kantonale Raumentwicklung</p> <p>Strategische Zielsetzungen Kantonale Raumentwicklung bestehend aus: Instrumenten, Abstimmungstätigkeiten, Raumbesichtigung, Planungsprojekten als notwendige Grundlagen für Richtplan, Stellungnahmen und Behördenarbeit.</p>		
<p>Nr. 4.07.10</p>	<p>Einzelne Massnahme Kantonaler Richtplan Abgestimmte räumliche Entwicklung; Genehmigung des Kantonalen Richtplans auf der Grundlage des Konzeptes der räumlichen Entwicklung Basel-Landschaft (KORE).</p> <p>Landratsvorlage.</p>		<p>Der Kantonale Richtplan wurde vom 11. April - 31. August 2005 dem öffentlichen Mitwirkungs- und Vernehmlassungsverfahren unterzogen. Die Stellungnahmen wurden ausgewertet und zuhanden des Regierungsrates Überarbeitungsvorschläge ausgearbeitet. Die Regierung wird im Januar 2006 darüber befinden und das weitere Vorgehen festlegen. Die Landratsvorlage soll 2006 überwiesen werden.</p>

<p>Nr. 4.07.11</p>	<p>Einzelne Massnahme Raumbeobachtung Die räumliche Entwicklung im Kanton wird systematisch erfasst. Aufbau eines Indikatorensystems zur Raumbeobachtung Basel-Landschaft - insbesondere zur Wirtschaftsentwicklung und zur Standortgunst. Erhebung der erforderlichen Daten, Beschreibung und Bewertung der Entwicklung im Hinblick auf die gewünschte Entwicklung im Kanton (KORE).</p>		<p>Das Indikatorensystem zur systematischen Raumbeobachtung ist erstellt. Im Rahmen einer Diplomarbeit an der Universität Basel wurde auch ein erster Test des Indikatorensystems mit zwei Zeitschnitten durchgeführt. Eine genaue Analyse der Ergebnisse und allfällige Anpassungen am Indikatorensystem erfolgen im 2006.</p>
<p>Nr. 4.07.12</p>	<p>Einzelne Massnahme Agglomerationsprogramm Erarbeitung und Umsetzung eines Agglomerationsprogramms (Abstimmung Siedlungsentwicklung und Verkehr) in Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen und ausländischen Nachbarn. Die für die Agglomeration Basel wichtigsten Verkehrsprojekte werden gemeinsam festgelegt und zur finanziellen Unterstützung in Bern eingegeben.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.12 Mio. Fr. Anteil BL: 0.044 Mio. Fr.</p>	<p>Mit Schreiben vom 2. Juni 2005 wurde ein erstes Agglomerationsprogramm Basel, Modul Verkehr und Siedlung (Stand Mai 2005) dem Bundesamt für Raumentwicklung zugestellt. Im besagten Bericht fehlen noch konkrete Aussagen zur Projektfamilie Basel Nord, zur Priorisierung der Verkehrsinfrastrukturprojekte und zur Trägerschaft. Zwischenzeitlich wurden die Themen Projektfamilie Basel Nord und Priorisierung aufgearbeitet. Das ganze Agglomerationsprogramm wurde danach im Rahmen einer öffentlichen Vernehmlassung vorgestellt (Frist: Ende Dezember 2005). Im ersten Quartal 2006 ist vorgesehen, das Agglomerationsprogramm Basel gemäss den Reaktionen aus der öffentlichen Vernehmlassung zu überarbeiten, um es danach einer politischen Wertung zu unterbreiten. Danach soll es beim Bund eingereicht werden.</p>
<p>Nr. 4.07</p>	<p>Programmpunkt Raumplanung C Öffentlicher Verkehr</p> <p>Strategische Zielsetzungen Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs im Kantonsgebiet und der grenzüberschreitenden Linien sowie Interessenwahrung im Rahmen der schweizerischen Verkehrspolitik.</p>		

<p>Nr. 4.07.20</p>	<p>Einzelne Massnahme Verbesserung des öffentlichen Verkehrs Genereller Leistungsauftrag (GLA) Erstellen des Generellen Leistungsauftrages 2006 - 2009 (GLA); Landratsvorlage mit den folgenden Schwerpunkten (prov.):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Waldenburgerbahn-Anschlüsse in Liestal; • Regio-S-Bahn (integraler ½-Stunden-Takt); • Busverbindung Ettingen - Aesch; • Neues Konzept Regionalbus Liestal; • Verbesserung des Angebots im Raum Allschwil; • Optimierung der Buslinien 64/65 	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>25.7 MCHF (Vergleichsjahr 2003: 21.7 MCHF ohne Gemeindeanteile in Investitionen und Abschreibungen)</p>	<p>Mit LRB 2005 / 196 vom 27. Oktober 2005 erfüllt.</p>
<p>Nr. 4.07.21</p>	<p>Einzelne Massnahme Ausbau der Regio-S-Bahn Im Jahr 2005 beginnt (Beschlüsse von Regierung und Landrat Ende 2004 vorausgesetzt) der Ausbau der Regio-S-Bahn, Infrastruktur, Rollmaterial und kombinierter Verkehr (Busbahnhöfe).</p>	<p>Gesamtvolumen 90.0 MCHF.</p>	<p>Mit LRB 2004 / 238 vom 3. Februar 2005 erfüllt.</p>
<p>Nr. 4.07.22</p>	<p>Einzelne Massnahme Ausbau des BLT-Depots Hüslimatt Im Jahr 2005 beginnt (Beschlüsse der Regierung und Landrat Ende 2004 vorausgesetzt) der Ausbau des BLT-Depots Hüslimatt in Oberwil als Voraussetzung für die Beschaffung von neuem Rollmaterial für die BLT und für eine spätere Taktverdichtung auf den Tramlinien.</p>	<p>Gesamtvolumen 29.0 MCHF.</p>	<p>Mit LRB 2004 / 233 vom 14. Februar 2005 erfüllt</p>

Teil 5 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD)

Zitat

“Im öffentlichen und privaten Raum muss sich jede Person sicher und ohne Angst aufhalten und fortbewegen können”

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

1. Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum

Wir leben in einem sicheren Kanton. Die präventiven und repressiven Aktivitäten und Massnahmen der Polizei, der Jugendanwaltschaft, der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und der Strafverfolgungsbehörden tragen Früchte. Sie stärken das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und festigen die objektive Sicherheitslage. Die umfassenden Aktionen und Interventionen im Sicherheitsbereich können aber nicht verhindern, dass auch unser Kanton mit Vorkommnissen konfrontiert wird, die wir in dieser Dimension bisher nicht gekannt haben. Der brutale Überfall auf ein Verkaufsgeschäft am Bahnhofplatz in Liestal im April 2004 macht mit aller Deutlichkeit bewusst, dass zur Erhaltung und Verbesserung der Sicherheitslage immer wieder neue, innovative und vernetzte Anstrengungen erforderlich sind. Die vom Regierungsrat im Juni 2004 eingesetzte Arbeitsgruppe "Bekämpfung der Gewalt im öffentlichen Raum" hat den Auftrag, die Sicherheitssituation im öffentlichen Raum zu analysieren und Vorschläge für Massnahmen zu unterbreiten.

Die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion hat zudem zur Bekämpfung von Gewalt im sozialen Nahraum in den letzten Jahren bedeutende Anstrengungen unternommen (zum Beispiel mit der Einsetzung einer Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Trainingsprogrammen für gewalttätige Männer). Im Jahr 2004 wurde die Fachstelle Kinderschutz eingeführt. Diese wird ihre Aufbauphase 2005 abschliessen. Im Kampf gegen die Gewalt im sozialen Nahraum nehmen die Interventionsstelle und die Fachstelle Kinderschutz wesentliche und zentrale Funktionen wahr.

2. Waffenplatz Liestal

Im Herbst 2004 hat die Kaserne Liestal nach dreijähriger Bauzeit ihre Tore neu geöffnet. Die Erneuerung der Kaserne ist in jeder Hinsicht erfolgreich gelungen. Der Waffenplatz Liestal bietet nun optimale Voraussetzungen primär für die militärische Aus- und Weiterbildung des Lehrverbands und der Bataillone der Führungsunterstützung. Vorgesehen sind rund 110'000 Übernachtungen von Armeeingehörigen. Die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion wird in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden das ihr Mögliche unternehmen, damit die Rahmenbedingungen für die militärische Aus- und Weiterbildung in unserem Kanton attraktiv und vorteilhaft bleiben. Die Chance, den Waffenplatz Liestal langfristig zu erhalten, muss genutzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist das vereinte Engagement aller Beteiligten notwendig.

3. Gesetzgebung

Seit zwei Jahren läuft unter dem Titel "Effilex" das Projekt zur systematischen Überprüfung der kantonalen Rechtserlasse. Im Rahmen dieses Projekts sind zahlreiche Gesetze, Dekrete und Verordnungen überarbeitet und aktualisiert worden. Die Direktion zieht eine positive Bilanz und wird das Projekt nach Abschluss der Pilotphase per Ende 2004 ab 2005 als Dauerauftrag weiterführen.

<p>Nr. 5.01</p>	<p>Programmpunkt Polizei</p> <p>Strategische Zielsetzungen Gewährleistung der Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum. Sicherheit prägt die Lebensqualität der Bevölkerung wesentlich. Für die Wirtschaft ist Sicherheit als Standortfaktor ein Wert von herausragender Bedeutung. Zusammen mit den anderen Sicherheitsbehörden wird die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion auch im Jahr 2005 alles daran setzen, dass der gute Sicherheitsstandard in unserem Kanton erhalten bleibt und stets der Situation angepasst verbessert wird.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 5.01.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Anwendung der Sicherheitsstrategie Mit einer umfassenden Sicherheitskonzeption sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die gegenwärtigen und zukünftigen Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung in unserem Kanton bedarfsgerecht und wirtschaftlich abgedeckt werden können. Der Sicherheitsbedarf der Bevölkerung wird anhand der jeweils erkennbaren sicherheitsrelevanten Entwicklungen festgelegt. Die Sicherheitskonzeption besteht im Kernpunkt aus einer Sicherheitsanalyse und darauf aufbauend einer mittel- und langfristigen Strategie Sicherheit für unseren Kanton. Die wesentlichen Grundlagen werden bis Ende 2004 erarbeitet sein, so dass 2005 die Schwerpunkte bei der Umsetzung und bei der Kommunikation gegenüber der Bevölkerung liegen werden.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.06 Mio. Fr.</p>	<p>Der interne Entwurf einer Sicherheitskonzeption liegt vor. Sie enthält eine Sicherheitsanalyse, eine Sicherheitsstrategie und Vorschläge für sicherheitsstrategische Massnahmen. Die Arbeiten an der Sicherheitskonzeption werden im Jahr 2006 fortgeführt.</p>
<p>Nr. 5.01.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Massnahmen gegen die Gewalt im öffentlichen Raum Der Regierungsrat hat im Juni 2004 eine interdisziplinäre Fachgruppe unter der Federführung der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion eingesetzt. Der Fachgruppe gehören Fachleute aus verschiedenen betroffenen Bereichen wie Schulen, Gemeinden, Polizei und Jugendanwaltschaft an. Sie hat den Auftrag, bis November 2004 eine vertiefte Analyse zur Sicherheitssituation im öffentlichen Raum vorzunehmen und dem Regierungsrat bis März 2005 Vorschläge für präventive und repressive Massnahmen zur Eindämmung von Gewalt im öffentlichen Raum zu unterbreiten. Die Fachgruppe ist beauftragt, Sofortmassnahmen einzuleiten, soweit die aktuelle Situation solche Schritte erfordert.</p>		<p>Die Fachgruppe hat ihren Bericht im Dezember 2005 fertig gestellt und im Januar 2006 dem Regierungsrat unterbreitet. Der Bericht besteht aus einer Analyse und verschiedenen Massnahmenvorschlägen. Der Regierungsrat hat die betroffenen Direktionen beauftragt, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Massnahmen detailliert zu prüfen und gegebenenfalls im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten umzusetzen.</p>

<p>Nr. 5.01.06</p>	<p>Einzelne Massnahme Polizeiliche Wegweisung von Personen, die im sozialen Nahraum Gewalt ausüben Genauso wenig wie im öffentlichen Raum, toleriert der Staat Gewaltausübung innerhalb der eigenen vier Wände. Die Straftatbestände der typischen Delikte der häuslichen Gewalt werden seit April 2004 von Amtes wegen verfolgt (Offizialisierung). Die Opfer müssen wirksam geschützt werden, dies umso mehr, als sie mit den Personen, die gegen sie Gewalt ausüben, zusammen wohnen. Die Vorlage zur Änderung des Polizeigesetzes, zur Wegweisung und zum Betretungsverbot sowie zum Polizeigewahrsam bei häuslicher Gewalt schafft die gesetzliche Grundlage, um gewalttätige Wohn- und Ehepartner aus der Wohnung weisen zu können und ihnen zu verbieten, die Wohnung während einer bestimmten Zeit wieder zu betreten. Damit erhält die Polizei ein Instrument, mit dem sie wirksam intervenieren kann, wenn sie gerufen wird. Neben der Wegweisung ist eine Beratung des Opfers wie auch des Täters vorgesehen. Es besteht zudem die Möglichkeit, eine Person für 24 Stunden in Gewahrsam zu nehmen, falls die Bedrohung nicht anders abzuwenden ist. Die neuen Bestimmungen des Polizeigesetzes werden voraussichtlich 2006 in Kraft treten. Insbesondere bei der Polizei sind die Vorbereitungen zu treffen - zum Beispiel im Bereich der Aus- und Weiterbildung - damit die Umsetzung der Neuregelung erfolgreich gestaltet werden kann.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.47 Mio. Fr. davon sind 0.21 Mio. Fr. Beratungen</p>	<p>Der Landrat hat die Gesetzesänderung am 20. Oktober 2005 beschlossen. Das Referendum wurde nicht ergriffen. Die entsprechenden Vorbereitungen werden zur Zeit getroffen, damit die Gesetzesänderung am 1. Juli 2006 in Kraft treten kann.</p>
--------------------	--	---	--

<p>Nr. 5.01.07</p>	<p>Einzelne Massnahme Noch mehr Sicherheit im Belchentunnel Mit der Sanierung des Belchen-Strassentunnels konnte die Verkehrssicherheit auf diesem Strassenabschnitt wesentlich verbessert werden. Es sind weitere Massnahmen vorgesehen, um die Verkehrssicherheit zu steigern. Dazu gehören die Einführung des Überholverbots für Lastwagen sowie die Erhöhung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit für Personenwagen von heute 80 auf neu 100 km/h, wodurch der Fahrzeugverkehr im Belchentunnel verflüssigt wird. Die Kompetenz zur Durchführung dieser beiden Massnahmen liegt nicht beim Kanton, sondern beim Bund. Unser Kanton wird die erforderlichen Anträge bei den Bundesbehörden stellen. Ein Kernelement der Massnahmen zur erhöhten Verkehrssicherheit ist die Realisierung der Abschnittsgeschwindigkeitskontrollanlage (AGK) im Belchentunnel. Die AGK ist in der Lage, die Geschwindigkeit nicht nur an einem bestimmten Querschnittsstandort, sondern über die ganze Tunnelstrecke zu messen. Die Erfahrungen in Holland - wo solche Anlagen seit mehreren Jahren erfolgreich eingesetzt werden - zeigen, dass mit der AGK das Fahrverhalten nachhaltig verbessert wird. Die AGK im Belchentunnel ist gesamtschweizerisch ein Pilotprojekt, bei dessen Umsetzung der Kanton vom Bund unterstützt wird. Bei positiven Erfahrungswerten ist geplant, die AGK auch in anderen Strassentunnels in unserem Kanton einzuführen. Die Vorlage an den Landrat erfolgt im Herbst 2004.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: schwer abschätzbar; die Kosten können durch die Erträge gedeckt werden.</p>	<p>Die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion wird dem Regierungsrat die Landratsvorlage über die Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle (AGK) unterbreiten, wenn die Anordnungen des Bundes zum Lastwagenüberholverbot und zu Tempo 100 im Belchentunnel vorliegen. Die Anträge zur Einführung von Tempo 100 und des Lastwagenüberholverbotes sind bei den Bundesbehörden eingereicht worden.</p>
<p>Nr. 5.01.08</p>	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung des Gesetzes über den Anbau und die Abgabe von Hanf und Hanfprodukten Vorausgesetzt, Landrat und Volk stimmen dem Gesetz über den Anbau und die Abgabe von Hanf und Hanfprodukten zu, wird dieser kantonale Erlass im Verlauf des Jahres 2005 in Kraft treten. Es sind die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, damit die neuen Regelungen zum Jugendschutz, zur Meldepflicht für den Anbau von Hanf und zur Bewilligungspflicht für die Abgabe von Hanf und Hanfprodukten vollzogen werden können. Es soll ein ausgewogenes Verhältnis von Prävention und Repression erreicht werden.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: kostenneutral, d.h. Aufwand und Ertrag je 0.05 Mio. Fr.</p>	<p>Die Baselbieter Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben dem Gesetz über den Anbau und die Abgabe von Hanf und Hanfprodukten am 25. September 2005 mit einem grossen Mehr von über 67% zugestimmt. Alle 86 Gemeinden stimmten der Vorlage zu. Das Gesetz ist am 1. Januar 2006 in Kraft getreten.</p>

<p>Nr. 5.02</p>	<p>Programmpunkt Migration</p> <p>Strategische Zielsetzungen Es ist erforderlich, dass sich die Migrantinnen und Migranten mit unseren gesellschaftlichen Verhältnissen und Lebensbedingungen auseinandersetzen und sich die dafür notwendigen Sprachkenntnisse aneignen. Die Integration setzt aber auch die Offenheit der Einheimischen voraus.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>
<p>Nr. 5.02.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Weniger Ausländerkriminalität dank besserer Integration; Vollzug des Integrationsgesetzes Der Anteil von ausländischen Straftätern ist im Kanton Basel-Landschaft, wie in der ganzen Schweiz, gemessen an der Gesamtbevölkerung relativ hoch. Die repressiven Massnahmen werden weiterhin konsequent angewendet, um die Gesamtkriminalität, die Ausländerkriminalität eingeschlossen, zu senken. Der Weg dazu führt nicht nur über die Repression, sondern auch über die Prävention - zum Beispiel in Form von verstärkten Integrationsmassnahmen, wobei Integration immer ein gegenseitiger Annäherungsprozess ist. Von allen Ausländerinnen und Ausländern, die sich in der Schweiz aufhalten, ist zu verlangen, dass sie die Rechtsordnung und die für ein friedliches Zusammenleben elementaren Verhaltensregeln - wie zum Beispiel den Verzicht auf gewaltsame Konfliktlösung und die Anerkennung des Gewaltmonopols des Staates – respektieren. Umgekehrt kann Integration nur gelingen, wenn Ausländerinnen und Ausländern echte und effektive Möglichkeiten gewährt werden, am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben in der Schweiz teilzuhaben. Vorausgesetzt, der Landrat und das Volk stimmen dem gemeinsam mit Basel-Stadt erarbeiteten Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung zu, tritt dieses voraussichtlich im Verlauf des Jahres 2005 in Kraft. Das Gesetz schafft die Grundlage für die Weiterführung von sinnvollen und nachhaltigen Integrationsmassnahmen im Kanton und in den Gemeinden. Der Vollzug des Gesetzes ist gemeinsam mit den Behörden der Gemeinden und des Kantons Basel-Stadt zu koordinieren und vorzubereiten.</p>	<p>Die Vorlage für ein Integrationsgesetz ist dem Landrat überwiesen worden. Sie wird zur Zeit in der Justiz- und Polizeikommission beraten. Es handelt sich um ein partnerschaftliches Geschäft. Dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt liegt der gleiche Gesetzesentwurf vor.</p>

<p>Nr. 5.07</p>	<p>Programmpunkt Militär Waffenplatz Liestal</p> <p>Strategische Zielsetzungen Der Waffenplatz Liestal muss gesichert werden. Der Fortbestand des Waffenplatzes Liestal ist erforderlich, damit die Präsenz der Armee in unserer Region und der damit verbundene volkswirtschaftliche Nutzen erhalten werden können. Durch die geplante Restrukturierung der Logistik-, Ausbildungs- und Einsatzinfrastrukturen der Armee gehen auch im Kanton Basel-Landschaft Arbeitsplätze verloren. Der Regierungsrat wird sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass der Waffenplatz Liestal erhalten bleibt und dass für die von der Schliessung des Zeughaus Liestal betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gute Lösungen gefunden werden.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>
<p>Nr. 5.07.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Gewährleistung der Dienstleistungen gegenüber der Truppe Der Waffenplatz Liestal soll hervorragende, Kunden orientierte Dienstleistungen erbringen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • durch die Bereitstellung von behaglichen und sauberen Unterkünften, • durch die funktionale und betriebssichere Ausbildungsinfrastruktur und • mit seinem motivierten und dienstleistungsorientierten Personal. 	<p>Die Rückmeldungen der im Jahr 2005 in der Kaserne stationierten Truppen drücken ausnahmslos eine gute bis sehr gute Zufriedenheit aus. Besonders positiv bewertet wird die optimale, polyvalent nutzbare Infrastruktur der Kaserne und Sporthalle, aber auch das freundliche und dienstleistungsorientierte Personal. Speziell Stäbe von grossen Verbänden schätzen und loben die Infrastrukturen mit den vorhandenen technischen Einrichtungen. Dies führt auch dazu, dass vermehrt solche Stabskurse und <u>Rapporte in der Kaserne geplant werden.</u></p>
<p>Nr. 5.07.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Bildung einer "Groupe de Réflexion" Es wird eine ständige "Groupe de Réflexion" geschaffen, welche den Dialog zwischen der Bevölkerung, den Behörden und der Truppe im Bereich des Waffenplatzes Liestal initialisiert und fördert. Bei allen Beteiligten soll ein Klima des Vertrauens, der gemeinsamen Problemlösungen und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit entstehen.</p>	<p>Mit den Behörden der Standortgemeinden des Waffenplatzes wird eine offene Kommunikation gepflegt, die es erlaubt, anstehende Probleme rasch mit den Betroffenen zu besprechen und Lösungen zu erarbeiten. Im Bereich der Bevölkerung sehen wir uns zunehmend mit Klagen aus der Nachbarschaft der Kaserne bezüglich Lärmbelästigung konfrontiert. Obwohl im Rahmen des Möglichen einschränkende, organisatorische Massnahmen im Kasernenbetrieb eingeleitet und durchgesetzt wurden, konnte per Ende Jahr aus Sicht der Anwohnerschaft noch keine abschliessende Lösung erreicht werden.</p>

<p>Nr. 5.08</p>	<p>Programmpunkt Motorfahrzeugkontrolle</p> <p>Strategische Zielsetzungen Als moderne Unternehmung will die Motorfahrzeugkontrolle Basel-Landschaft zusammen mit ihren Partnerorganisationen, nämlich der Motorfahrzeugprüfstation beider Basel und der Motorfahrzeugkontrolle Basel-Stadt, ihrer Kundschaft optimale Dienstleistungen anbieten.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 5.08.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Gemeinsame Informatiklösung für die Motorfahrzeugkontrolle (MFK) Basel-Landschaft, die MFK Basel-Stadt und die Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel Die MFP beider Basel und die MFK Basel-Landschaft und Basel-Stadt schaffen eine gemeinsame Informatiklösung, die es der Kundschaft beider Kantone (Privatpersonen, Gewerbe) erlauben wird, Termine für die theoretischen und die praktischen Führerprüfungen auf dem Weg des Internets zu reservieren. Diese kundenfreundliche Lösung vereinfacht auch die administrativen Abläufe und bewirkt die weitgehende Eliminierung der Papierkommunikation in diesem Bereich. Die Kosten werden zwischen den Kantonen und der MFP anteilmässig aufgeteilt.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.3 Mio. Fr. Anteil BL an den Kosten</p>	<p>Das Projekt verläuft wie geplant. Es wird davon ausgegangen, dass die Applikation per Ende 2006 der Kundschaft zur Verfügung stehen wird.</p>
<p>Nr. 5.09</p>	<p>Programmpunkt Rechtsdienst</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die kantonale Gesetzgebung soll innovativ sein und den Anforderungen eines modernen Staatswesens gerecht werden. Die mit dem Projekt "Effilex" initiierten Aktivitäten zur Erneuerung und Modernisierung der kantonalen Rechtserlasse sollen fortgesetzt werden. Veraltete, gesellschaftlichen Entwicklungen hinterherhinkende Gesetze gereichen niemandem zum Nutzen. Die erforderlichen Anpassungen des kantonalen Rechts an neue Bundesgesetze sind rasch zu vollziehen, um Rechtslücken und damit verbundene Rechtsunsicherheiten und Anwendungsschwierigkeiten zu vermeiden.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	

<p>Nr. 5.09.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Überführung des Projekts "Effilex" in einen Dauerauftrag Die Methodik des Projekts "Effilex" besteht darin, die kantonalen Rechtserlasse anhand eines Kriterienkatalogs zu überprüfen insbesondere auf ihre Notwendigkeit, ihre Aktualität und ihre Verständlichkeit. Aufgrund der positiven Ergebnisse des Projekts wird die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion die Effilex-Kriterien künftig soweit sinnvoll bei der Vorbereitung von Rechtserlassen integral zur Anwendung bringen. Das Projekt "Effilex" wird somit in einen Dauerauftrag übergeführt.</p>		<p>Die bisher gemachten Erfahrungen bei der Anwendung von Effilex sind nach wie vor positiv. Das Projekt wird als Dauerauftrag weitergeführt. Schwerpunktprojekte im Jahr 2005 bildeten die kantonalen Einführungsgesetze zum Strafgesetzbuch (StGB) und zum Zivilgesetzbuch (ZGB), sowie das Filmgesetz.</p>
<p>Nr. 5.09.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Landratsvorlage zur Revision des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege Das Gesetz über die Jugendstrafrechtspflege steht seit Juli 1982 in Kraft. Die Überarbeitung dieses kantonalen Erlasses macht aus zwei Gründen Sinn: Einerseits müssen die Anpassungen an das neue Bundesrecht (Strafgesetzbuch, Jugendstrafrecht) durchgeführt werden, andererseits gehört das Gesetz zum Prüfungsauftrag im Rahmen von "Effilex". Der Entwurf für ein revidiertes Gesetz wird im Jahr 2004 zur Vernehmlassung unterbreitet. Es ist vorgesehen, nach Auswertung der Vernehmlassungsergebnisse die Gesetzesvorlage im Jahr 2005 zu erarbeiten und dem Landrat zu unterbreiten.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: im 2005 keine, da das Inkrafttreten per 1. 1. 2006 vorgesehen ist</p>	<p>Ein erster Rohentwurf zur Revision des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege liegt vor. Die Vernehmlassungsvorlage wird im Jahr 2006 zur Stellungnahme unterbreitet werden.</p>
<p>Nr. 5.09.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Landratsvorlage zur Revision des Gesetzes über den Ombudsman Aufgrund eines parlamentarischen Auftrags (Motion 2002 / 032 vom 7. Februar 2002; Revision des Gesetzes über den Ombudsman, überwiesen als Postulat) ist der Regierungsrat verpflichtet, das seit dem 1. Januar 1989 in Kraft stehende Gesetz über den Ombudsman zu überprüfen, nachdem nun langjährige Erfahrungen aus der Anwendung des Gesetzes vorliegen. Bei dieser Überprüfung werden auch die Effilex-Kriterien zur Anwendung gebracht. Es ist vorgesehen, dass die Vernehmlassungsvorlage im Jahr 2004 erarbeitet wird, so dass die Landratsvorlage im Jahr 2005 fertig gestellt und dem Landrat vorgelegt werden könnte.</p>		<p>Eine entsprechende Vorlage ist im Jahr 2006 vorgesehen.</p>

<p>Nr. 5.09.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Landratsvorlage zur Änderung des Gesetzes über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht Gemäss dem kantonalen Gesetz über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht ist das Präsidium der Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht beauftragt, die vom Amt für Migration erlassenen Haftanordnungen zu überprüfen. Aufgrund der zunehmenden Fallzahlen und der hohen Beanspruchung des Präsidiums stellt sich die Frage, ob die Überprüfung auch anderen Angehörigen des Gerichts übertragen werden kann, wodurch das Präsidium spürbar entlastet werden könnte. Die Vernehmlassungsvorlage soll im Jahr 2004 ausgearbeitet werden, so dass die Landratsvorlage bis 2005 vorliegen würde.</p>		<p>Der Landrat hat die Änderung des Gesetzes über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht verabschiedet. Das Referendum dagegen wurde nicht ergriffen. Die Gesetzesänderung ist in Kraft getreten.</p>
<p>Nr. 5.09.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Vernehmlassungsvorlage zur Revision des Filmgesetzes Das seit Juli 1980 geltende Filmgesetz ist "in die Jahre gekommen". Verschiedene Bestimmungen müssen dem Bundesrecht angepasst werden, andere sind auf ihre Aktualität hin zu hinterfragen. Zu prüfen sind insbesondere die Entflechtung Jugendschutz / Kulturförderung sowie die Institution der Filmkommission, insbesondere deren Aufgaben und Kompetenzen. Abzuklären ist auch, ob der Geltungsbereich eines neuen Gesetzes auf weitere Medien - neben demjenigen des Films - auszudehnen ist, um neuen Entwicklungen und Bedürfnissen Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage eines gemeinsamen Gesetzes mit dem Kanton Basel-Stadt. Vorgesehen ist, dass der Regierungsrat im Jahr 2005 einen Gesetzesentwurf zur Vernehmlassung unterbreiten wird.</p>		<p>Es wird ein möglichst übereinstimmendes Filmgesetz mit Basel-Stadt angestrebt, da der Stadtkanton sein Filmgesetz ebenfalls revidiert. Die Vernehmlassungsvorlage ist zur Stellungnahme unterbreitet worden. Eine entsprechende Gesetzesvorlage soll im Jahr 2006 folgen.</p>
<p>Nr. 5.09.06</p>	<p>Einzelne Massnahme Landratsvorlage zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Strassenverkehr Die Verordnung zum Bundesgesetz über den Strassenverkehr ist am 1. Juli 1968 in Kraft getreten. Sie enthält verschiedene Kompetenzzuweisungen, die gemäss den Vorgaben der Kantonsverfassung auf die Gesetzesstufe gehören. Auch in systematischer und struktureller Hinsicht bedarf der Erlass einer durchgreifenden Überarbeitung. Verschiedene Doppelspurigkeiten mit anderen Erlassen müssen eliminiert werden. Die Efflex-Kriterien sind zur Anwendung zu bringen.</p>		<p>Die Vernehmlassungsvorlage liegt im Entwurf vor.</p>

<p>Nr. 5.10</p>	<p>Programmpunkt Weitere Dienstleistungen D Handelsregister / Grundbuch</p> <p>Strategische Zielsetzungen Wir wollen noch mehr Kundenzufriedenheit bei den Dienstleistungen der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion. Dank eines flächendeckenden Leistungscontrollings ist die Direktion in der Lage, die Kundenzufriedenheit bei der Bevölkerung systematisch in Erfahrung zu bringen und zu hinterfragen. Die Ergebnisse des Leistungscontrollings bilden die Grundlage für die laufende Verbesserung der Dienstleistungen der Direktion. Entwicklungsbedarf besteht bei der elektronischen Kommunikation mit der Bevölkerung.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 5.10.30</p>	<p>Einzelne Massnahme E-government-Projekte in den Bereichen Handelsregister und Grundbuch Die elektronische Kommunikation mit der Kundschaft (e- government) nimmt einen immer höheren Stellenwert ein. Deshalb werden im Jahr 2005 verschiedene Projekte realisiert. Beim Handelsregister sollen Kundenzufriedenheitsbefragungen und Handelsregisteranmeldungen online erfolgen. Weiter sollen bestimmte Grundbuchdaten auf dem Internet für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden, sobald der Bund die Rechtsgrundlagen dazu schafft und die eidgenössische Grundbuchverordnung anpasst.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.05 Mio. Fr. via laufende Rechnung (IT-Konti)</p>	<p>Das Handelsregister und das Amt für Stiftungen und berufliche Vorsorge führen online Kundenzufriedenheitsbefragungen durch. Handelsregisteranmeldungen konnten im 2005 noch nicht online durchgeführt werden, da die entsprechende Software noch nicht zur Verfügung stand.</p> <p>Grundbuchdaten konnten ebenfalls im 2005 noch nicht im Internet zur Verfügung gestellt werden, da die entsprechenden Softwareanpassungen noch nicht erfolgt sind.</p>

Teil 6 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Zitat

"Bildung bewegt. Kultur ist Bildung!"

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Man liest viel von Bildung in diesen Wochen und Monaten. Alle sind sich einig, dass wir nur das Juwel "Bildung" anzubieten haben. Doch darüber, wie das gehen soll, scheiden sich die Geister. So soll Singapur angesichts der Wirtschaftskrise zuerst einmal 20 Prozent mehr ins Bildungswesen investiert haben. Andere Länder streichen die Bildungsbudgets zusammen und sagen dem: Effizienzsteigerung.

Immer wieder wird behauptet, die Bildung sei schrecklich teuer geworden im Laufe der letzten Jahre. Dem kann entgegengehalten werden, dass der Anteil der Bildungskosten am Gesamthaushalt nicht zu-, sondern abgenommen hat.

Natürlich kann man die Effizienz und die Effektivität eines Bildungssystems immer steigern. Auch das Baselbiet kann das. Es muss dies auch tun. Wir sind auf dem richtigen Weg. Man darf aber nur in der Bildung sparen, nicht an der Bildung.

Das Gleiche gilt für die Kultur. Über die Höhe von Subventionen kann man streiten. Aber wer nie Zeit hat, ins Theater zu gehen, immer alle Konzerte verpasst und Kunstaussstellungen ohnehin langweilig findet, der wird schnell bereit sein, der Kultur auch den ideellen Hahn zuzudrehen. Ohne Kultur aber gibt es keine Bildung. Gut ausgebildet ist noch lange nicht gebildet.

Die Schweiz ist ein Dienstleistungsland geworden. Sie braucht, um ihren Status quo in der Welt halten zu können, nicht nur gute, sie braucht ausserordentlich gute Schulen. Sie hat dies umso mehr nötig, als sie sich in Europa immer mehr isoliert. Sie braucht hervorragende Volksschulen, welche die Kinder und die Jugendlichen auf das Leben vorbereiten, ihnen das Wissen vermitteln, das sie später im Berufsleben brauchen. Sie braucht exzellente Fachhochschulen und Universitäten, um im internationalen Wettbewerb der Forschung bestehen zu können. Mit der Fachhochschule Nordwestschweiz besteht eine grosse Chance, dies zu erreichen. Unsere Forschung ist nur zukunftsfähig, wenn wir sie gut arbeiten lassen. Das ETH-Institut für Systembiologie weist den richtigen Weg. Dass sich das Baselbiet sehr dafür engagiert, ist wichtig.

Die geistige und die körperliche Beweglichkeit und Fitness sind unverzichtbare Erfolgsfaktoren. Deshalb ist die Offensive des kantonalen Sportamtes für Bewegung ein wichtiger Teil der Aktivitäten der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion.

Als verantwortlicher Regierungsrat sollte man so haushalten, dass man die kritischen Fragen der Gross- und Urgrosskinder überzeugend beantworten kann.

Teil Bildung

<p>Nr. 6.01</p>	<p>Programmpunkt Bildungswesen allgemein</p> <p>Strategische Zielsetzungen Schulkoordination Mit einem Vorstoss zur Revision des Konkordates zur Schulkoordination sowie mit der Standesinitiative zur "Koordination der kantonalen Bildungssysteme" hat der Kanton Basel-Landschaft die Arbeiten zur Schaffung eines kohärenten Bildungsraumes Schweiz und "Deutschschweiz" vorgebracht. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat sich mit dem Grossprojekt "HarmoS" zur Angleichung der Lernziele im 2., 6. und 9. Schuljahr sowie zur Neuregelung des Schuleingangsbereichs ambitionierte Ziele gesetzt. Im Mai 2004 hat der Bund nun den Entwurf einer neuen "Bildungsverfassung" in die Vernehmlassung gegeben. Für die beiden Basel ist zudem die Jubiläumsinitiative "Bildung" bzw. der in enger Zusammenarbeit entworfene Gegenvorschlag von zentraler Bedeutung. Die BKSD wird sich also im Jahr 2005 intensiv mit Vorschlägen zur Schulkoordination auseinandersetzen, namentlich auch mit dem Gesamtsprachenkonzept der EDK.</p> <p>Masterplan Bildung In Zusammenhang mit GAP hat die BKSD wie bereits erwähnt vorgeschlagen, einen "Masterplan Bildung" zu entwerfen, welcher der Vernetzung und Verkettung der einzelnen Themenbereiche und anstehenden Entwicklungsbereiche im Bildungswesen besser Rechnung tragen kann als eine einfache Auflistung möglicher Massnahmen, die in der Praxis isoliert und für sich genommen nicht umsetzbar sind. Der "Masterplan Bildung" wird auch die Frage zu prüfen haben, ob und inwieweit erste Schritte unternommen werden sollen, die Bildungsgesetzgebung in Teilbereichen zu revidieren.</p> <p>Qualitätssicherung Die verschiedenen mit der Bildungsgesetzgebung eingeführten Elemente der Qualitätssicherung (Schulprogramm, interne und externe Evaluation der einzelnen Schule) werden weiter konsolidiert.</p> <p>Weiterentwicklung Spezielle Förderung Die kantonalen Rahmenvorgaben werden gemäss Bildungsgesetz so ausgestaltet, dass die Schulleitungen und Schulräte für ihre Schulen lokal angepasste Modelle der Speziellen Förderung entwickeln und umsetzen können: Projektierung und versuchsweise Einführung, Auswertung und gegebenenfalls Generalisierung eines Pensenpools zur Vergrösserung des Gestaltungsspielraums der einzelnen Schulen für die lokale Umsetzung der Speziellen Förderung.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Die Bildungsverfassung wurde im Dezember 2005 von der Bundesversammlung beschlossen und wird im Mai oder September 2006 dem Souverän unterbreitet. Ergänzend hat die EDK ein Konkordat vorbereitet, das ab Februar 2006 in die Vernehmlassung gegeben wird. Der Gegenvorschlag zur Jubiläumsinitiative wurde in Zusammenarbeit mit Basel-Stadt entsprechend den Vorgaben des Landrates erarbeitet. Mit den Bildungsdirektionen der Kantone Aargau, Basel-Stadt und Solothurn wurde im Hinblick auf die Bildungsverfassung und das Konkordat die Zusammenarbeit bei der Harmonisierung und Weiterentwicklung der Schulen verstärkt.</p> <p>Der Masterplan Bildung wurde als internes Instrument mit einem Planungshorizont von zehn Jahren erarbeitet. Für alle anstehenden Vorhaben wurden Projektskizzen mit Folgenabschätzungen und einem Finanzplan erarbeitet. Ergebnisse fliessen in Vorlagen bzw. in das nächste Regierungsprogramm ein. Die Verbesserung der finanziellen Steuerung mit Pensenpools für Schulen und einer Standardkostenrechnung ist skizziert.</p> <p>Qualitätssicherung: Konzepte für die externe Evaluation der einzelnen Schulen wurden verabschiedet. Im Kalenderjahr 2005 wurden an den Volksschulen vier Primar- und vier Sekundarschulen evaluiert und die entsprechenden Berichte mit Empfehlungen den Schulräten zur Verfügung gestellt.</p> <p>Weiterentwicklung Spezielle Förderung: Die Projektskizze mit der statistischen Auswertung des heutigen Angebotes ist abgeschlossen, die Projektierung des Pensenpools kann aufgrund von Vorgaben weitergeführt werden.</p>
-----------------	---	--

<p>Nr. 6.01.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Berufsauftrag Der neue Berufsauftrag für alle Lehrpersonen soll per Schuljahr 2005 / 2006 in Kraft treten. Kernstück sind die Aufteilung des Auftrages in fünf verschiedene Bereiche, die einfache Agendaführung zur Erfassung der Arbeitszeit, die Einrichtung eines Schulpools sowie die Rücknahme der Erhöhung der Pflichtstunden von 2001 (Vorlage an den Landrat).</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 1.875 Mio. Fr.; Pool nach Massgabe des Landrates</p>	<p>Der Berufsauftrag für die Lehrpersonen ist per 1. August 2005 in Kraft getreten und an allen Schulen eingeführt. Vom Landrat wurden keine Finanzen für einen zusätzlichen Pool gesprochen. Hingegen wurde auf das gleiche Datum die Pflichtstundensenkung in Kraft gesetzt.</p>
<p>Nr. 6.01.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Evaluation Qualitätssicherung Unterstützung der Schulen bei der Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen internen Evaluation und der weiteren Umsetzung des Schulprogramms sowie der jährlich stattfindenden Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräche der Schulleitungen mit den Lehrpersonen resp. der Schulratspräsidien mit den Schulleitungen.</p>		<p>Für Schulleitungsmitglieder wurde ein zweitägiges Weiterbildungsmodul zum Aufbau eines internen Qualitätsmanagements abgehalten, und sie wurden ebenfalls für die Durchführung der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräche weitergebildet.</p>
<p>Nr. 6.01.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Sprachförderung in mehrsprachigen Schulen - Aufbau eines Schulnetzwerkes Die Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK) hat ein Schwerpunktprojekt zur Sprachförderung gestartet mit dem Ziel, eine nachhaltige Verbesserung der schulischen Angebote und Massnahmen zur Sprachförderung in mehrsprachigen Klassen und zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund zu erreichen. Zwei Primarschulen im Kanton Basel-Landschaft sollen die erforderlichen Mittel erhalten, damit sie sich mit je einem eigenen Entwicklungsprojekt im Rahmen des NW EDK-Schulnetzwerkes für die Sprachförderung beteiligen können. In einem begleiteten Schulentwicklungsprojekt soll an drei Kindergärten von Liestal geprüft werden, ob die Anwendung der deutschen Standardsprache im Kindergartenunterricht mit einem hohen Anteil von fremd- bzw. mehrsprachigen Kindern (75 Prozent oder mehr) den Schulerfolg nach dem Übertritt in die Primarschule verbessert (Sprachsicherheit, Erstlese- und Erstschreibunterricht, Auswirkungen auf das Lernen in allen Fächern). Das Projekt ist auf vier Jahre hin angelegt.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.08 Mio. Fr.</p>	<p>Das Schulentwicklungsprojekt an den Kindergärten Liestal konnte abgestimmt und vereinbart werden. Das Schwerpunktprojekt der NW EDK ist angelaufen, ein Netzwerk wurde gebildet. Leider hat keine Primarschule des Kantons Basel-Landschaft für die Mitwirkung am NW EDK-Projekt gefunden werden können. Die Schulleitungen geben an, mit anderen Vorhaben bereits stark gefordert zu sein.</p>

<p>Nr. 6.01.06</p>	<p>Einzelne Massnahme Integration Die Integrationspolitik im Kanton Basel-Landschaft wird auch im Jahr 2005 weiterentwickelt. Das Ziel bleibt eine qualitativ gute und niederschwellig zugängliche Sprachförderung für Zielgruppen, die durch die bestehenden Angebote nur ungenügend erreicht werden. Ferner soll die Öffentlichkeitsarbeit zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt weiterbetrieben werden.</p>		<p>2005 wurden die Angebote im Sprachbildungsbereich konsequent weiterentwickelt. So entstanden neu die Intensiv-Deutschaufbaukurse für Neuzugezogene "Allegra Plus" und "Connectica Plus". Die Öffentlichkeitskampagne "Tatsachen gegen Vorurteile" wurde von der Kampagne "Aller Anfang ist Begegnung" abgelöst und wird weiterhin mit dem Kanton Basel-Stadt betrieben. Neu hinzugekommene Partner sind Solothurn und Aargau.</p>
<p>Nr. 6.01.07</p>	<p>Einzelne Massnahme Aufsicht</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es werden 220 Schulleitungsmitglieder im Unterricht besucht, um den Schulratspräsidenten die Angaben für das Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräch zur Verfügung zu stellen. • Einführung von Lehrplan bezogenen Orientierungsarbeiten (OA) an der 5. Klasse der Primarschule, Weiterführung der OA an der 4. Klasse (9. Schuljahr) des Niveaus P sowie Angebote an den Niveaus A und E. • Nach ersten Erfahrungen mit dem eingeführten Beurteilungssystem an den Primarschulen soll an obligatorischen Weiterbildungstagen die Anwendungskompetenz sichergestellt werden. • Die Berichterstattung der Besuche an Privatschulen erfolgt an deren Aufsichtskommission und an die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion. 	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.115 Mio. Fr.</p>	<p>Es wurden 203 Schulleitungsmitglieder im Unterricht besucht. Die entsprechenden Schulräte erhielten schriftliche Berichte aufgrund von zu Beginn des Schuljahres festgelegten Beurteilungskriterien.</p> <p>Die Orientierungsarbeiten wurden mit den 5. Klassen der Primar- und mit den 4. Klassen der Sekundarschulen durchgeführt.</p> <p>Die Ergebnisse der organisierten Workshops dienen zur Verbesserung der Handreichungen für die Lehrpersonen.</p> <p>Die Berichterstattung über zwei Inspektionen von Privatschulen an den Direktionsvorsteher und die Aufsichtsorgane ist erfolgt.</p>

<p>Nr. 6.01.08</p>	<p>Einzelne Massnahme Unterstützung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fachpersonen für den Unterricht Zur Beurteilung des Unterrichts können die Schulleitungen oder die Lehrerinnen und Lehrer Fachpersonen beiziehen. Diese werden vom Amt für Volksschulen (AVS) an jährlich wiederkehrenden Tagungen und Veranstaltungen weitergebildet und gezielt für Unterrichtsbesuche eingesetzt. • Mentorinnen und Mentoren Das Mentorat ist eine Hilfestellung für einzelne Lehrpersonen, die bei der Ausübung der beruflichen Tätigkeit, punktuell und zeitlich befristet, eine Unterstützung benötigen. • Begleitung des Berufseinstiegs Die Begleitung der Lehrerinnen und Lehrer im ersten Jahr ihrer Berufstätigkeit ermöglicht einen organischen Übergang von der Ausbildungssituation in den Berufsalltag. • Logopädie Konsolidierung der Neuorganisation innerhalb der Schulen und Sicherstellung der Rechtmässigkeit von Leistungen Dritter. • Spezielle Förderung an Privatschulen im Einzelfall Stabilisierung oder gar Reduktion der bisherigen Einkäufe von Leistungen der Privatschulen zu Gunsten von Kleinklassenschülerinnen und -schülern des Niveaus E. • Administrationssoftware Sekundarschule Mit der Vereinheitlichung der Software können der kantonale Support, die gemeinsame Weiterbildung und damit eine Effizienzsteigerung erreicht werden. • Ausbau des Schulsozialdienstes Gestützt auf die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel wird die Ausgestaltung fortgesetzt. • Einführung Mittagstisch Die im Bildungsgesetz vorgesehenen Bedürfnisabklärungen werden durchgeführt. 	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>0.4 Mio. Fr.</p>	<p>Im Verlaufe des Jahres 2005 wurden neun Fachpersonen an neun verschiedenen Schulen eingesetzt (6 KG / PS, 3 SEK). Die Fachpersonen kamen in den Genuss eines Erfahrungsaustauschtreffens und eines Weiterbildungstages zum Thema "Lernen lernen".</p> <p>Im Kalenderjahr 2005 wurden 23 Mentorinnen und Mentoren eingesetzt. Die Mentorate dauerten zwischen sechs Wochen und einem Semester. Die Mentorinnen und Mentoren vertieften und optimierten ihre Kenntnisse an drei Weiterbildungen.</p> <p>Rund 80 Berufseinsteigende aus Kindergarten, Primar- und Sekundarschule machten an vier Veranstaltungen Gebrauch vom Angebot für Austausch, Information und Weiterbildung.</p> <p>Die Konsolidierung ist teilweise erfolgt. Es hat sich gezeigt, dass das Amt für Volksschulen zusätzliche Unterstützungsmassnahmen für die Leitungen Logopädie treffen muss. Das Abrechnungswesen zwischen Gemeinden und Kanton funktioniert.</p> <p>Nach wie vor müssen, basierend auf der Indikation einer kantonalen Fachstelle, Kleinklassenjugendliche mittels einer Kostengutsprache den Unterricht in Privatschulen besuchen.</p> <p>Die Software MedioSchule der Firma Frei AG wurde allen Sekundarschulen zur Verfügung gestellt und die entsprechende Schulung fand statt.</p> <p>Der Ausbau gemäss VO Schulsozialarbeit ist erfolgt. Sämtliche Sekundarschulen sind mit einem Grundangebot ausgerüstet.</p> <p>Ein Verordnungsentwurf für den Mittagstisch ist in Diskussion. Die Bedürfnisabklärungen sind noch nicht erfolgt.</p>
--------------------	---	---	--

<p>Nr. 6.02</p>	<p>Programmpunkt Volksschule, Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I</p> <p>Strategische Zielsetzungen Mehr und mehr wird die Volksschule zum Brennpunkt der weiteren Entwicklung des Bildungswesens. Die Bildungsgesetzgebung hat mit den Blockzeiten an Kindergarten und Primarschule sowie mit dem Mittagstisch wichtige pädagogische und familienpolitische Anliegen aufgenommen. Die bevorstehende Einführung des Stufenlehrplans Sekundarschule auf das Schuljahr 2005 / 2006 gibt den Niveaus A, E und P den Rahmen für die gemeinsame Weiterentwicklung der vormals voneinander getrennten Schularten auf der Sekundarstufe I. Das Tor der "Neuen Baselbieter Sekundarschule" soll auf den Schuljahresbeginn 2005 / 2006 geöffnet werden. Mit dem Projekt "Harmonisierung der obligatorischen Schule" (HarmoS) sowie mit dem Gesamtsprachenkonzept und der geplanten Klärung der Reform des Schuleingangsbereichs hat die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) zentrale Themenfelder der Schulkoordination für die Volksschule aufgegriffen. Die BKSD wird deshalb zum einen die beschlossenen Elemente der Bildungsgesetzgebung weiter umsetzen und gleichzeitig die interkantonalen Bestrebungen für eine weiter reichende Koordination der Volksschule prüfen.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 6.02.01</p>	<p>Einzelne Massnahme PIRLS 2006 Bei der Studie PIRLS 2006 (Progress in International Reading Literacy Study) handelt es sich um eine international vergleichende Untersuchung, welche die Lesekompetenzen von Schülerinnen und Schülern der vierten Primarschulklasse misst und miteinander vergleicht. Unter der Voraussetzung, dass die Schweiz an PIRLS 2006 mitwirkt, ist die Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft mit einer kantonalen Stichprobe an dieser Studie vorgesehen.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.03 Mio. Fr.</p>	<p>Der Antrag der BKSD zur schweizerischen Mitwirkung an PIRLS 2006 wurde abgelehnt, die erweiterte Beteiligung mit einer kantonalen Stichprobe kam deshalb nicht zu Stande.</p>
<p>Nr. 6.02.02</p>	<p>Einzelne Massnahme PISA Am 7. Dezember 2004 wird die OECD den ersten internationalen Bericht zu PISA 2003 publizieren. Die Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden und die Öffentlichkeit im Kanton Basel-Landschaft werden über die Ergebnisse sowie die Schlussfolgerungen, welche die EDK daraus zieht, informiert. Im Jahr 2006 wird der dritte Zyklus von PISA (PISA 2006) durchgeführt; im Zentrum der Studie stehen diesmal die naturwissenschaftlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.025 Mio. Fr.</p>	<p>Eine erweiterte Beteiligung ist vereinbart worden, PISA 2006 wird kantonal auswertbar sein.</p>

<p>Nr. 6.02.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Einführung des Stufenlehrplans Sekundarschule Die Einführung eines neuen Stufenlehrplans Sekundarschule wurde vom Bildungsrat neu auf das Schuljahr 2005 / 2006 terminiert. Aufsteigend mit den ersten Klassen soll der Stufenlehrplan für die Niveaus A, E und P zusammen mit der revidierten Promotionsordnung eingeführt werden. Temporäre Mehraufwendungen fallen während der Einführung in den Jahren 2005 und 2006 an, insbesondere wegen der Vorverlegung des Grundkurses Informatik vom 7. auf das 6. Schuljahr. Die Einführung des neuen Stufenlehrplans bedingt begleitende Massnahmen wie die Fortbildung von Lehrpersonen und die Erarbeitung von Handreichungen zum Stufenlehrplan.</p>		<p>Der Startveranstaltung vom 21. März 2005 für die Einführung des neuen Stufenlehrplans der Sekundarschule im Kongresszentrum Basel folgten an den einzelnen Schulstandorten individuelle, fachspezifische Erarbeitungen einzelner Bildungsbereiche. Eine Bedürfnisumfrage an den Schulen bildet die Grundlage der Fortbildungsangebote durch die Erwachsenenbildung und der laufenden Aktualisierung der Handreichungen.</p>
<p>Nr. 6.02.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung umfassender Blockzeiten am Kindergarten Das Bildungsgesetz hat für den Kindergarten zwei wichtige Veränderungen gebracht. Er ist neu die erste Bildungsstufe der Volksschule und der Unterricht wird wie an der Primarschule im Rahmen von umfassenden Blockzeiten gestaltet.</p>		<p>Es haben acht Informationsveranstaltungen für Lehrpersonen, Erziehungsberechtigte, Schulleitungen, Schul- und Gemeinderäte stattgefunden. 23 Gemeinden sind schriftlich, telefonisch und vor Ort bei der Gestaltung der "Blockzeiten-Stundenpläne" unterstützt worden.</p>
<p>Nr. 6.02.06</p>	<p>Einzelne Massnahme Projekt "Förderung von Jugendlichen mit unterschiedlicher visuell-räumlicher Begabung" Zusammen mit der Sekundarschule Liestal werden Lernumgebungen zur Förderung der visuell-räumlichen Begabung entwickelt und dokumentiert.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.03 Mio. Fr.</p>	<p>Die Erprobung und Entwicklung von zwei strukturierten Aufgabenreihen hat sich im Jahr 2005 verzögert. Der Auftrag für die dritte Serie wird nach Abschluss der ausstehenden Produkte erteilt.</p>
<p>Nr. 6.02.07</p>	<p>Einzelne Massnahme Spezielle Förderung Der Pensenpool definiert im Sinne eines Globalbudgets die Mittel, die einer Schulleitung für die Spezielle Förderung zur Verfügung gestellt werden. Bis Mitte 2005 wird ein auf die Verhältnisse im Kanton Basel-Landschaft angepasster Vorschlag für eine Pensenpool-Regelung ausgearbeitet.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.020 Mio. Fr.</p>	<p>Der Entwurf für eine Pensenpool-Regelung im Bereich der Speziellen Förderung an der Volksschule ist fertig gestellt worden.</p>
<p>Nr. 6.02.08</p>	<p>Einzelne Massnahme Förderunterricht im schriftsprachlichen und mathematischen Bereich Für den Förderunterricht im schriftsprachlichen und mathematischen Bereich (ehemals Legasthenie und Dyskalkulie) werden die bisherigen Informationen und Handreichungen zuhanden der Lehrpersonen und Schulleitungen überarbeitet und an das Bildungsgesetz angepasst.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.015 Mio. Fr.</p>	<p>Die kantonalen Rahmenrichtlinien für den Förderunterricht liegen im Entwurf vor. Das Genehmigungsverfahren wurde eingeleitet.</p>

Nr. 6.02.09	<p>Einzelne Massnahme Aufbau eines Netzwerkes für integrative Begabungsförderung Für Schulen, die Formen einer integrativen Begabungsförderung anwenden oder einzuführen beabsichtigen, wird ein kantonales Netzwerk aufgebaut.</p>	Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.0375 Mio. Fr.	Es wurde eine Bestandesaufnahme über die lokalen Konzepte und Angebote zur integrierten Begabungs- und Begabtenförderung an der Primarschule durchgeführt. Ausserdem sind die Vorarbeiten für den Internetauftritt des Netzwerkes geleistet worden.
Nr. 6.02.10	<p>Einzelne Massnahme Weiterbildung Kindergartenlehrpersonen Die Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung Baselland (LWBL) wird den Kindergartenlehrpersonen ab Kalenderjahr 2005 ein spezielles Weiterbildungsprogramm anbieten. Die Angebote werden die Lehrpersonen gezielt bei der Umstellung auf umfassende Blockzeiten unterstützen.</p>		
Nr. 6.02.11	<p>Einzelne Massnahme Sekundarschulbauten Einstieg in die Ausarbeitung einer definitiven Lösung über das Eigentum, die Finanzierung und den Unterhalt der Sekundarschulbauten verbunden mit einem Investitionsprogramm für dieselben. Gemäss Auftrag des Landrates vom 5. Juni 2003 sind die entsprechenden Lösungen in einer paritätischen Arbeitsgruppe aus Vertretungen des Kantons und des Verbandes Basellandschaftlicher Gemeinden auszuarbeiten.</p>		Die Übergangsregelung wurde vom Landrat am 14. Dezember 2005 beschlossen. Für die definitive Lösung setzte der Regierungsrat eine Projektorganisation ein.
Nr. 6.02.12	<p>Einzelne Massnahme Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) Schweizweit werden - federführend durch die EDK - koordinierte Kompetenzniveaus Ende 2., 6. und 9. Schuljahr der Volksschule als Bezugsrahmen für die Schulkoordination und das schweizerische Bildungsmonitoring geschaffen.</p>	Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.025 Mio. Fr.	Bildungsstandards für Mathematik, Sprache, Fremdsprachen und Naturwissenschaften werden erarbeitet.
Nr. 6.03	<p>Programmpunkt Mittelschulen, Gymnasien, Sekundarstufe II</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Umsetzung der Elemente und Anliegen der schweizerischen Berufsbildungsgesetzgebung ist ein mehrjähriger Prozess, der dazu beiträgt, hochwertige Ausbildungsplätze mit Anschlüssen zum Weiterlernen für Jungerwachsene bereitzustellen. Für die Gymnasien steht nach den ersten Ergebnissen der interkantonalen Evaluation der Umsetzung des schweizerischen Maturitätsanerkennungsreglements von 1995 ("EVAMAR") und dem Abschluss des ersten Maturjahrganges gemäss neuem Ausbildungskonzept die Konsolidierung und "Feinjustierung" an.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	

<p>Nr. 6.03.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Externe Evaluation In den nächsten drei Jahren soll in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum Externe Evaluation an der Universität Zürich das Verfahren der externen Evaluation optimiert und hinsichtlich Effizienz und Effektivität sowohl für die einzelne Schule als auch für die BKSD überprüft werden. Gleichzeitig soll die externe Evaluation mit dem Projekt "Benchmarking Sekundarstufe II" der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK) verknüpft werden, so dass Redundanzen vermieden werden. Mit dem schulübergreifenden Vergleich wichtiger Kennzahlen sollen die weitere Entwicklung der einzelnen Schule unterstützt und kantonal ein Orientierungsrahmen für wichtige Entwicklungen geschaffen werden. Im Jahr 2005 sollen gleich drei Evaluationen durchgeführt werden, da im Jahr 2004 aufgrund von Budgetkürzungen statt den angestrebten zwei Schulen eine Evaluation nur an einer einzelnen Schule erfolgen kann.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.1 Mio. Fr. (laufend) 0.2 Mio. Fr.</p>	<p>Aufgrund der Budgetkürzung wurde im Jahr 2005 keine externe Evaluation an der Sekundarstufe II durchgeführt. Ein entsprechendes Konzept für Evaluationen ab 2006 wurde vom Bildungsrat verabschiedet. Das Benchmarking-Projekt der NW EDK läuft, Instrumente liegen im Entwurf vor.</p>
<p>Nr. 6.04</p>	<p>Programmpunkt Sonderschulung Strategische Zielsetzungen Nach dem Entscheid über die neue Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) und der vollständigen Übernahme der Sonderschulung durch die Kantone, werden die gesetzlichen Regelungen, die konzeptionelle und finanzielle Steuerung in der Sonderschulung und der Behindertenhilfe überprüft und weiter entwickelt; Verstärkung der integrativen Formen der Sonderschulung.</p>	<p>Amtsbericht 2005 Die Regierungen beider Basel haben beschlossen, das in der Bundesverfassung vorgesehene Sonderschulkonzept gemeinsam zu erarbeiten. Das Konzept soll möglichst viel gemeinsam entwickeln, daneben aber den kantonspezifischen Strukturen gerecht werden. Es soll bis zum vorgesehenen Inkrafttreten der Neuen Finanzausgleichsordnung (NFA) am 1. Januar 2008 vorliegen.</p>	
<p>Nr. 6.04.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Sonderschulkonzept Überprüfung der Bildungsgesetzgebung im Bereich der Sonderschulung, Anpassung der Sonderschulverordnung, Umsetzung der interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) im Sonderschulbereich, Überarbeitung des Sonderschulkonzepts, Projekt Integrationsklassen von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung.</p>		<p>In Reinach wird seit Schuljahresbeginn eine zweite Integrationsklasse geführt. Im Schuljahr 2005 / 2006 werden rund 130 Schüler und Schülerinnen mit Behinderungen integrativ geschult. Rund 500 Schüler und Schülerinnen besuchen eine Sonderschule.</p>

<p>Nr. 6.05</p>	<p>Programmpunkt Jugendhilfe</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Möglichkeit Kinder und Jugendliche, die nicht bei ihren Eltern leben können, in Pflegefamilien unterzubringen wird unterstützt und als Ergänzung zum Heimangebot ausgebaut.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>
<p>Nr. 6.05.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Pflegekindergesetz und Sozialhilfegesetz Vorlage zur Änderung des Pflegekindergesetzes und zum Sozialhilfegesetz im Bereich der Jugendhilfe (Landratsvorlage); beim Pflegekindergesetz mit dem Ziel, die Finanzierung der Unterbringung in Pflegefamilien jenen in Heimen gleichzustellen und in der Qualität zu steigern.</p>	<p>Die Revision des Pflegekinderrechtes wird im Winter 2005 / 2006 vom Landrat behandelt. Das Inkrafttreten ist auf den 1. Juli 2006 vorgesehen.</p>
<p>Nr. 6.06</p>	<p>Programmpunkt Behindertenhilfe</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die bestehenden Lücken in den Angeboten der Behindertenhilfe werden geschlossen. Vorrang haben Projekte für schwerstbehinderte Menschen.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Die Regierungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben beschlossen, dass von der Bundesgesetzgebung verlangte Konzept Behindertenhilfe gemeinsam zu erarbeiten. Die Arbeiten haben begonnen mit dem Ziel dass das Konzept bis zur Einführung der NFA vorliegt.</p>

<p>Nr. 6.06.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Tagesheime / Wohneinrichtungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wohnheim Laubiberg Projekt Neubau mit Erweiterung des Wohnheimes Laubiberg, Einreichen Vorprojekt; • Wohnprojekt für jüngere Menschen mit Behinderungen in Alters- und Pflegeheimen mit der Stiftung Alters- und Pflegeheim Birsfelden; • Schaffen von zusätzlichen Wohnplätzen in neuen Aussenwohngruppen bestehender Einrichtungen (für Menschen mit psychischer Behinderung: Bruggstrasse, Brunrain inkl. Neukonzeption; für Menschen mit geistiger / mehrfacher Behinderung: am Birsig, Kästeli); • Schaffen und Neubau einer Förderstätte (Tagesheim) für erwachsene Menschen mit einer geistigen Behinderung durch insieme Baselland; Standort- und Bauentscheid, Projekteingabe; • Einrichten eines Verbundsystems der Baselbieter Wohneinrichtungen für Menschen mit einer geistigen / mehrfachen Behinderung zur besseren Absicherung der regionalen Versorgung (vorgesehener Start 1. 1. 2005). 	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>0.23 Mio. Fr.</p>	<p>Das Neubauprojekt wurde wegen konzeptioneller Unklarheit eingestellt.</p> <p>Das Wohnprojekt mit der Stiftung Alters- und Pflegeheim wird auf Anfang 2007 realisiert. Verschiedene Aussenwohngruppen konnten eröffnet werden in Reinach (2), Pratteln; eine weitere Wohngruppe entsteht in Muttenz.</p> <p>Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat dem Projekt zugestimmt. Realisierung 2006 / 2007.</p> <p>Seit dem 1. Januar 2005 besteht das Verbundsystem für Menschen mit einer geistigen oder mehrfachen Behinderung im unteren und im oberen Kantonsteil.</p>
<p>Nr. 6.07</p>	<p>Programmpunkt Berufsbildung / Berufsberatung (Berufsschulen)</p> <p>Strategische Zielsetzungen In der Berufsbildung muss das neue Berufsbildungsgesetz (BBG) umgesetzt werden. Es bringt Änderungen in allen 312 Berufen. Im Weiteren muss das Lehrstellenangebot erhalten werden. Insbesondere für schulisch schwächere Jugendliche müssen Lehrstellen geschaffen werden.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Die ersten Schritte zur Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes sind in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und dem Kanton Basel-Stadt erfolgt.</p>	
<p>Nr. 6.07.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Lehrstellen Neuschaffung von Lehrstellen</p> <p>Es sollen neue Lehrstellen im Rahmen von Verbänden geschaffen werden. Die Geschäftsstellen der Verbände sollen bei Einzelverbänden angesiedelt werden. Für den Aufbau der Verbände ist im Rahmen der Lehrstellenförderung des Bundes ein entsprechender Leistungsauftrag an die Wirtschaftskammer Baselland erteilt worden. Der Leistungsauftrag sieht vor, dass bis ins Jahr 2007 100 zusätzliche Lehrstellen durch die Verbundlösung geschaffen werden.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>0.1 Mio. Fr.</p> <p>0.02 Mio. Fr.</p>	<p>Es sind rund 20 zusätzliche Lehrstellen im Rahmen von Verbänden entstanden.</p> <p>Die Idee, Geschäftsstellen bei Einzelverbänden anzusiedeln, war weniger erfolgreich. Dies unter anderem deshalb, weil die Geschäftsstellen der Einzelverbände oft im Milizsystem geführt werden und somit keine weiteren Aufgaben mehr übernehmen können.</p>

<p>Nr. 6.07.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Schaffung von Lehrstellen für schulisch schwächere Jugendliche Das neue Berufsbildungsgesetz sieht vor, dass schulisch schwächere Jugendliche eine Attestausbildung absolvieren können. Per Sommer 2005 ist die Einführung der Attestausbildung in den Verkaufs-, Gastro- und kaufmännischen Berufen geplant. Bei den Attestausbildungen ist ein spezielles Coaching für die Lernenden vorgesehen. Lehrkräfte müssen dazu ausgebildet, Fachleute eingesetzt werden.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.05 Mio. Fr.</p>	<p>Im Detailhandel und Gastrobereich konnten rund 45 Attest-Lehrstellen geschaffen werden. Es müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um den Jugendlichen vermehrt Attest-Ausbildungsplätze anbieten zu können.</p>
<p>Nr. 6.07.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Modularisierung der Ausbildung in den Informatikberufen Die neue Bildungsverordnung des Bundes sieht per Sommer 2005 für die Lehren im Informatikbereich eine modularisierte Ausbildung vor. Die Module müssen geschaffen, die Lehrbetriebe geschult und instruiert werden.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.1 Mio. Fr.</p>	<p>Die Modulausbildung in den Informatikberufen ist erfolgreich begonnen worden.</p>
<p>Nr. 6.07.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Neue Lehre im Gesundheitsbereich Per Sommer 2005 startet ein neuer Jahrgang von Lernenden für den Beruf "Fachangestellte Gesundheit". Diese Ausbildung ist neu geschaffen worden. Der Kanton Basel-Landschaft bildet die Fachangestellten Gesundheit für die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt aus. Im Gegenzug übernimmt Basel-Stadt die Ausbildung auf der tertiären Stufe (Höhere Fachschule). Die Ausbildung zur / zum Fachangestellten Gesundheit erfolgt in neuen Räumen im Spengler Areal in Münchenstein. Per Sommer 2005 soll auch eine Nachholbildung zur / zum Fachangestellten Gesundheit geschaffen werden: Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten können sich zu Fachangestellten Gesundheit weiterbilden. Vorlage an den Landrat: 4 Mio. Fr.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 4.0 Mio. Fr.</p>	<p>Die neue Ausbildung zur "Fachangestellten Gesundheit (FAGE)" ist in unserem Kanton von den Arbeitgebern (Spitäler / Heime / Spitex) gut aufgenommen worden. Per 2005 haben - für die Kantone BS und BL - rund 80 Jugendliche mit der Ausbildung zur FAGE begonnen. Die Nachholbildung (von der Pflegeassistent zur Fachangestellten Gesundheit) ist per Sommer 2005 von 22 Personen in Angriff genommen worden. Der Staatsvertrag über die gegenseitige Abgeltung von Kosten für die nichtakademischen Ausbildungen im Gesundheitswesen zwischen den Kantonen BL und BS wurde im Landrat und im Grossen Rat verabschiedet.</p>
<p>Nr. 6.07.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes Per 1. Januar 2004 ist das neue Berufsbildungsgesetz in Kraft getreten. Mit dem neuen Berufsbildungsgesetz werden bis ins Jahr 2008 alle Ausbildungsreglemente (neu: Bildungsverordnungen) überarbeitet. Spezieller Wert wird auf die Zusammenarbeit zwischen Berufsschule, Betrieb und überbetrieblichen Kursen gelegt. Die Betriebe müssen über die neuen Ausbildungen informiert werden, die Lehrpersonen und Leiterinnen und Leiter von überbetrieblichen Kursen müssen geschult werden. Erste Berufe, die per Sommer 2005 mit neuen Bildungsverordnungen ausbilden: Informatik-, Gastro-, kaufmännische und soziale Berufe (Kleinkindererzieherin, -erzieher).</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.05 Mio. Fr.</p>	<p>Die neuen Bildungsverordnungen im Detailhandel, im Gastrobereich, in der Hauswirtschaft und in der Informatik sind gemäss neuem Berufsbildungsgesetz in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und dem Kanton Basel-Stadt umgesetzt worden. Dank guter Information der Betriebe über die Neuerungen konnten die Ausbildungsplätze in diesen Branchen beinahe gehalten werden.</p>

<p>Nr. 6.08</p>	<p>Programmpunkt Tertiäre Bildung (Universität, Fachhochschulen)</p> <p>Strategische Zielsetzungen Der Kanton Basel-Landschaft gewährleistet zusammen mit dem Partnerkanton Basel-Stadt ein attraktives Angebot an tertiären Ausbildungsmöglichkeiten in der Region. Er verfolgt die Vision eines Hochschulraumes Nordwestschweiz, um damit die Wissensbildung besser zu vernetzen und die Innovationskette durch eine enge Kooperation zwischen der Universität Basel, den Fachhochschulen und den Forschungsinstituten der Region zu stärken.</p>		<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Mit der Realisierung der FHNW ist die Vision ein Stück konkreter geworden.</p>
<p>Nr. 6.08.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Fachhochschule beider Basel (FHBB) / Internationale Zusammenarbeit Die Finanzierung des trinationalen Bachelor- und Masterstudiengangs Bauingenieurwesen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit am Oberrhein muss sichergestellt werden.</p> <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2002 / 095 Total: Fr. 478'000.- (Konto 2005.367.00 Interreg III, LKA) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 78'000.- Budget 2004: Fr. 100'000.- Budget 2005: Fr. 100'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>0.1 Mio. Fr.</p>	<p>Die Kredittranche 2005 wurde ausbezahlt. Plan-gemässer Start des 4. Studierendenjahrgangs im Herbst 2005; die ersten Bachelor-Diplome werden im Februar 2006 erteilt.</p>
<p>Nr. 6.08.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Fachhochschule beider Basel (FHBB) / Hochschule für Gestaltung und Kunst Für eine Machbarkeitsstudie für die Umnutzung eines Gebäudes für die Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) braucht es einen Planungskredit (partnerschaftliches Geschäft); Wiederaufnahme eines 2004 aufgeschobenen Geschäfts.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>0.175 Mio. Fr.</p>	<p>Mit RRB vom 31. Mai 2005 beauftragte die Regierung die BUD, den Raumbedarf der HGK zu überprüfen und zu optimieren, ein Areal auf dem Dreispitzgelände zu sichern und die Projektorganisation für die Planung des Bauvorhabens zu implementieren. Die Planungsarbeiten wurden von der BUD aufgenommen.</p>
<p>Nr. 6.08.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) Die Projektkosten für die von den Regierungen eingesetzte Projektsteuerung FHNW und mögliche zusätzliche Abklärungen zuhanden der Regierungen und Parlamente (due diligence, Pensionskassen, Raumexpertisen etc.) werden unter den vier Partnerkantonen aufgeteilt. Es wird mit Projektkosten in der Höhe von rund 1.859 Mio. Franken gerechnet. Der Anteil des Kantons Basel-Landschaft beträgt 26 Prozent.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>0.141 Mio. Fr.</p>	<p>Der Staatsvertrag FHNW wurde im April / Mai 2005, der erste Leistungsauftrag für die Jahre 2006 - 2008 im November / Dezember 2005 in allen vier Trägerkantonen von den Parlamenten genehmigt. Im November 2005 beschlossen die vier Regierungen die Inkraftsetzung des Staatsvertrags. Die Projektsteuerung hat im Jahr 2005 auf der strategischen Ebene alle notwendigen Vorbereitungen zum operativen Start der FHNW am 1. Januar 2006 getroffen.</p>

<p>Nr. 6.08.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Universität Basel Umsetzung der neuen Leistungsvereinbarung 2005 - 2008. Weiterführung und Abschluss der Verhandlungen um die Mitträgerschaft. Entwurf eines neuen Vertrags unter Einbezug von klinischer Medizin und Immobilien / Investitionen. Festlegung des Beitrags des Kantons Basel-Landschaft an die Universität.</p>		<p>Die Verhandlungen um die gemeinsame Trägerschaft im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen BL / BS (Teilprojekte 1 und 2) wurden weitergeführt. Vernehmlassung der Regierungen BL und BS zu einem Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft (RRB Nr. 1511 vom 20. 9. 2005). Sonderbeiträge an die Universität zur Deckung des Finanzbedarfs im Rahmen der Budgets 2005 (Vorlage 2004 / 267, LRB vom 20. 1. 2005, 3 Mio. Fr.) und 2006 (Vorlage 2005 / 078, LRB vom 14. / 15. 12. 2005, 5 Mio. Fr.).</p>
<p>Nr. 6.08.06</p>	<p>Einzelne Massnahme Institut für Systembiologie Aufbau des Instituts für Systembiologie (partnerschaftliches Geschäft mit dem Kanton Basel-Stadt): Die Bildung von ersten Forschungsgruppen ist vorgesehen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 275 Total: Fr. 10'000'000.- (Konto 2539.360.00) Budget 2004: (Stand März 2004: Fr. 500'000.-) Budget 2005: (Stand März 2004: Fr. 1'500'000.-)</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 1.5 Mio. Fr.</p>	<p>Die Bewerbungsverfahren zur Besetzung der Professuren und Forschungsgruppen durch die ETH sowie der Umbau und die Einrichtung der Labors am provisorischen Standort (Mietlösung im Syngenta-Areal, Basel) wurden durchgeführt. Eine Projektorganisation zur Evaluation des definitiven Standortes unter Einbezug der Kantone BL und BS, der ETH und der Universität Basel wurde eingesetzt. Auszahlungstranche 2005 gemäss Budget.</p>
<p>Nr. 6.09</p>	<p>Programmpunkt Erwachsenenbildung Strategische Zielsetzungen Umfang und Ausrichtung des staatlichen Handelns im Bereich Weiterbildung im Kanton sollen definiert und transparent gemacht werden. Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung "neu denken". (Projekt zur) Prüfung der Neupositionierung der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt im Zuge der gesamtschweizerischen Neukonzeptionierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung.</p>	<p>Amtsbericht 2005 Die Prüfung der Neupositionierung der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung hat stattgefunden. Nach Erstellung von Ist Analysen der FEBL BL / LLWB und des ULEF BS haben Workshops stattgefunden, in den diese Analysen einfliessen konnten. Anschliessend wurde ein Bericht zuhanden der beiden Regierungen erstellt. Eine Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton Basel-Landschaft und der PH FHNW ist in Vorbereitung.</p>	
<p>Nr. 6.09.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Konzept Erwachsenenbildung In einem Konzept wird der Umfang und die Ausrichtung staatlichen Handelns im Bereich Weiterbildung im Kanton definiert und transparent gemacht.</p>		<p>Das Konzept ist erstellt. Die Hearings mit Partnerorganisationen haben stattgefunden. Vernehmlassung und Abschluss des Projektes erfolgt 2006.</p>

Teil Kultur

<p>Nr. 6.10</p>	<p>Programmpunkt Römerstadt Augusta Raurica</p> <p>Strategische Zielsetzungen Als strategisches Ziel für die kommenden Jahre wird die Römerstadt Augusta Raurica das Gebiet der antiken Stadt im Sinne eines Archäologischen Freilichtmuseums und Naherholungsgebiets für die Region erschliessen, die historisch-topografischen Grundlagen wissenschaftlich aufbereiten und etappenweise entsprechend umsetzen.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>
<p>Nr. 6.10.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung des Archäologieggesetzes Schaffung einer archäologischen Schutzzone, Anpassung an die Zonenpläne (Federführung beim Amt für Raumplanung), Eintragung in Grundbücher (Bezirksschreiberei).</p>	<p>Erster Schritt ist erfolgt in Form der Verordnung zum Archäologieggesetz (GSG 793.11), in Kraft seit 1. November 2005. Mit dem Kantonalen Nutzungsplan Augusta Raurica wurde die BUD mit RRB Nr. 912 vom 31. Mai 2005 beauftragt.</p>
<p>Nr. 6.10.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Visualisierung des Archäologischen Zentrums Umsetzung des Visualisierungskonzeptes für die bessere Erschliessung des Freilichtmuseums. Als erster Schritt drängt sich mit dem Ende der 15-jährigen Sanierung des Szenischen Theaters Ende 2006 auf: die Visualisierung und Park-ähnliche, museumsdidaktische Gestaltung des Archäologischen Zentrums im Gebiet Theater-Schönbühltempel-Forum.</p>	<p>Das 2002 / 2003 von der BUD in Zusammenarbeit mit der BKSD im Hinblick auf die Theatereröffnung 2007 ausgearbeitete Vorprojekt wurde aus Kostengründen zurückgestellt.</p>
<p>Nr. 6.10.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Vorbereitung der neuen Ausstellung im Jahr 2006 Im Jahr 2005 wird eine Zwischenausstellung "50 Jahre Römerhaus" im Römermuseum gezeigt. Im Vordergrund stehen die Vorbereitungsarbeiten für eine neue Dauerausstellung 2006.</p>	<p>Auf eine Zwischenausstellung wurde aus Prioritätsgründen verzichtet. In Planung ist die Integration des Silberschatzes nach dessen Rückkehr aus Karlsruhe.</p>
<p>Nr. 6.10.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Grossgrabung Augst Aufgrund eines eingegangenen Baugesuches wird die 2. Etappe der Grossgrabung Olloz begonnen (Dauer 2004 - 2006).</p>	<p>Die Grabung führte schon 2004 zu Entdeckungen von überregionaler Bedeutung, die zum Grabungsstopp und zur Unterschutzstellung durch den Regierungsrat führten (RRB Nr. 912 vom 31. Mai 2005).</p>

<p>Nr. 6.11</p>	<p>Programmpunkt Archäologie / Kantonsmuseum</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Archäologie wird dringend nötige Sanierungsarbeiten an ausgewählten Ruinen vornehmen müssen. Die Ergebnisse der bei den Grabungen erhobenen Daten werden ausgewertet und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Im Museum soll neben der Neugestaltung einer Sonderausstellung verstärkt mit Schulklassen aus der Region zusammengearbeitet und sollen die Bildungsangebote der Schulen ergänzt werden.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>
<p>Nr. 6.11.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Erhaltung und Nutzung der römischen Villa Munzach Dem Landrat wird eine Vorlage für die Sanierung und das neue Nutzungskonzept der römischen Villa Munzach vorgelegt. Erste Vorbereitungsarbeiten werden in Angriff genommen.</p>	<p>Die Arbeit am Projekt hat deutlich gemacht, dass für die Sanierung der Ruinen ein Gesamtkonzept erarbeitet werden muss. Dieses ist in Arbeit und wird in der ersten Hälfte 2006 vorgelegt.</p>
<p>Nr. 6.11.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Sanierung kantonseigener Ruinen Die witterungsbedingten Schäden an den Burgruinen Homburg und Pfeffingen nehmen jährlich zu. An der Homburg stehen dringende Sicherungsarbeiten an, welche die Gefahr für Besucherinnen und Besucher auf ein Minimum reduzieren sollen.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.5 Mio. Fr.</p> <p>Die Arbeit am Projekt hat deutlich gemacht, dass für die Sanierung der Ruinen ein Gesamtkonzept erarbeitet werden muss. Dieses ist in Arbeit und wird in der ersten Hälfte 2006 vorgelegt.</p>
<p>Nr. 6.11.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Neue Sonderausstellung Eröffnung einer neuen Ausstellung zum Thema Alter; Umsetzung eines politisch und gesellschaftlich aktuellen und brisanten Themas; Inhalte sind zum Beispiel die Reflexion des Rentenalters oder die AHV-Finanzierung.</p>	<p>Erledigt.</p>
<p>Nr. 6.11.06</p>	<p>Einzelne Massnahme Auswertung der grossen Grabungen in Reinach Die Auswertung der international Aufsehen erregenden Grabungen der letzten Jahre in Reinach wird in Angriff genommen.</p>	<p>Die Aufarbeitung wurde begonnen, wird aber noch Jahre dauern. Erste Resultate sind in einer Dauerausstellung im Heimatmuseum Reinach öffentlich gemacht worden.</p>
<p>Nr. 6.12</p>	<p>Programmpunkt Kantonsbibliothek</p> <p>Strategische Zielsetzungen Für die Kantonsbibliothek stehen Umzug, Eröffnung und Inbetriebnahme der neuen Bibliothek im Vordergrund ihres Programms für das nächste Jahr.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>

<p>Nr. 6.12.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Eröffnung der neuen Kantonsbibliothek Umsetzung des Betriebskonzeptes mit Anpassungen bei den Öffnungszeiten und Gebühren. Das Buch- und Medienangebot sowie die Dienstleistungen werden wie vorgesehen mit dem Neubau schrittweise ausgebaut. Die Bibliothekstechnik ist auf zeitgemäsem Niveau.</p> <p>Landratsvorlage 2002 / 023, Verpflichtungskredit Total: Fr. 1'455'000.- (Konto 2562.311.80) Budget 2005: Fr. 670'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.67 Mio. Fr.</p>	<p>Am 1. Juni 2005 nahm die neue Kantonsbibliothek ihren Betrieb auf. Am 17. Juni fand die offizielle Eröffnung statt. Der Publikumszuspruch liegt über den Erwartungen. Rund 1000 Personen besuchen täglich die Bibliothek. Die Ausleihen stiegen über 500'000.</p>
<p>Nr. 6.12.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Bibliothekspass Mitarbeit bei der Bereinigung des Konzeptes für den Bibliothekspass beider Basel.</p>		<p>Für den Bibliothekspass wurde ein neues EDV-technisches Konzept entwickelt. Nun kann die Realisierung angegangen werden.</p>
<p>Nr. 6.13</p>	<p>Programmpunkt Kulturförderung</p> <p>Strategische Zielsetzungen Umsetzung der kulturpolitischen Zielsetzungen und Programme auf der Basis des vom Regierungsrat verabschiedeten Dossiers kultur.bl (September 2002).</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 6.13.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Subventionsverhältnis mit dem Gare du Nord 2005 - 2007 Überführung des Pilotbetriebs im Gare du Nord in ein ordentliches Subventionsverhältnis in der Höhe von 300'000 Franken pro Jahr. Ein Teil der Subvention wird kompensiert.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.17 Mio. Fr.</p>	<p>Die kontinuierliche Unterstützung der Gare du Nord im Rahmen eines ordentlichen Subventionsverhältnisses wurde auf 2007 verschoben. Sie erfolgte im Rahmen der Kompetenzordnung auf der Basis einer vom Regierungsrat bewilligten Verfügung.</p>
<p>Nr. 6.13.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Betriebskonzept Römisches Theater in der Römerstadt Augusta Raurica Im Rahmen einer breit abgestützten Evaluation soll das künftige betriebliche Programmkonzept für das neue Theater in der Römerstadt Augusta Raurica entwickelt werden. Die Eröffnung und Bespielung ist ab Mitte 2007 geplant.</p>		<p>Der Entwurf des Betriebskonzeptes ist erstellt und befindet sich bei den verschiedenen Partnern und Institutionen in der Vernehmlassung. Die Planung für die Eröffnung des Römischen Theaters im Juli 2007 ist in Planung.</p>
<p>Nr. 6.13.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Kulturpolitisches Verhältnis Kanton - Gemeinden Das Zusammenspiel zwischen den Akteuren im kulturpolitischen Kontext zwischen Baselbieter Veranstaltern, Kanton und Gemeinden - auch unter Beizug der Stadt Basel - soll im Rahmen einer gemeinsamen Plattform neu definiert werden.</p>		<p>Mit dem Auftrag zur Erarbeitung eines Konzeptes für die Abgeltung von kulturellen Zentrumsleistungen im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen sind erste Überlegungen für den Einbezug der Gemeinden in eine kulturpolitische Partnerschaft mit dem Kanton erfolgt. Die Planung wird 2006 konkretisiert.</p>

<p>Nr. 6.13.06</p>	<p>Einzelne Massnahme Revision des Kulturförderungsgesetzes aus dem Jahre 1963 Das bestehende Gesetz über die "Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen" soll an die bestehende Kulturförderstruktur angepasst und nach den WoV-Kriterien neu formuliert werden (Motion2003 / 090).</p>		<p>Die Vorarbeiten für eine Projektorganisation sind abgeschlossen. Im Rahmen einer Standortbestimmung des Amtes für Kultur wurden die kulturpolitischen Eckwerte für die Jahre 2006 - 2010 festgelegt. Sie sollen mit Blick auf die Revision der Leitbilder Museum und Bibliothek in die Konkretisierung der Gesetzesrevision einfließen. Ebenfalls berücksichtigt wurde das Postulat 2005 / 182. Ein erster Bericht soll bis Juni 2006 vorliegen.</p>
--------------------	--	--	--

Teil Sport

<p>Nr. 6.14</p>	<p>Programmpunkt Sport</p> <p>Strategische Zielsetzungen Konzept für Bewegung und Sport: Das Konzept definiert die Bewegungs- und Sportpolitik im Kanton Basel-Landschaft und beinhaltet sechs Hauptziele. Dabei stehen die Bewegungsförderung der bisher Bewegungsinaktiven sowie die Überprüfung und Sicherstellung der Qualität im Schulsport im Zentrum.</p> <p>Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 2): Das Konzept KASAK 2 beinhaltet die Weiterführung der kantonalen Sportanlagenpolitik und hat zum Ziel, auf dem Kantonsgebiet ein qualitativ und quantitativ gutes Sportanlagenangebot zu erhalten oder zu erreichen. Mit dem zur Verfügung stehenden Verpflichtungskredit können der Bau oder die Sanierung von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung mit Kantonsbeiträgen unterstützt werden.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 6.14.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Konzept für Bewegung und Sport Schrittweise Umsetzung des regierungsrätlichen Konzeptes für Bewegung und Sport mit ersten Aktionen für bisher Bewegungsinaktive und diversen Aktivitäten im Schulsport (erstmalige Durchführung des Schweizerischen Schulsporttages im Kanton Basel-Landschaft, Qualitätsüberprüfung im Sportunterricht).</p> <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit Total: 1.4 Mio. Fr. für die Jahre 2005 - 2008 (Konto 2590.317.90).</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.35 Mio. Fr.</p>	<p>Die Vorlage Konzept für Bewegung und Sport mit dem dazu gehörenden Verpflichtungskredit von 1.12 Millionen Franken für die Jahre 2005 - 2008 wurde am 22. September 2005 vom Landrat genehmigt und am 25. November 2005 für rechtskräftig erklärt. Die Umsetzung wird erst ab 2006 in Angriff genommen. Aus diesem Grund wurden im Jahr 2005 keine Mittel für dieses Projekt beansprucht. Die erstmalige Durchführung des Schweizerischen Schulsporttages im Kanton Basel-Landschaft mit mehr als 3'000 Schülerinnen und Schülern aus allen Landesteilen war ein grosser Erfolg.</p>

<p>Nr. 6.14.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 2) Umsetzung der Landratsvorlage. Kantonsbeiträge an Sanierungen oder Neubauten von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung.</p> <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit Total: 20 Mio. Fr. für die Jahre 2005 - 2009 (Konto 2590.562.10).</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 3.55 Mio. Fr.</p>	<p>Der Landrat hat am 3. November 2005 die Vorlage und den dazu gehörenden Verpflichtungskredit in der Höhe von 12 Millionen Franken für die Jahre 2005 - 2009 genehmigt. Rechtskräftig werden diese Mittel erst Mitte Januar 2006. Die Tatsache, dass bis Ende Jahr 2005 bei der Fachkommission KASAK bereits 16 neue Gesuche eingereicht wurden, zeigt das grosse Bedürfnis für Unterstützungsbeiträge an Sportanlagen von kantonaler und überkommunaler Bedeutung. Erste Priorität hat die Erstellung von Kunstrasenspielfeldern.</p>
<p>Nr. 6.14.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Finanzierungsverhältnis Bund - Kanton bei Jugend + Sport Der Bund streicht im Rahmen der Sparmassnahmen den Förderbeitrag an die Kantone für ihre Aktivitäten für Jugend + Sport. Der Kanton kompensiert diesen ausbleibenden Betrag durch verschiedene Massnahmen (erhöhte Teilnahmegebühren oder Einsparungen bei Kursen, Umstrukturierung von Jugendsport Baselland).</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.13 Mio. Fr.</p>	<p>Die verschiedenen getroffenen Kompensationsmassnahmen konnten den gestrichenen Förderbeitrag nicht auffangen. Der Hauptgrund ist aus Sicht der Förderung des Jugendsportes erfreulich: Auch im Jahr 2005 ist die Anzahl an Aktivitäten der Nachwuchs-Sportvereine weiter angestiegen. Zudem konnten weitere JSBL-Leitende neu für den Sportunterricht mit unter 10-jährigen Kindern ausgebildet werden.</p>
<p>Nr. 6.14.06</p>	<p>Einzelne Massnahme UNO-Jahr des Sportes und der Sporterziehung Zum internationalen Jahr des Sportes und der Sporterziehung werden im Kanton Basel-Landschaft verschiedene Aktivitäten durchgeführt. Hauptsächliche Ziele sind die Förderung von "Bildung, Gesundheit, Entwicklung und Frieden durch Sport und Sportunterricht".</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.1 Mio. Fr. (Lotteriefonds)</p>	<p>42 Veranstaltungen oder Projekte, die eigens aus Anlass des Internationalen Jahres des Sportes und der Sporterziehung durchgeführt wurden, konnten mit Mitteln aus dem Sport-Fonds unterstützt werden. Dabei handelte es sich fast ausschliesslich um Aktivitäten von Baselbieter Gemeinden, in denen nieder schwellige Bewegungsangebote ausgetragen wurden. Von den zur Verfügung stehenden Mitteln aus dem Sport-Fonds (100'000 Franken) wurden rund 32'000 Franken in Anspruch genommen.</p>

Teil 7 Landeskanzlei (LAKA)

Zitat

"Die politische Führungsaufgabe von Parlament und Regierung wirksam unterstützen!"

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Die Herausforderungen unserer Zeit an den Staat lassen sich nur bewältigen, wenn Regierung und Parlament möglichst optimal zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit, die jeder Behörde ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Für diese Aufgabe ist die Landeskanzlei prädestiniert, weil sie als zentrale Stabstelle die rechtlichen und politischen Zusammenhänge und Spielregeln kennt und gute Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits hat. Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal ausgenutzt werden.

Die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationsverpflichtungen ist eine Kernaufgabe der Landeskanzlei. Ein besonderer Höhepunkt in der Reihe dieser offiziellen Anlässe wird im Jahre 2005 die Feier zu Ehren des neu gewählten Nationalratspräsidenten 2006 sein. Nationalrat Claude Janiak, Binningen, wird erst der dritte Baselbieter sein, welcher das Amt des "höchsten Schweizers" bekleiden wird. Mit einer gelungenen Nationalratspräsidenten-Feier will sich unser Kanton nach innen und nach aussen als starkes und solidarisches Mitglied der schweizerischen Eidgenossenschaft präsentieren.

<p>Nr. 7.01</p>	<p>Programmpunkt Parlamentdienste</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei unterstützt die Arbeit des Landrates optimal, indem sie wirkungsvolle, den Bedürfnissen des Parlamentes und seiner Organe entsprechende Dienstleistungen erbringt.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>
<p>Nr. 7.01.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Überprüfung der Dienstleistungen für den Landrat Im Rahmen der weiteren Arbeit der landrätlichen Spezialkommission "Parlament und Verwaltung" sollen die Regelungen und Instrumente des seit 1995 geltenden Landratsgesetzes und der Geschäftsordnung und insbesondere die Dienstleistungen der Parlamentsdienste im Lichte der gemachten Erfahrungen und der möglichen künftigen Entwicklungen überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.</p>	<p>Die Spezialkommission hat ihren Bericht am 6. Juni 2005 verabschiedet. Das Parlament hat der entsprechenden Änderung der Geschäftsordnung des Landrates mit verschiedenen Änderungen am 1. Dezember 2005 zugestimmt.</p>
<p>Nr. 7.01.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Verbesserung der technischen Infrastruktur für den Landrat Mit Massnahmen wie der Installation einer elektronischen Abstimmungsanlage, einer verbesserten Lautsprecheranlage und einer Videoanlage im Landratssaal sowie eventuell weiteren technischen und baulichen Massnahmen werden die Arbeitsbedingungen für den Landrat und seine Organe den Bedürfnissen des Parlamentes entsprechend verbessert.</p> <p>Landratsvorlage 2003 / 321 Total: Fr. 0.62 Mio. (Konto 2320.503.30.251) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 0.0 Mio. Budget 2004: Fr. 0.0 Mio. Budget 2005: Fr. 0.0 Mio.</p>	<p>Die elektronische Abstimmungsanlage und die erneuerte Lautsprecheranlage im Landratssaal sind seit Beginn des Amtsjahres 2005 / 2006 (Landratssitzung vom 8. September 2005) in Betrieb.</p>

<p>Nr. 7.02</p>	<p>Programmpunkt E-Government / Publikationen</p> <p>Strategische Zielsetzungen Unter Electronic Government wird die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Redigieren und Verwalten durch Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien verstanden. Die Chancen und Risiken von E-Government sollen im Kanton Basel-Landschaft weiterhin durch vertiefte Zusammenarbeit mit dem Bund und den Gemeinden sowie durch die sorgfältige Prüfung und Realisierung von neuen Kunden orientierten Anwendungen optimiert werden.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 7.02.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Betrieb und Ausbau des Guichet virtuel Die Internet-Plattform Guichet virtuel von Bund, Kantonen und Gemeinden wird in den Dauerbetrieb überführt und soll weiter ausgebaut werden. Allerdings haben sich nicht alle Erwartungen erfüllen lassen. Der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft soll weiterhin in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden Anwender orientiert und Kosten bewusst ausgebaut werden.</p> <p>Finanzielle Auswirkungen 2005: Fr. 43'000.- (Konto 2005.318.81)</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.043 Mio. Fr.</p>	<p>Dank der Realisierung weiterer Einsparungsmöglichkeiten konnte der Aufwand für den Dauerbetrieb des Guichet virtuel verringert werden, so dass sich die Beiträge der Kantone für das Jahr 2005 halbierten.</p>
<p>Nr. 7.02.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Wechsel des EDV-Betriebssystems Alle von der Landeskanzlei betriebenen EDV-Installationen sind auf das Betriebssystem "Windows XP" umzurüsten. Dies bedingt auch die Anpassung verschiedener Anwendungsprogramme.</p> <p>Finanzielle Auswirkungen 2005: Fr. 60'400.-- (Konto 2005.311.80)</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.060 Mio. Fr.</p>	<p>Erfüllt.</p>
<p>Nr. 7.03</p>	<p>Programmpunkt Archivierung</p> <p>Strategische Zielsetzungen Im Interesse der Rechtssicherheit, des Schutzes der Grundrechte, der rationellen Verwaltungsführung und der Forschung soll die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns auch unter den neuen Anforderungen der Informationsgesellschaft sichergestellt werden.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	

Nr. 7.03.01	<p>Einzelne Massnahme Überarbeitung der Archivgesetzgebung Nach der Rückweisung des Entwurfes zu einem neuen Archivgesetz ist die Normierung zum Archivwesen gemäss Auftrag des Landrates überarbeitet worden. Der bereinigte Entwurf wird dem Landrat zur Beratung unterbreitet werden.</p>		Das überarbeitete Archivierungsgesetz ist dem Landrat am 5. Juli 2005 zur Beratung und Beschlussfassung überwiesen worden.
Nr. 7.03.02	<p>Einzelne Massnahme Realisierung des Projekts Um- und Ausbau des Staatsarchivs Mit dem Um- und Ausbau des Staatsarchivs in Liestal soll die infrastrukturelle Voraussetzung für die sichere und fachgerechte Langzeitaufbewahrung und die benutzerfreundliche Konsultation der archivierten Unterlagen geschaffen werden. Mittels eines neu konzipierten Kulturgüterschutzraumes soll zudem ein Totalverlust von Kulturgut durch Feuer oder Wasser möglichst verhindert werden.</p> <p>Landratsbeschluss vom 10. 6. 2004 Total: Fr. 15.4 Mio. (Konto 2320.503.30-226) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 0.18 Mio. Budget 2004: Fr. 2.0 Mio. Budget 2005: Fr. 2.5 Mio.</p>		Der Um- und Ausbau des Staatsarchivs ist termingerecht im Gange.
Nr. 7.04	<p>Programmpunkt Regionale Zusammenarbeit</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die regionale Zusammenarbeit gewinnt in vielen Bereichen an Bedeutung. Die Landeskanzlei vernetzt und unterstützt den Geschäftsverkehr zwischen den beteiligten politischen Behörden. Im Vordergrund stehen die Beziehungen zu Basel-Stadt, die Beziehungen zu den Mitgliedern der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und die Beziehungen zu den französischen und deutschen Gebietskörperschaften der Oberrheinischen Regierungskonferenz.</p>	Amtsbericht 2005	
Nr. 7.04.01	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung der neuen Vereinbarung über die Nordwestschweizer Regierungskonferenz Die Arbeit im Rahmen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz soll wirkungsvoller werden. Vor allem soll auch die Vertretung von Interessen der Nordwestschweiz gegenüber Bundesbern intensiviert werden. Wichtige Geschäfte der Konferenz der Kantonsregierungen sollen durch den Arbeitsausschuss und eine ständige Arbeitsgruppe der Nordwestschweizer Regierungskonferenz vorbesprochen und optimal koordiniert werden.</p>		Erfüllt.

<p>Nr. 7.05</p>	<p>Programmpunkt Volkswahlen und -abstimmungen</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei nimmt eine zentrale Rolle ein bei der Vorbereitung und Durchführung von Volkswahlen und -abstimmungen.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>
<p>Nr. 7.05.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Vorbereitung einer Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte</p> <p>Das Gesetz über die politischen Rechte ist zu evaluieren und in verschiedenen Teilen neueren Entwicklungen anzupassen. Dies soll in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden geschehen. Das teilweise revidierte Gesetz soll ermöglichen, Volkswahlen und -abstimmungen reibungslos und in Zukunft mit möglichst etwas verringertem administrativen Aufwand durchführen zu können.</p>	<p>Die Vorlage ist dem Landrat am 13. Dezember 2005 zur Beratung und Beschlussfassung überwiesen worden.</p>

Amtsbericht 2005

Teil 8 Antrag

Der Regierungsrat ersucht den Landrat um Prüfung und Genehmigung des Amtsberichtes 2005 des Regierungsrates.

Liestal, 31. Januar 2006

Im Namen des Regierungsrates:

Die Präsidentin: Elsbeth Schneider-Kenel

Der Landschreiber: Walter Mundschin

Beilagen: Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)

Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

1 Anfragen aus dem Landrat

Der Regierungsrat hat im Jahr 2005 die folgenden Vorstösse im Landrat mündlich oder schriftlich beantwortet:

1.1 Interpellationen

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2004/223	Interpellation von Margrit Blatter vom 9. September 2004: Hyperaktive Kinder, ADHS, Abgabe von Ritalin und die Krankenkasse wird zur Kasse gebeten. Schriftliche Antwort vom 21. Dezember 2004	erledigt	13/01/2005
2005/022	Interpellation der FDP-Fraktion vom 20. Januar 2005: Lässt die SWISS die Nordwestschweiz hängen?	beantwortet	20/01/2005
2004/277	Interpellation der SVP-Fraktion vom 28. Oktober 2004: Verkehrserziehung im Kanton Basel-Landschaft	beantwortet	20/01/2005
2004/222	Interpellation von Esther Maag vom 9. September 2004: Parkplätze Mühlematt. Schriftliche Antwort vom 2. November 2004	erledigt	03/02/2005
2004/156	Interpellation von Simone Abt vom 24. Juni 2004: Entscheid des Nationalrates: Strafrechtliche Verfolgung von Cannabis-KonsumentInnen statt Jugendschutz und Opportunitätsprinzip. Schriftliche Antwort vom 16. November 2004	erledigt	03/02/2005
2004/246	Interpellation von Jürg Degen vom 23. September 2004: Auswirkungen des Entlastungsprogramms 2004 des Bundes auf den öffentlichen Verkehr in der Region. Schriftliche Antwort vom 2. November 2004	erledigt	03/02/2005
2005/039	Interpellation von Etienne Morel vom 3. Februar 2005: "Da hat es ja doppelt so viele Polizisten wie Demonstranten"	beantwortet	24/02/2005
2004/200	Interpellation von Martin Rüegg vom 9. September 2004: Gewalt rund um den Bahnhof Gelterkinden	beantwortet	24/02/2005
2004/225	Interpellation von Bruno Steiger vom 9. September 2004: Verschwendungsreislein nach Holland	beantwortet	24/02/2005
2004/291	Interpellation von Urs Hammel vom 11. November 2004: Kampf gegen Schwarzarbeit und Lohndumping. Schriftliche Antwort vom 4. Januar 2005	erledigt	24/02/2005
2005/054	Interpellation von Jacqueline Halder vom 24. Februar 2005: Trinkwasser bedroht?. Schriftliche Antwort vom 1. März 2005	erledigt	10/03/2005
2005/038	Interpellation von FDP-Fraktion vom 3. Februar 2005: Neuer Lohnausweis. Schriftliche Antwort vom 1. März 2005	erledigt	10/03/2005
2004/304	Interpellation von Eugen Tanner vom 25. November 2004: Studienbeiträge für "ältere Semester"	beantwortet	10/03/2005
2004/290	Interpellation von Thomas Schulte vom 11. November 2004: Steuerlicher Anreiz bei der Einstellung von Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit. Schriftliche Antwort vom 25. Januar 2005	erledigt	10/03/2005
2004/221	Interpellation von Jacqueline Simonet vom 9. September 2004: Sportklassen. Schriftliche Antwort vom 30. November 2004	erledigt	10/03/2005

Amtsbericht 2005

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2004/323	Interpellation der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Stand der Umsetzung des Besonderen Untersuchungsrichteramt (BUR) sowie den zusätzlichen Finanzermittlern bei der Polizei. Schriftliche Antwort vom 13. April 2005	erledigt	21/04/2005
2004/303	Interpellation von Ursula Jäggi vom 25. November 2004: "futuro"? Schriftliche Antwort vom 18. Januar 2004	erledigt	12/05/2005
2004/320	Interpellation von Philipp Schoch vom 8. Dezember 2004: Verkehrserschliessung Pratteln Mitte	beantwortet	12/05/2005
2004/326	Interpellation von Georges Thüring vom 8. Dezember 2004: Verkehrsbelastung und Gefahrentransporte im Laufental. Schriftliche Antwort vom 1. März 2005	erledigt	12/05/2005
2004/321	Interpellation der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Reduktion des Planungsaufwandes im ARP. Schriftliche Antwort vom 22. März 2005	erledigt	12/05/2005
2005/015	Interpellation der Grünen-Fraktion vom 13. Januar 2005: Asbest in Kindergärten und Schulhäusern. Schriftliche Antwort vom 1. März 2005	erledigt	12/05/2005
2005/014	Interpellation von Agathe Schuler vom 13. Januar 2005: Folgerungen aus den Resultaten der zweiten PISA-Studie. Schriftliche Antwort vom 19. April 2005	erledigt	26/05/2005
2004/322	Interpellation der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Nichtparlamentarische Kommissionen. Schriftliche Antwort vom 22. März 2005	erledigt	26/05/2005
2005/012	Interpellation von Dieter Völlmin vom 13. Januar 2005: Standards für den Lastenausgleich zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Schriftliche Antwort vom 8. März 2005	erledigt	26/05/2005
2005/028	Interpellation der FDP-Fraktion vom 20. Januar 2005: Aufgabenüberprüfung BKSD (im Zusammenhang mit GAP). Schriftliche Antwort vom 12. April 2005	erledigt	26/05/2005
2004/325	Interpellation der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Islam - Parallelgesellschaft in unserer Demokratie?. Schriftliche Antwort vom 1. März 2005	erledigt	26/05/2005
2005/049	Interpellation von Hans Jermann vom 3. Februar 2005: Basisstufe für den Kindergarten und die 1./2. Primarstufe?. Schriftliche Antwort vom 19. April 2005	erledigt	26/05/2005
2005/016	Interpellation von Etienne Morel vom 13. Januar 2005: Staatskundeunterricht. Schriftliche Antwort vom 3. Mai 2005	erledigt	26/05/2005
2005/013	Interpellation von Bea Fünfschilling vom 13. Januar 2005: Orientierungsarbeiten 2004 in Mathematik. Schriftliche Antwort vom 5. April 2005	erledigt	26/05/2005
2004/324	Interpellation der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Verwertung polizeilich oder untersuchungsrichterlich eingezogener Vermögenswerte. Schriftliche Antwort vom 4. April 2005	erledigt	22/09/2005
2005/132	Interpellation der SP-Fraktion vom 12. Mai 2005: Zwang zur Schliessung der Deckungslücke bei öffentlich-rechtlichen Pensionskassen?. Schriftliche Antwort vom 27. September 2005	erledigt	20/10/2005

Amtsbericht 2005

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2005/050	Interpellation von Hans Jermann vom 3. Februar 2005: Gelder aus der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA). Schriftliche Antwort vom 12. April 2005	erledigt	27/10/2005
2005/190	Interpellation der FDP-Fraktion vom 23. Juni 2005: Läuferfingerli - Bahn oder Busbetrieb?. Schriftliche Antwort vom 13. September 2005	erledigt	27/10/2005
2005/254	Interpellation von Karl Willimann vom 22. September 2005: Gemeinsames Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) BL/BS: Standortdiktat des Grossen Rates BS befremdet	beantwortet	27/10/2005
2005/134	Interpellation von Jacqueline Simonet vom 12. Mai 2005: Planung der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSABB). Schriftliche Antwort vom 5. Juli 2005	erledigt	27/10/2005
2005/239	Interpellation von Thomas de Courten vom 8. September 2005: Stopp der Verhinderungspolitik des VCS im Baselbiet. Schriftliche Antwort vom 27. September 2005	erledigt	03/11/2005
2005/079	Interpellation von Daniel Münger vom 10. März 2005: Valora / Kiosk AG: Massive Verletzung der Arbeitnehmenden-Schutzbestimmungen?. Schriftliche Antwort vom 12. April 2005	erledigt	03/11/2005
2005/071	Interpellation von Madeleine Göschke vom 24. Februar 2005: Grenzfall oder Grenzüberschreitung? Schriftliche Antwort vom 3. Mai 2005	erledigt	17/11/2005
2005/301	Interpellation der SP-Fraktion vom 17. November 2005: Chienberg: Kein Licht am Ende des Kostentunnels?	beantwortet	17/11/2005
2005/118	Interpellation von Eva Chappuis vom 21. April 2005: Stellenbesetzung beim Kanton. Schriftliche Antwort vom 14. Juni 2005	erledigt	17/11/2005
2005/067	Interpellation von Annemarie Marbet vom 24. Februar 2005: Gesamtkonzept "Familienfragen". Schriftliche Antwort vom 3. Mai 2005	erledigt	17/11/2005
2005/070	Interpellation von CVP/EVP-Fraktion vom 24. Februar 2005: Verrechnungssteuer. Schriftliche Antwort vom 12. April 2005	erledigt	17/11/2005
2005/119	Interpellation von Rita Bachmann vom 21. April 2005: Auszahlung der Prämienverbilligung. Schriftliche Antwort vom 5. Juli 2005	erledigt	17/11/2005
2005/086	Interpellation von Peter Zwick vom 10. März 2005: Erdbebenversicherung. Schriftliche Antwort vom 5. Juli 2005	erledigt	17/11/2005
2005/087	Interpellation von Ivo Corvini vom 10. März 2005: Avenir Suisse-Studie "Baustelle Föderalismus". Schriftliche Antwort vom 7. Juni 2005	erledigt	17/11/2005
2005/029	Interpellation von Jacqueline Halder vom 20. Januar 2005: Deponie Roemisloch. Schriftliche Antwort vom 22. März 2005	erledigt	01/12/2005
2005/048	Interpellation von Dieter Völlmin vom 3. Februar 2005: Diskussion um die Deponie Roemisloch. Schriftliche Antwort vom 22. März 2005	erledigt	01/12/2005

Erläuterungen

beantwortet = mündliche Antwort des Regierungsrates
erledigt = schriftliche Antwort des Regierungsrates

1.2 Schriftliche Anfragen

G-Nr.	Geschäftstitel	Antwort
2004/328	Schriftliche Anfrage von Heinz Aebi vom 8. Dezember 2004: Rechtssicherheit und Verkehrssicherheit	05/07/2005
2005/166	Schriftliche Anfrage von Annemarie Marbet vom 9. Juni 2005: Kompetenzen des Regierungsrates	20/12/2005

1.3 Unbeantwortete Schriftliche Anfragen

G-Nr.

Keine

1.4 Mündliche Anfragen (Fragestunde)

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2005/018	Bericht der Landeskanzlei vom 18. Januar 2005: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 20. Januar 2005	alle Fragen (5) beantwortet	20/01/2005
2005/033	Bericht der Landeskanzlei vom 1. Februar 2005: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 3. Februar 2005	alle Fragen (4) beantwortet	03/02/2005
2005/075	Bericht der Landeskanzlei vom 8. März 2005: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 10. März 2005	alle Fragen (3) beantwortet	10/03/2005
2005/093	Bericht der Landeskanzlei vom 5. April 2005: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 7. April 2005	alle Fragen (2) beantwortet	07/04/2005
2005/124	Bericht der Landeskanzlei vom 10. Mai 2005: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 12. Mai 2005	alle Fragen (2) beantwortet	12/05/2005
2005/156	Bericht der Landeskanzlei vom 7. Juni 2005: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 9. Juni 2005	alle Fragen (9) beantwortet	09/06/2005
2005/246	Bericht der Landeskanzlei vom 20. September 2005: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 22. September 2005	alle Fragen (5) beantwortet	22/09/2005
2005/287	Bericht der Landeskanzlei vom 1. November 2005: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 3. November 2005	alle Fragen (7) beantwortet	03/11/2005

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2005/306	Bericht der Landeskanzlei vom 30. November 2005: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 1. Dezember 2005	alle Fragen (5) beantwortet	01/12/2005

2 Aufträge des Landrates

2.1 Im Jahre 2005 abgeschriebene Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2003/293	Motion von Hanspeter Frey vom 27. November 2003: Kein vorzeitiger Ausstieg aus dem Pilotprojekt DEEP HEAT MINING	abgeschrieben; überwiesen	20/01/2005	2004/188
2003/066	Postulat von Urs Wüthrich vom 20. Februar 2003: Lehrstellenoffensive	abgeschrieben; überwiesen	20/01/2005	2004/253
2003/294	Motion von Madeleine Göschke vom 27. November 2003: Basellandschaftliche Beteiligung am Basler Geothermie-Projekt	abgeschrieben; überwiesen	20/01/2005	2004/188
2003/065	Postulat von Urs Wüthrich vom 20. Februar 2003: "wie weiter 2" - subito!	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	20/01/2005	2004/254
2003/220	Postulat von Dieter Völlmin vom 18. September 2003: Verkehrssicherheit durch Verkehrserziehung	abgeschrieben; überwiesen	20/01/2005	2004/252
2002/302	Postulat von Eric Nussbaumer vom 28. November 2002: Bekanntmachung der KandidatInnen bei der Urnenwahl von RichterInnen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	03/02/2005	2004/228
1999/189	Postulat der FDP-Fraktion vom 16. September 1999: Zukunftsgerichteter, attraktiver und kostengünstiger öffentlicher Verkehr Nordwestschweiz	abgeschrieben; überwiesen	03/02/2005	2004/238
1989/318	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. Dezember 1989: Rasche etappenweise Realisierung der Regio-S-Bahn	abgeschrieben; überwiesen	03/02/2005	2004/238
2004/249	Postulat der Grünen Fraktion vom 23. September 2004: Zusammenlegung der Abteilungen für Militär und Zivilschutz der beiden Basel	überwiesen und abgeschrieben	24/02/2005	
2004/212	Postulat der SP-Fraktion vom 9. September 2004: Einbezug der künftig nicht genutzten Gebäudeteile der Kaserne Liestal in die Planungsarbeit des Kantons	überwiesen und abgeschrieben	24/02/2005	
2004/258	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. Oktober 2004: Projekt-Management	überwiesen und abgeschrieben	10/03/2005	

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
1998/250	Postulat von Daniel Wyss vom 26. November 1998: Massnahmen zur Vermeidung von Feinstaub	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	12/05/2005	2004/234
2001/300	Postulat von Ruedi Brassel vom 13. Dezember 2001: Interdisziplinäres Zentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung	abgeschrieben; überwiesen	12/05/2005	2005/035
1988/005	Motion von Ruth Heeb vom 11. Januar 1988: Einführung eines Taggeldes für einkommensschwache erwerbstätige und nicht erwerbstätige Mütter	abgeschrieben; überwiesen	26/05/2005	2005/041
2000/223	Postulat einer Überparteilichen Petition für kantonale Mutterschafts-/Vaterschaftsbeihilfen "Mutterschaftsbeiträge endlich auch im Baselbiet" vom 6. Januar 2000	abgeschrieben; Petition als Postulat überwiesen	26/05/2005	2005/041
2004/015	Verfahrenspostulat von Etienne Morel vom 22. Januar 2004: Für ein rauchfreies Regierungsgebäude!	abgeschrieben; überwiesen	26/05/2005	2005/041
2002/097	Postulat von Heinz Aebi vom 18. April 2002: Sanierung bzw. Aufhebung von unbewachten Bahnübergängen auf der SBB-Linie zwischen Grellingen und Soyhières	abgeschrieben; überwiesen	26/05/2005	2005/041
2004/023	Postulat von Christoph Rudin vom 5. Februar 2004: Einsetzung einer interkantonalen parlamentarischen Begleitkommission Fachhochschule Nordwestschweiz (§ 64 Abs. 3 KV)	abgeschrieben; überwiesen	26/05/2005	2005/041
1991/195	Postulat der Geschäftsprüfungskommission vom 9. September 1991: Neubau der Schule für Spitalberufe	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	26/05/2005	2005/041
2003/281	Postulat von Dieter Schenk vom 13. November 2003: Schaffung regionaler Verkehrskonferenzen	abgeschrieben; überwiesen	26/05/2005	2005/041
2000/132	Postulat von Ruedi Moser vom 8. Juni 2000: Sanierung und Vermeidung von weiterem Bahnlärm in Pratteln	abgeschrieben; Mot als Postulat (modifiziert) überwiesen	26/05/2005	2005/041
1988/006	Motion von Susanne Leutenegger Oberholzer vom 11. Januar 1988: Ausrichtung von Beiträgen an kleinkinderbetreuende Mütter oder Väter (sog. Mutterschaftsbeiträge)	abgeschrieben; überwiesen	26/05/2005	2005/041
2002/325	Postulat von Robert Ziegler vom 11. Dezember 2002: Verwirkungsfrist bei der Prämienverbilligung gemäss KVG	abgeschrieben; überwiesen	26/05/2005	2005/041
2004/025	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. Februar 2004: Bericht über gemeinsame Trägerschaft der UNI	abgeschrieben; überwiesen	26/05/2005	2005/041
2003/046	Postulat von Eric Nussbaumer vom 6. Februar 2003: Nutzung des Adlertunnels für alle Nacht-Güterzüge	abgeschrieben; überwiesen	26/05/2005	2005/041

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2004/226	Verfahrenspostulat von Karl Willimann vom 9. September 2004: Laufende Aktualisierung und Bekanntgabe der bewilligten Landratskredite	abgeschrieben; überwiesen	26/05/2005	2005/041
2004/316	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Keine Duldung von undemokratischen Parallelgesellschaften	überwiesen und abgeschrieben	26/05/2005	
2000/214	Postulat der Petitionskommission vom 2. November 2000: Kantonale Mutterschafts- und Vaterschaftsbeihilfen	abgeschrieben; überwiesen	26/05/2005	2005/041
1997/129	Postulat von Rudolf Keller vom 19. Juni 1997: Anpassung der ins Ausland bezahlten Kinderzulagen an die Kaufkraft in den Empfängerländern	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	09/06/2005	2004/332
2000/240	Postulat von Eva Chappuis vom 30. November 2000: Kinder- und Ausbildungszulagen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	09/06/2005	2004/332
2002/033	Postulat von Urs Baumann vom 7. Februar 2002: Vermeidung von unliebsamen Überraschungen bei Institutionen mit Globalbudget	überwiesen und abgeschrieben	23/06/2005	
2003/152	Postulat von Uwe Klein vom 19. Juni 2003: Halbierung der bürokratischen Lasten	abgeschrieben; überwiesen	23/06/2005	2005/076
2001/003	Postulat der SP-Fraktion vom 11. Januar 2001: Mener à bien - Erleichterte Einbürgerung für Jugendliche	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	22/09/2005	2005/091
2002/230	Postulat von Dieter Völlmin vom 19. September 2002: Vermeidung der Mehrfachbestrafung bei SVG-Verstössen	abgeschrieben; überwiesen	22/09/2005	2004/331
1998/221	Postulat von Peter Brunner vom 29. Oktober 1998: Kontrollberichte und Analysen des Bundesgerichts über die Urteilspraxis der Baselbieter Gerichte	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	22/09/2005	2005/106
1994/169	Postulat von Roland Meury vom 5. September 1994: Erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen der so genannten "zweiten Generation"	abgeschrieben; überwiesen	22/09/2005	2005/091
2002/078	Postulat von Esther Maag vom 14. März 2002: Verhaltenskodex	abgeschrieben; überwiesen	22/09/2005	2005/107
1994/175	Postulat von Klaus Hiltmann vom 5. September 1994: Einbürgerungs-Erleichterung für Jugendliche der zweiten Ausländergeneration	abgeschrieben; überwiesen	22/09/2005	2005/091
1999/137	Postulat der SP-Fraktion vom 24. Juni 1999: Lockerung der Wohnsitzerfordernisses bei Einbürgerungen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	22/09/2005	2005/091

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2002/015	Postulat von Urs Baumann vom 24. Januar 2002: Ermittlung von wirtschaftlich interessanten Industrie- und Gewerbebezonen im Kanton Basel-Landschaft	abgeschrieben; überwiesen	20/10/2005	2005/074
1999/215	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. Oktober 1999: Alters- und Pflegeheimdekret - § 12 Finanzielle Leistungskraft, (Änderung der bisherigen Regelung bei der Berechnung der finanziellen Leistungskraft)	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	20/10/2005	2004/164
2001/112	Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aktive Landreservenpolitik für die Wirtschaftsförderung	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	20/10/2005	2005/074
2001/154	Motion von Rita Kohlermann vom 31. Mai 2001: Geriatrieplanung im Kanton Baselland	abgeschrieben; überwiesen	20/10/2005	2004/164
2003/193	Postulat von Karl Willimann vom 4. September 2003: Entlastung der Gemeinden beim Katasterwesen	abgeschrieben; überwiesen	27/10/2005	2005/155
2002/051	Postulat von Hildy Haas vom 28. Februar 2002: Reaktivierung der Buslinie 55, Hägendorf-Allerheiligenberg-Bärenwil-Langenbruck	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	27/10/2005	2005/196
2004/019	Verfahrenspostulat der SVP-Fraktion vom 5. Februar 2004: Überprüfung der Ombudsman-Stelle	abgeschrieben; überwiesen	27/10/2005	2005/253
2003/195	Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Verlängerung der Buslinie 33 nach Schönenbuch	abgeschrieben; überwiesen	27/10/2005	2005/196
2004/110	Postulat von Florence Brenzikofer vom 6. Mai 2004: Fahrplanentwurf 2005: Gelterkinden auf dem Abstellgleis?	abgeschrieben; überwiesen	27/10/2005	2005/196
2001/056	Postulat vom 16. März 2001: Verlängerung der Buslinie Hofstetten - Ettingen nach Aesch	abgeschrieben; Petition wird als Postulat überwiesen	27/10/2005	2005/196
2000/229	Postulat von Marc Joset vom 16. November 2000: Verlängerung der BLT-Buslinie 61 (bzw. 61A) nach Oberwil Dorf und Mühlematt Zentrum	abgeschrieben; überwiesen	27/10/2005	2005/196
2000/134	Postulat von Max Ribi vom 8. Juni 2000: Erhaltung bedienter Bahnhöfe im Kanton Basel-Landschaft	abgeschrieben; überwiesen	27/10/2005	2005/196
2000/197	Postulat von Peter Tobler vom 19. Oktober 2000: Neue Buslinie Aesch - Ettingen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	27/10/2005	2005/196
2005/007	Postulat der SVP-Fraktion vom 13. Januar 2005: Effilex: Aufhebung des Regierungsratsbeschlusses betreffend die Bekämpfung der Bisamratte	überwiesen und abgeschrieben	03/11/2005	

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2004/275	Postulat von Christian Steiner vom 28. Oktober 2004: Schliessung der Zweigstelle Laufen der kantonalen Steuerverwaltung	abgeschrieben; überwiesen	03/11/2005	2005/197
1997/191	Postulat von Peter Brunner vom 25. September 1997: Grundsätzliches Wahlrecht des Patienten beim Medikamentenbezug und Einführung einer margenunabhängigen Medikamentenverrechnung bei ärztlicher Selbstdispensation	abgeschrieben; überwiesen	03/11/2005	2004/181
2005/062	Postulat der SVP-Fraktion vom 24. Februar 2005: Aufhebung des Regierungsratsbeschlusses betreffend die Aufsicht über die Wohnverhältnisse ausländischer Arbeitnehmer	überwiesen und abgeschrieben	17/11/2005	
2005/024	Postulat von Rudolf Keller vom 20. Januar 2005: Neues Regionalbussystem Frenkendorf / Füllinsdorf / Lausen / Liestal - so nicht!	Mot als Postulat überwiesen und abgeschrieben	01/12/2005	
2005/104	Verfahrenspostulat von Elisabeth Schneider vom 7. April 2005: Tonbildschau über den Landrat	überwiesen und abgeschrieben	01/12/2005	
2003/151	Postulat von Max Ribi vom 19. Juni 2003: Komplizierte Gesetze -Komplizierte und teure Software -Teure Verwaltung, Einfache Gesetze - Einfache und billigere Software - Kostengünstigere Verwaltung	abgeschrieben; überwiesen	01/12/2005	2005/194
2002/298	Motion der SP-Fraktion vom 28. November 2002: Schaffung eines Rahmengesetzes für die Strukturen von überkantonalen öffentlich-rechtlichen Institutionen	überwiesen und abgeschrieben	01/12/2005	
2004/285	Motion von Urs Hintermann vom 11. November 2004: Rückerstattung von Unterhalt und Miete für bisherige Realschulbauten	abgeschrieben; überwiesen	14/12/2005	2005/172
1990/118	Postulat von Eva Rüetschi vom 17. Mai 1990: Änderung des § 134 des Schulgesetzes vom 26. April 1979	abgeschrieben; überwiesen	14/12/2005	2005/172
2005/094	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 7. April 2005: Vorgaben Budget 2006	abgeschrieben; überwiesen	15/12/2005	2005/251

Erläuterungen

überwiesen und abgeschrieben = in der gleichen Sitzung überwiesen und abgeschrieben
 abgeschrieben; überwiesen = am angegebenen Datum abgeschrieben; Überweisung zu einem früheren Zeitpunkt

2.2 Erfüllte Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
1990/136	Postulat von Ursula Bischof vom 28. Mai 1990: Sanierung der Vorderen Frenke zwischen Bubendorf (Talhaus) und Hölstein	2005/299

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
1996/179	Motion von Claude Janiak vom 5. September 1996: Erlass eines Gesetzes über das Archivwesen; Archivgesetz	2005/193
1998/036	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Februar 1998: Ausweisung finanzielle Folgen für Bürgerinnen und Bürger bei Gesetzes- und Dekretsvorlagen	2005/300
1999/198	Motion der SP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Ausarbeitung eines Berichts über die Staatsverschuldung und den allfälligen Abbau der Staatsschulden	2005/300
1999/202	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Überprüfung des Leistungsauftrages und der Struktur des Kantonalen Laboratoriums in Liestal	2005/179
2000/243	Postulat der Grünen-Fraktion vom 30. November 2000: Für eine langfristige regionale Gesundheits- und Spitalplanung	2005/250
2000/245	Postulat der Grünen-Fraktion vom 30. November 2000: Schaffung einer zeitlich befristeten Kommission zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt zur Erarbeitung einer kurzfristigen, mit Basel-Stadt koordinierten und zukunftsverträglichen Spitalplanung	2005/250
2000/260	Postulat der FDP-Fraktion vom 13. Dezember 2000: Erarbeitung einer koordinierten regionalen Spitalplanung	2005/250
2001/090	Motion von Bruno Krähenbühl vom 5. April 2001: Schaffung eines Gesetzes zur Förderung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung (Integrationsgesetz)	2005/174
2001/162	Postulat von Christoph Rudin vom 7. Juni 2001: Publikation der kantonalen Verwaltungs- und Gerichtsentscheide	2005/002
2001/296	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Dezember 2001: Massvolle Verschuldung - Gesunder Finanzhaushalt	2005/300
2002/069	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. März 2002: "Stopp der Kostenexplosion III" Konsequente Umsetzung § 35 Abs. 4 des Finanzhaushaltsgesetzes	2005/300
2002/074	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. März 2002: "Stopp der Kostenexplosion VI" Hoher Standard für Bauten und Anlagen	2005/021
2002/088	Postulat von Agathe Schuler vom 21. März 2002: Jugendliche rauchen immer früher	2005/004
2002/183	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Angemessene Berücksichtigung der privaten Trägerschaften bei der koordinierten regionalen Spitalplanung!	2005/250
2002/189	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Vertiefte Kostentransparenz und vergleichbare Betriebskostenrechnungen BL und BS	2005/250
2002/193	Motion von Madeleine Göschke vom 5. September 2002: Werbeverbot für Tabakwaren	2005/004
2002/194	Motion von Agathe Schuler vom 5. September 2002: Werbeverbot für Tabak und Alkoholgetränke auf Plakatwänden	2005/004
2002/197	Postulat von Eric Nussbaumer vom 5. September 2002: Statistische Auswertung der kantonalen Beschaffung	2005/111
2002/200	Postulat von Patrick Schäfli vom 5. September 2002: Öffentliche Beschaffungen im Baselbiet	2005/111
2002/229	Postulat der SP-Fraktion vom 19. September 2002: Nordwestschweizerisches Gesundheitskonkordat	2005/250
2002/252	Postulat von Madeleine Göschke vom 17. Oktober 2002: Kenntnis der zukünftigen medizinischen Schwerpunktbildung in der Schweiz als Voraussetzung der regionalen Spitalplanung	2005/250

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
2002/281	Motion von Fredy Gerber vom 14. November 2002: Konzept zur Einführung von Schnellrichterinnen und Schnellrichtern gegen die Massenkriminalität, insbesondere gegen den Drogenhandel	2005/243
2002/282	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 14. November 2002: Fremdplatzierung von Kindern in Gastfamilien	2005/150
2002/283	Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen	2005/150
2002/303	Motion der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Schuldenbremse	2005/300
2003/235	Postulat von Sabine Stöcklin vom 16. Oktober 2003: Regulierung medizinischer Grossgeräte	2005/250
2003/236	Postulat von Hildy Haas vom 16. Oktober 2003: Schaffung eines direktionsübergreifenden Publikationsorgans für die Kantonsverwaltung Baselland	2005/305
2004/068	Motion von Heinz Aebi vom 18. März 2004: Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte	2005/312
2004/090	Motion der FDP-Fraktion vom 1. April 2004: Kooperationsmodell zur Erhaltung der medizinischen Fakultät	2005/250
2004/130	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. Mai 2004: Alterslimiten bei politischen Aemtern im Kanton BL	2005/263
2004/208	Motion von Madeleine Göschke vom 9. September 2004: Zwei neue Grossspitäler auf engstem Raum?	2005/250
2004/289	Postulat von Thomas Schulte vom 11. November 2004: Öffentliche Beschaffungen: Schwellenwerte sind auszuschöpfen!	2005/111
2004/310	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Ausbildungsdarlehen statt Stipendien	2005/249
2005/056	Motion von Justiz- und Polizeikommission vom 24. Februar 2005: Lancierung einer Standesinitiative für die Strafbarkeit des Konsums von Kinderpornographie und anderer verbotener Pornographie	2005/265

Erläuterungen

Erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse

2.3 Mehr als ein Jahr alte Postulate seit der Überweisung

Über die Postulate, die nicht innert eines Jahres seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1991/279	Postulat von Annemarie Spinnler vom 11. Dezember 1991: Ausarbeitung einer Strassenrechnung von Kanton und Gemeinden	01/06/1992
1994/226	Postulat der SP-Fraktion vom 31. Oktober 1994: Anerkennung der Kinderbetreuungskosten als Gewinnungskosten im Steuerrecht	16/02/1995

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1994/242	Postulat von Danilo Assolari vom 10. November 1994: Milderung der unsozialen Auswirkungen der Gebührenerhebung nach dem Verursacherprinzip	16/02/1995
1995/066	Postulat von Peter Brunner vom 22. März 1995: Überprüfung der staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen und Dienstleistungen des Kantons (Standortbestimmung, Kantonsbeteiligung, Ziele, Führungsverantwortung usw.)	29/05/1995
1995/172	Postulat von Max Ribi vom 21. September 1995: Für verständliche Steuerabrechnungen	15/01/1996
1998/041	Postulat von Uwe Klein vom 19. Februar 1998: Vereinfachung des Gemeindesteuer-Einzuges bei juristischen Personen	14/05/1998
1998/153	Postulat der CVP-Fraktion vom 3. September 1998: Steuererleichterung für Familien	17/12/1998
2000/036	Postulat von Roland Plattner vom 10. Februar 2000: WoV und Ethik - ein Personalleitbild für die kantonale Verwaltung	13/04/2000
2000/049	Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidenten	19/10/2000
2000/187	Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags	30/11/2000
2000/246	Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton	11/01/2001
2001/228	Postulat der FDP-Fraktion vom 20. September 2001: Effiziente Prozesse bei der kantonalen Verwaltung	21/03/2002
2002/146	Postulat der CVP-Fraktion vom 6. Juni 2002: Gezielte Steuerentlastung für AHV-Rentnerinnen und- Rentnern mit kleinem Einkommen	06/02/2003
2002/143	Postulat von Remo Franz vom 6. Juni 2002: Stopp der Personalvermehrung	06/02/2003
2003/080	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. März 2003: Vorlage eines neuen Finanzierungskonzeptes zwecks - mindestens teilweiser - Beseitigung der vorhandenen Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse	19/06/2003
2003/039	Postulat der Grünen-Fraktion vom 6. Februar 2003: Nachtflugsperrung in Zürich verlangt Nachtflugsperrung in Basel	04/09/2003
2003/017	Postulat von Remo Franz vom 23. Januar 2003: Wie kommen die staatlichen Dienstleistungen an?	18/09/2003
2002/310	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Verrechnungsmöglichkeit von betrieblichen Verlusten mit Grundstücksgewinnen	30/10/2003
2002/309	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Abschaffung / Milderung der Kapitalsteuer bei juristischen Personen	30/10/2003
2002/308	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Milderung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung	30/10/2003
2002/306	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 28. November 2002: 600 Franken Kinderabzug vom Steuerbetrag	30/10/2003
2002/301	Postulat von Urs Wüthrich vom 28. November 2002: Steuerbelastung der Rentnerinnen und Rentner - wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen	30/10/2003
2002/304	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Erbschafts- und Schenkungssteuer bei der Unternehmensnachfolge	30/10/2003
2002/299	Postulat von Roland Laube vom 28. November 2002: Kinderabzug vom Steuerbetrag	30/10/2003

Amtsbericht 2005

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/237	Postulat der FDP-Fraktion vom 16. Oktober 2003: Evaluation der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann	13/11/2003
2003/119	Postulat von Urs Hintermann vom 22. Mai 2003: Anpassung des Verkehrssteuer-Rabatts	13/11/2003
2003/111	Postulat von Peter Meschberger vom 8. Mai 2003: Vereinfachung des Verfahrens für Steuererlassgesuche von Empfängerinnen und Empfänger von Ergänzungsleistungen und Sozialhilfen	13/11/2003
2003/123	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 22. Mai 2003: Der neue Lohnausweis, Kampf gegen die Bürokratie im KMU-Bereich	13/11/2003
2003/149	Postulat von Urs Baumann vom 19. Juni 2003: Bewahrung des AAA-Ratings des Kantons Basel-Landschaft durch Eindämmung des stetig steigenden Personalausbaues auf der Verwaltung	13/11/2003
2003/112	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg	13/11/2003
2003/120	Postulat von Esther Maag vom 22. Mai 2003: Aufhebung des Verkehrsteuerrabattes	13/11/2003
2004/051	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Februar 2004: Aktive Vertretung der beiden Basel in Bern	09/09/2004
2004/106	Postulat von Jürg Wiedemann vom 22. April 2004: Einkommen unterhalb des Schwellenwertes	09/09/2004
2004/049	Postulat der SP-Fraktion vom 19. Februar 2004: Ergänzung des Dekrets zum Finanzhaushaltsgesetz zur Festlegung von Spezialfinanzierungen	09/09/2004
2003/234	Postulat der SVP-Fraktion vom 16. Oktober 2003: Die Finanzkontrolle muss von der Verwaltung unabhängig werden	23/09/2004
2004/196	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Datenzugang / Gebühren	14/10/2004
2004/194	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Erfahrungsgruppen	14/10/2004
2004/199	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Verbesserung der gesamtschweizerischen Informatikkoordination	14/10/2004
2004/198	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Informatikorganisation und -koordination	14/10/2004
2004/195	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Datenschutz	14/10/2004
2004/197	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Informatikleitbild	14/10/2004

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1997/132	Postulat der SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Schaffung einer einzigen überkantonalen Rheinhafenverwaltung	04/12/1997
1999/245	Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Für eine aktive Industriepolitik	25/11/1999
1999/169	Postulat der FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Optimierung der Transportinfrastruktur am Oberrhein und Hochrhein	23/03/2000

Amtsbericht 2005

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/007	Postulat von Eugen Tanner vom 11. Januar 2001: Ablösung/Vereinfachung des Kinder- und Jugendzahnpflegegesetzes	22/02/2001
2001/036	Postulat von Roland Bächtold vom 8. Februar 2001: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen	26/04/2001
2001/070	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirkungskontrolle bei der Standortpolitik und den dafür wichtigen Gesetzen	31/05/2001
2001/213	Postulat von Peter Brunner vom 6. September 2001: Von der wirtschaftlichen Rand- zur Baselbieter Modellregion	13/12/2001
2002/127	Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen	05/09/2002
2002/099	Postulat von Paul Schär vom 18. April 2002: Förderung des Business Parc Reinach und ähnlich gelagerter Projekte	14/11/2002
2002/191	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Synergiepotential der BL-Spitäler nutzen	28/11/2002
2002/250	Postulat von Roland Plattner vom 17. Oktober 2002: Gesundheitskosten - Gesundheitsförderung auch am Arbeitsplatz	28/11/2002
2002/073	Postulat von Roland Plattner vom 14. März 2002: Spitex wie weiter	28/11/2002
2002/190	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Behandlungspfade definieren zur Kosteneinsparung	28/11/2002
2002/285	Postulat von Peter Zwick vom 14. November 2002: "Raum der Stille" in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik Liestal	10/04/2003
2004/061	Postulat der SVP-Fraktion vom 18. März 2004: Reaktivierung der Task Force "Adtranz / Bombardier"	18/03/2004
2003/192	Postulat von Röbi Ziegler vom 4. September 2003: In Würde sterben - auch im Spital!	01/04/2004
2003/279	Postulat von Eric Nussbaumer vom 13. November 2003: Perspektivenbericht Kantonsspital Laufen	01/04/2004
2003/297	Postulat der VGK vom 27. November 2003: Schaffung einer Fachstelle für Psychiatrische Rehabilitation	22/04/2004
2004/103	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. April 2004: Zusammenlegung Veterinäramt BL und Kantonales Veterinäramt BS (Zum Partnerschaftsbericht)	09/09/2004

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1983/229	Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel	02/02/1987
1989/024	Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB	03/05/1993
1994/016	Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.	10/02/1994
1995/230	Postulat von Danilo Assolari vom 14. Dezember 1995: Überarbeitung der Projektierungsrichtlinien für die Gestaltung von Kantonsstrassen in Ortskernen	05/02/1996

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1996/035	Postulat der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen vom 15. Februar 1996: Inkraftsetzung des § 28 des Umweltschutzgesetzes (Zuweisung der Abfälle zu den Abfallanlagen)	18/04/1996
1997/189	Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läuelfingen - Olten	25/09/1997
1998/093	Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam	26/11/1998
1998/193	Postulat von Ruedi Moser vom 15. Oktober 1998: Vermeidung Mobilfunk-Antennenwald	04/03/1999
1999/130	Postulat der BPK vom 23. Juni 1999: Neue Gestaltungsideen in Dorfkernen	11/11/1999
1999/255	Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal	24/02/2000
2000/037	Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsentlastung Leimental	06/04/2000
2000/088	Postulat von Monika Engel vom 13. April 2000: Für eine blühende Kulturlandschaft im Laufental	21/09/2000
2000/080	Postulat von Max Ritter vom 6. April 2000: Änderung des Gesetzes über den Denkmal- und Heimatschutz	21/09/2000
2000/269	Postulat von Esther Maag vom 14. Dezember 2000: Verkehrsführung Liestal	08/02/2001
2000/274	Postulat vom 29. Dezember 2000: Petition zu Gunsten der Buslinie 70	22/02/2001
2000/196	Postulat von Christine Mangold vom 19. Oktober 2000: Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr - Kostenverteilung	05/04/2001
2001/114	Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe	31/05/2001
2001/111	Postulat von Rita Bachmann vom 26. April 2001: Ausbau des Güterbahnhofs Muttenz zum "Euro-Hub"	31/05/2001
2001/129	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profiles in der kantonalen Verwaltung	29/11/2001
2001/161	Postulat von Heinz Aebi vom 7. Juni 2001: Ausbau der SBB-Linie Basel - Laufen- Delémont	29/11/2001
2001/164	Postulat von Helen Wegmüller vom 7. Juni 2001: Ausbau BLT-Linie 10 / Abschnitt Lehenrain bis Haltestelle BBC (Arlesheim)	29/11/2001
2001/251	Postulat von Remo Franz vom 25. Oktober 2001: Entlastung der Aescher Hauptstrasse	10/01/2002
2001/290	Postulat von Daniel Wyss vom 29. November 2001: Stromsparende Strassenkandelaber; ein Beitrag zur Nachhaltigkeit	19/09/2002
2002/003	Postulat von Peter Zwick vom 10. Januar 2002: Ausgeglichenere Verteilung der Gemeindebeiträge an die ungedeckten Kosten des öffentlichen Verkehrs	17/10/2002
2002/101	Postulat von Esther Maag vom 18. April 2002: Einführung eines Umweltmanagementsystems in der kantonalen Verwaltung zur Erreichung der CO2-Zielvorgaben	12/12/2002
2003/038	Postulat von Max Ribi vom 6. Februar 2003: Kantonaler Spezialrichtplan öffentlicher Verkehr	30/10/2003

Amtsbericht 2005

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/081	Postulat von Isaac Reber vom 27. März 2003: Urwaldfreundlicher Kanton	30/10/2003
2003/122	Postulat von Robert Ziegler vom 22. Mai 2003: Verkehrsmässige Erschliessung des Sportzentrums St. Jakob	15/01/2004
2003/150	Postulat von Roland Bächtold vom 19. Juni 2003: Tramübergang Reichensteinerstrasse Reinach	22/01/2004
2003/194	Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie)	22/01/2004
2003/221	Postulat von Patrick Schäfli vom 18. September 2003: Mehr Privatwirtschaft - weniger Staat: Überprüfung der Aufgaben des Tiefbauamtes Basel-Landschaft	22/01/2004
2003/145	Postulat von Urs Baumann vom 19. Juni 2003: Beseitigung der gefährvollen Einfahrt Reichensteinerstrasse in die Baselstrasse, Reinach	22/01/2004
2003/239	Postulat von Thomi Jourdan vom 16. Oktober 2003: Sicherung des gefährvollen Tramüberganges Rennbahnkreuzung in Muttenz	05/02/2004
2003/196	Postulat von Esther Maag vom 4. September 2003: Ozonwerte	01/04/2004
2003/148	Postulat von Franz Hilber vom 19. Juni 2003: Dritte Sporthalle am Gymnasium Liestal	22/04/2004
2003/319	Postulat von Esther Maag vom 11. Dezember 2003: Effizienzsteigerung des Öffentlichen Verkehrs im Leimental	22/04/2004
2003/296	Postulat von Christian Steiner vom 27. November 2003: Änderung der Verordnung über die Gebühren für Baubewilligungen	22/04/2004
2004/004	Postulat von Patrick Schäfli vom 15. Januar 2004: Parking-Situation im St. Jakob	06/05/2004
2004/091	Postulat von Andreas Helfenstein vom 1. April 2004: Mehr Zug für das Baselbiet, Angebotsausbau der S-Bahn Basel	14/10/2004
2004/020	Postulat von Rudolf Keller vom 5. Februar 2004: Bericht über die geologische Situation im SBB-Adlertunnel	25/11/2004

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1995/159	Postulat von Theo Weller vom 11. September 1995: Revision des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege vom 1. Dezember 1980	05/02/1996
1999/201	Postulat von Eric Nussbaumer vom 14. Oktober 1999: Baselbieter Zeitspende-Preis	13/01/2000
1999/185	Postulat von Max Ribi vom 16. September 1999: Beschleunigung der Verfahren am Zivilgericht	27/01/2000
2001/025	Postulat von Peter Zwick vom 25. Januar 2001: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes	22/02/2001
2001/167	Postulat von Peter Tobler vom 21. Juni 2001: Vernehmlassung für formulierte Gesetzesinitiativen?	29/11/2001
2001/073	Postulat von Esther Maag vom 22. März 2001: Aggression im Strassenverkehr	29/11/2001
2001/163	Postulat von Remo Franz vom 7. Juni 2001: Einführung des Öffentlichkeitsprinzips	10/01/2002

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/050	Postulat von Roland Plattner vom 28. Februar 2002: Effektives und effizientes Vernehmlassungsverfahren	23/01/2003
2002/032	Postulat von Christoph Rudin vom 7. Februar 2002: Revision des Gesetzes über den Ombudsman	23/01/2003
2003/019	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz in Zentren und öffentlichen Räumen unseres Kantons	27/11/2003
2003/282	Postulat von Elisabeth Schneider vom 13. November 2003: Beschwerderecht der Gemeinden im verwaltungs- und verfassungsgerichtlichen Verfahren	22/01/2004
2003/298	Postulat von Rolf Richterich vom 27. November 2003: Verbesserung der Verkehrssicherheit auf den Autobahnen	22/01/2004
2003/280	Postulat von Willy Grollimund vom 13. November 2003: Überholverbot für Lastwagen im Arisdorf - Belchentunnel	22/01/2004
2003/312	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Änderung des Verkehrsabgabegesetzes	27/05/2004
2004/026	Postulat von Jürg Wiedemann vom 5. Februar 2004: Verkehrserziehung auch für Unverbesserliche	27/05/2004
2004/154	Postulat der SVP-Fraktion vom 24. Juni 2004: Überholverbot für Lastwagen auf der Strecke Basel Richtung Belchentunnel und in entgegengesetzter Richtung	23/09/2004

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/145	Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion	30/11/2000
2000/098	Postulat von Pascal Wyss vom 4. Mai 2000: Sicherung, Schutz und Nutzungskonzept für die Römervilla Munzach in Liestal	30/11/2000
2001/168	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. Juni 2001: Bedarfsabklärung betreffend öffentlichen Tagesschulen	10/01/2002
2004/009	Postulat von Thomas Schulte vom 22. Januar 2004: Erhöhung der Entschädigungsansätze für die Expertentätigkeit im Bereich der Lehrabschlussprüfungen im Kanton Basel-Landschaft	06/05/2004
2004/008	Postulat von Christoph Rudin vom 22. Januar 2004: Schwimmbad beider Basel	27/05/2004
2004/244	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!	25/11/2004
2004/245	Postulat von Christian Steiner vom 23. September 2004: Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt am Kindergarten und an der Primarschule (VO BBZ vom 4. Mai 04)	25/11/2004
2004/243	Postulat der SVP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!	25/11/2004

Büro Landrat

G-Nr.

Keine

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/197	Postulat der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Vereinfacht die Gesetzgebung	15/04/1999

Kantonsgericht

G-Nr.

Keine

2.4 Mehr als zwei Jahre alte Motionen seit der Überweisung

Über die Motionen, die nicht innert zwei Jahren seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1999/074	Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II	02/09/1999
2000/023	Motion von Peter Tobler vom 27. Januar 2000: Das Baselbiet braucht ein modernes Haftpflichtrecht	04/05/2000
2000/113	Motion von Dieter Völlmin vom 18. Mai 2000: Einführung einer proportionalen Ertragssteuer für juristische Personen	02/11/2000
2001/023	Motion der Erziehungs- und Kulturkommission vom 25. Januar 2001: Gesamtschau der Leistungen und Gegenleistungen zwischen den Kantonen Baselstadt und Basel-Landschaft	22/02/2001
2001/034	Motion von Elisabeth Schneider vom 8. Februar 2001: Steuerabzug der effektiven Kinderbetreuungskosten	05/04/2001
2001/155	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 31. Mai 2001: Familienbesteuerung	13/12/2001

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/065	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirtschaftsförderungsgesetz den neuen Anforderungen anpassen	31/05/2001
2001/130	Motion von Esther Aeschlimann vom 10. Mai 2001: Änderung des Gesundheitsgesetzes / Absatz E. Medizinische Hilfsberufe	29/11/2001
2002/086	Motion der FDP-Fraktion vom 21. März 2002: Ausbau der Hafeneisenbahn	14/11/2002

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/192	Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen	04/03/1999
2002/142	Motion von Max Ribi vom 6. Juni 2002: Änderung der Zuständigkeit zum Erlass und zur Genehmigung von kantonalen Nutzungsplänen	10/04/2003

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	

Keine

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/112	Motion der FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für ein Konzept zur beruflichen Fort- und Weiterbildung (Erwachsenenbildung) im neuen Bildungsgesetz	17/12/1998
2003/090	Motion der GPK vom 10. April 2003: Revision des Gesetzes über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen	18/09/2003
2003/188	Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!	13/11/2003

Büro Landrat

G-Nr.	

Keine

Landeskanzlei

G-Nr.	
-------	--

Keine

Kantonsgericht

G-Nr.	
-------	--

Keine

2.5 Im Jahre 2005 überwiesene, noch nicht erfüllte Postulate und Verfahrenspostulate

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/023	Postulat von Regula Meschberger vom 20. Januar 2005: Steuerabzug für die Personen, die schwer kranke, behinderte oder betagte Menschen zu Hause pflegen	10/03/2005
2004/268	Postulat der SP-Fraktion vom 28. Oktober 2004: Anpassung der Richtprämien	10/03/2005
2004/210	Postulat von Jürg Wiedemann vom 9. September 2004: Steuerfreies Einkommen unter dem Existenzminimum	10/03/2005
2004/319	Postulat von Anton Fritschi vom 8. Dezember 2004: Partnerschaftliche Geschäfte mit Basel-Stadt - Wie weiter?	26/05/2005
2004/271	Postulat von Madeleine Göschke vom 28. Oktober 2004: Neuordnung der Krankenversicherungs-Prämienverbilligung zur Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen	26/05/2005
2005/059	Postulat von Patrick Schäfli vom 24. Februar 2005: Zweckbindung für Verkehrsabgaben	27/10/2005
2004/312	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Abschluss des Projektes zur Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV)	27/10/2005
2005/027	Postulat der FDP-Fraktion vom 20. Januar 2005: Strukturreform der Verwaltung (im Zusammenhang mit GAP)	27/10/2005
2005/095	Postulat von Madeleine Göschke vom 7. April 2005: Krankenkassenprämienverbilligung direkt an die Versicherungen	17/11/2005
2005/058	Postulat von Martin Rüegg vom 24. Februar 2005: Standesinitiative betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Erdbebenvorsorge	17/11/2005
2005/083	Postulat der SVP-Fraktion vom 10. März 2005: Effilex: Aufhebung des Landratsbeschlusses betreffend Bergwerkseigentum	17/11/2005

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/272	Postulat von Martin Rüegg vom 28. Oktober 2004: Sichtbare Budgetierung der Abteilung Gesundheitsförderung	13/01/2005
2004/273	Postulat von Martin Rüegg vom 28. Oktober 2004: Schutz der Nichtraucher	13/01/2005
2005/221	Postulat der FDP-Fraktion vom 8. September 2005: Zürich will Spitzenmedizin in Basel und Bern auslöschen	08/09/2005
2005/230	Postulat der FDP-Fraktion vom 8. September 2005: Neue Arbeitsplätze für Pratteln sichern!	20/10/2005
2005/222	Postulat von Regula Meschberger vom 8. September 2005: Anpassung des Rheinhafengesetzes	17/11/2005

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/102	Postulat von Andreas Helfenstein vom 22. April 2004: Ohne Parkplatzsorgen zum St. Jakob-Park	13/01/2005
2004/153	Postulat von Andreas Helfenstein vom 24. Juni 2004: Mit der Bahn zum St. Jakob-Park Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr 2005 - 2009	13/01/2005
2004/119	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 6. Mai 2004: Parkplatzbewirtschaftung beim St. Jakob-Park	13/01/2005
2004/256	Postulat von Georges Thüring vom 14. Oktober 2004: Das Laufental braucht seine Rastplätze!	03/02/2005
2004/116	Postulat von Esther Maag vom 6. Mai 2004: Neubau BLPK	03/02/2005
2004/276	Postulat von Madeleine Göschke vom 28. Oktober 2004: Car-Sharing bei Dienstfahrten der Kantonsverwaltung	12/05/2005
2004/288	Postulat von Karl Willimann vom 11. November 2004: Rheinstrasse Liestal - Pratteln: Stauproblem kann entschärft werden!	12/05/2005
2004/317	Postulat von Georges Thüring vom 8. Dezember 2004: Zusammenlegung der kantonalen Laboratorien	12/05/2005
2004/301	Postulat von Esther Maag vom 25. November 2004: Umfassendes Verkehrskonzept St. Jakob	12/05/2005
2005/064	Postulat von Remo Franz vom 24. Februar 2005: Für eine Fusion der Umweltämter beider Basel	12/05/2005
2005/063	Postulat von Anton Fritschi vom 24. Februar 2005: Gemeinsames Amt für Umwelt und Energie BL und BS	12/05/2005
2005/026	Postulat der FDP-Fraktion vom 20. Januar 2005: Kostengünstiger Betrieb von ARAs (im Zusammenhang mit GAP)	01/12/2005

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/242	Postulat von Patrick Schäfli vom 23. September 2004: Flüssigerer Verkehr in Tunnels: Tempo 100 im Tunnel Arisdorf- und im Belchentunnel	24/02/2005
2004/302	Postulat von Urs Hammel vom 25. November 2004: Verkehrsrowdys härter bestrafen	24/02/2005
2004/214	Postulat von Karl Willimann vom 9. September 2004: Motorfahrzeugkontrolle: Warum keine Zusammenarbeit mit den Privaten?	24/02/2005
2004/207	Postulat von Madeleine Göschke vom 9. September 2004: Massnahmen gegen Kinderpornographie	24/02/2005
2004/274	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. Oktober 2004: Raser weg von der Strasse!	24/02/2005
2004/311	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Effilex	21/04/2005
2005/009	Postulat von Eugen Tanner vom 13. Januar 2005: "Verfahren vor Steuer- und Enteignungsgericht, Abteilung Enteignungsgericht"	21/04/2005
2005/006	Postulat von Hanni Huggel vom 13. Januar 2005: Schulung für Menschen, die freiwillig als Vormund oder Beistand in den Gemeinden arbeiten	21/04/2005
2004/315	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Beseitigung von Doppelspurigkeiten im Datenschutz	21/04/2005

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/300	Postulat von Esther Maag vom 25. November 2004: EURO 2008: Sicherheit durch Prävention und Fan-Betreuung	10/03/2005
2005/112	Postulat von Hannes Schweizer vom 21. April 2005: Ausnahmegewilligung für die Gemeinde Lauwil zur Erhaltung des Kindergartens Schuljahr 2005/2006	21/04/2005
2005/005	Postulat von Elisabeth Schneider vom 13. Januar 2005: Einsitz eines Jugendlichen Bildungsrat	26/05/2005
2005/025	Postulat der FDP-Fraktion vom 20. Januar 2005: Betriebsprüfung Amt für Volksschulen (im Zusammenhang mit GAP)	26/05/2005
2005/288	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 3. November 2005: Qualitätssicherung auf Niveau A der Sekundarschule	15/12/2005

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/030	Verfahrenspostulat von Karl Willimann vom 20. Januar 2005: Fumoir und Fitnessraum/- parcours im Regierungsgebäude	01/12/2005
2005/088	Verfahrenspostulat von Ruedi Brassel vom 10. März 2005: Schriftliche Begründung bei gleichzeitiger Überweisung und Abschreibung von Postulaten und Motionen	01/12/2005

Landeskanzlei

G-Nr.

Keine

Kantonsgericht

G-Nr.

Keine

2.6 In den Jahren 2004 bis 2005 überwiesene, noch nicht erfüllte Motionen

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/313	Motion von Remo Franz vom 10. Dezember 2003: Personalstopp	22/04/2004
2003/256	Motion der SVP-Fraktion vom 30. Oktober 2003: Die Personalvermehrung in der Verwaltung muss gestoppt werden	22/04/2004
2004/129	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 27. Mai 2004: Steuererleichterungen für Familien	09/09/2004
2004/203	Motion von Peter Holinger vom 9. September 2004: Schnelle Realisierung der H2 Pratteln - Liestal	28/10/2004
2004/204	Motion der FDP-Fraktion vom 9. September 2004: Finanzierungsmodelle unter teilweiser Aufhebung des Verkehrssteuerrabattes für die Realisierung der H2 Pratteln - Liestal	28/10/2004
2005/080	Motion der Geschäftsprüfungskommission vom 10. März 2005: "Management-Audit bis auf Direktionsebene"	07/04/2005

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/044	Motion der FDP-Fraktion vom 3. Februar 2005: Verwendung des Kantonsanteils aus dem Verkauf der Goldreserven der Nationalbank für Schuldentilgung!	27/10/2005

Volkswirtschafts- Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/270	Motion von Elisabeth Augstburger vom 28. Oktober 2004: Frische Luft für mehr Genuss	13/01/2005
2005/042	Motion der Geschäftsprüfungskommission vom 3. Februar 2005: Parlamentarische Oberaufsicht über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)	24/02/2005

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/311	Motion der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Förderabgabe zur Finanzierung der sich aus dem Energiegesetz ergebenden finanziellen Verpflichtungen	05/02/2004
2004/139	Motion der FDP-Fraktion vom 10. Juni 2004: Standesinitiative für die Aufhebung des Planungsstopp bei der Bahn 2000, 2. Etappe (3. Juradurchstich Wisenberg)	14/10/2004
2004/115	Motion von Regula Meschberger vom 6. Mai 2004: Ausscheidung von Zonen für die Errichtung von Versorgungsanlagen (Mobilfunkanlagen, UMTS-Anlagen)	28/10/2004
2004/101	Motion von Patrick Schäfli vom 22. April 2004: Unverzögliche Realisierung der H2 zwischen Pratteln und Liestal	28/10/2004
2004/329	Motion von Thomi Jourdan vom 9. Dezember 2004: Sicherung der Tramübergänge - Jetzt braucht es konkrete Schritte!	09/12/2004

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/160	Motion der Spezialkommission Parlament und Verwaltung vom 9. Juni 2005: Änderung des Landratsgesetzes	01/12/2005

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/099	Motion der SP-Fraktion vom 22. April 2004: Zukunftssicherung der Universität (beider) Basel - der Kanton Basel-Landschaft muss zur gemeinsamen Trägerschaft schreiten	06/05/2004

Amtsbericht 2005

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/206	Motion von Etienne Morel vom 9. September 2004: Kurzfristiger Ausschluss von Schülerinnen und Schüler	11/11/2004
2004/239	Motion der SVP-Fraktion vom 23. September 2004: Genehmigung der Stufenlehrpläne und der Studentafeln der einzelnen Schularten durch den Landrat	03/02/2005
2004/241	Motion der FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Genehmigung der Stufenlehrpläne und der Studentafeln der einzelnen Schularten durch den Landrat	03/02/2005
2005/037	Motion von Juliana Nufer vom 3. Februar 2005: KISS-Studie (Kinder u. Jugend Sport Studie) an der Grundschule ab September 2005	24/02/2005
2000/266	Motion von Remo Franz vom 14. Dezember 2000: Stärkung der Berufsausbildung	12/05/2005

Büro Landrat

G-Nr.

Keine

Landeskanzlei

G-Nr.

Keine

Kantonsgericht

G-Nr.

Keine

Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)

1 Hängige Initiativen

Titel	Keine Schulgebühren
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	1. April 2004 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	18. November 2004
Zustande gekommen (Publikation)	30. Dezember 2004
Anzahl gültige Unterschriften	1'665
Geschäft des Landrates Nr.	2005/019 (Rechtsgültigkeit am 24. 4. 2005 beschlossen)

Titel	Keine Autobahn im Leimental
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	29. April 2004 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	15. Oktober 2004
Zustande gekommen (Publikation)	2. Dezember 2004
Anzahl gültige Unterschriften	5'227

Titel	Wieder-Einführung des Kinderabzuges vom Einkommens-Steuerbetrag (Familiengerechte Kinderabzugs-Initiative)
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	11. September 2003 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	16. März 2004
Zustande gekommen (Publikation)	6. Mai 2004
Anzahl gültige Unterschriften	1'735
Geschäft des Landrates Nr.	2004 / 171 (Rechtsgültigkeit am 25. 11. 2004 beschlossen) 2005 / 275 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 1. 12. 2005 beschlossen)

Titel	Wohnkosten-Entlastungs-Initiative
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	27. Dezember 2002 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht	27. Januar 2003
Zustande gekommen (Publikation)	6. März 2003
Anzahl gültige Unterschriften	10'189
Geschäft des Landrates Nr.	2003 / 135 (Rechtsgültigkeit 18. 9. 2003 beschlossen) 2004 / 180 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 23. 9. 2004 beschlossen) 2005 / 304 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 12. 01. 2006 beschlossen)

Titel	Bildungsinitiative
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. April 2001 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht	27. November 2002
Zustande gekommen (Publikation)	23. Januar 2003
Anzahl gültige Unterschriften	1'979
Geschäft des Landrates Nr.	2003 / 272 2003 / 272a (Korrigierte Fassung) 2005 / 264

Titel	Für eine Schule mit Qualität" (Qualitäts-Initiative)
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	8. Februar 2001 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	17. April 2002
Zustande gekommen (Publikation)	30. Mai 2002
Anzahl gültige Unterschriften	1'784

Titel	Kantonsbeiträge für den Unterhalt der Gemeindestrassen in der 10 km-Zone für 40-Tonnen-Lastwagen
Typ	Nichtformulierte Gemeindeinitiative
Eingereicht am	23. Juni 1999
Zustande gekommen (Publikation)	1. Juli 1999 (Worttext der Initiative)
Eingereicht von den Gemeinden:	Aesch, Allschwil, Birsfelden, Giebenach, Münchenstein, Muttenz, Pratteln (Federführung) und Reinach.

Titel	Änderung von § 137 des Schulgesetzes
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative (Gemeindeinitiative)
Eingereicht am	9. Januar 1992
Zustande gekommen (Publikation)	23. Januar 1992
Geschäft des Landrats Nr.	2002 / 113 (vom Landrat am 5. Juni 2003 an Regierungsrat zurückgewiesen)

2 Erledigte Initiativen

Titel	Familienfreundliche und KMU-verträgliche Familienzulagen
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. Mai 2005
Eingereicht am	12. August 2005
Zustande gekommen (Publikation)	12. August 2005
Anzahl gültige Unterschriften	1'614
Zurückgezogen am	21. Dezember 2005

Titel	Faktor 4 - Energiekanton Basel-Landschaft
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Juli 1997 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	7. Mai 1998
Zustande gekommen (Publikation)	28. Mai 1998
Anzahl gültige Unterschriften	1'529
Geschäft des Landrates Nr.	2005 / 121 (Der Regierungsrat lehnt die Initiative ab)
Zurückgezogen am	17. November 2005

Titel	Höhere Kinderzulagen für alle
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	11. April 2002 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	12. November 2002
Zustande gekommen (Publikation)	19. Dezember 2002
Anzahl gültige Unterschriften	2'197
Geschäft des Landrates Nr.	2004 / 332
Abstimmung am	25. September 2005 (abgelehnt)

Titel	Reduktion der Regelungsdichte und zum Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (KMU-Förderungsinitiative)
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	18. September 2003 (Mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	4. November 2003
Zustande gekommen (Publikation)	8. Januar 2004
Anzahl gültige Unterschriften	5'767
Geschäft des Landrates Nr.	2004 / 083 (Rechtsgültigkeit) 2004 / 178
Abstimmung am	5. Juni 2005 (angenommen)

Titel	Reduktion der Regelungsdichte und zum Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (KMU-Entlastungsinitiative)
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	18. September 2003 (Mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	4. November 2003
Zustande gekommen (Publikation)	8. Januar 2004
Anzahl gültige Unterschriften	5'619
Geschäft des Landrates Nr.	2004 / 084 (Rechtsgültigkeit) 2004 / 179
Abstimmung am	5. Juni 2005 (angenommen)